

**Perspektiven auf die deutsche Wiedervereinigung
von Lateinamerikaforscher*innen aus der DDR**

Wissen und wissenschaftliche Werdegänge im Kontext von Systembrüchen

Freie wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung des Grades Master of Arts
im Fach Interdisziplinäre Lateinamerikastudien
am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin

eingereicht von Anne-Kristin Kordaß

am 08.11.2018

überarbeitet 2021

Erstgutachterin: Prof. Dr. Stephanie Schütze

Zweitgutachterin: Prof. Dr. phil. Ingrid Kummels

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| 1 Einleitung..... | 4 |
| 1.1 Zur Differenzlinie West/Ost in Deutschland..... | 5 |
| 1.2 Meine Verortung im Feld – Achtung, es wird persönlich..... | 8 |
| 1.3 Forschungsperspektive: Dekolonisierung von Wissensproduktion durch Oral History.... | 10 |
| 1.3.1 Wissen: institutionalisiert und erfahrungsbasiert..... | 11 |
| 1.3.2 Methodischer Zugang zu Oral History..... | 14 |
| 1.3.3 Durchführung der Forschung..... | 17 |
| | |
| 2 Wissenschaftspraxis und Lateinamerikaforschung in der DDR und Wendezeit..... | 24 |
| 2.1 Wissenschaft, Wiedervereinigung und die Lateinamerikaforschung: Forschungsstand.... | 24 |
| 2.1.1 Wissenschaft und Wiedervereinigung..... | 25 |
| 2.1.2 Die Lateinamerikaforschung in der DDR..... | 30 |
| 2.2 Wissenschaftspraxis zwischen Einschränkungen und <i>Spielräumen</i> | 35 |
| 2.3 Wissenschaft im Umbruch: <i>Wissensexplosion</i> und die <i>Zeit der Anarchie</i> | 42 |
| | |
| 3 Die Evaluationserfahrung..... | 48 |
| 3.1 Die „Erneuerung“ der ostdeutschen Universitäten..... | 49 |
| 3.2 Wie wird die Evaluierung erinnert und bewertet..... | 55 |
| 3.3 Erklärungsansätze für den erfolgreichen Verbleib in der Wissenschaft..... | 59 |
| 3.3.1 Bedingungen und Ressourcen für die Fortsetzung ostdeutscher wissenschaftlicher Werdegänge nach der Wende..... | 60 |
| 3.3.2 Fehlende ostdeutsche Netzwerke..... | 62 |
| 3.4 Kapiteldiskussion..... | 64 |

| | |
|---|-----------|
| 4 Die Deutung und Bewertung der eigenen Wissenschaftskarriere..... | 68 |
| 4.1 Zwischen geradlinigen Verläufen und mehrfachen Brüchen..... | 68 |
| <i>Der Self-Made-Amerikanist.....</i> | <i>70</i> |
| 4.2 Ungewöhnliche Karrieren..... | 72 |
| <i>Nicht-Genosse und Ossi.....</i> | <i>73</i> |
| 4.3 Diskriminierungserfahrungen von Ostdeutschen im akademischen Kontext nach der Wende..... | 75 |
| <i>Ossi und auch noch Frau.....</i> | <i>76</i> |
| 4.4 Kapiteldiskussion..... | 78 |
| | |
| 5 Wissen aus der DDR heute – Konjunkturen und Hierarchien..... | 82 |
| 5.1 Wissenskonjunkturen..... | 82 |
| 5.1.1 Marxistische Ansätze..... | 83 |
| 5.1.2 Die neoliberale Universität..... | 85 |
| 5.2 Die (Nicht-)Integration von ostdeutschem Wissen..... | 87 |
| 5.3 <i>Doppelte Sozialisierung/Kulturalisierung.....</i> | <i>91</i> |
| | |
| 6 Fazit..... | 95 |
| | |
| 7 Quellen..... | 99 |
| 7.1 Interviews..... | 99 |
| 7.2 Webseiten..... | 99 |
| 7.3 Literatur..... | 99 |

1 Einleitung¹

Der Fokus meiner Masterarbeit ist auf die Erinnerungen von in der DDR sozialisierten Akademiker*innen² bezüglich des Wissenschaftssystems der DDR, der Wendezeit und institutionellen Neuordnung im wiedervereinigten³ Deutschland gerichtet. Um mich an den Deutungsmustern der von mir interviewten Akteur*innen orientieren zu können, lautete meine übergeordnete offene Forschungsfrage:

*Wie verändern sich die wissenschaftlichen Lebensläufe von Lateinamerikaforscher*innen aus der DDR nach der Wiedervereinigung?*

Auf Grundlage der geführten biographischen Interviews arbeite ich gemeinsame sowie unterschiedliche Perspektiven meiner Gesprächspartner*innen auf Wissenschaft in der DDR und auf die deutsche Wiedervereinigung heraus und trage somit zur Diversifizierung der Erinnerungslandschaft und Vervollständigung der Geschichte der Lateinamerikawissenschaften⁴ bei.

Im folgenden Unterkapitel 1.1 thematisiere ich die Differenzlinie West/Ost⁵ in Deutschland und präzisiere meine Forschungsinteressen. Anschließend, unter 1.2, gehe ich auf meine eigene Positionierung innerhalb des Forschungsfelds ein, bevor ich im letzten Teil der Einleitung 1.3 meine konkrete Forschungsperspektive erläutere. Das 2. Kapitel gibt daraufhin einerseits einen Überblick über den Forschungsstand bezüglich Wissenschaft, Wiedervereinigung und Lateinamerikaforschung, andererseits werden die individuellen Erinnerungen meiner Gesprächspartner*innen an die Wissenschaftspraxis in der DDR und konkret an die Zeit des Umbruchs thematisiert. Das darauffolgende 3. Kapitel ist der – wie es eine Interviewpartnerin ausdrückte – *Evaluationserfahrung* gewidmet, die sich als Querschnittsthema in den Gesprächen herausstellte. Hier geht es um die langfristigen Auswirkungen der Evaluierung und Erklärungsansätze, unter welchen Bedingungen ostdeutsche Akademiker*innen nach der Wende in der Wissenschaft bleiben konnten. Während im 4. Kapitel die Bewertung der eigenen

¹ Für diese Publikation habe ich die Version meiner Masterarbeit vom November 2018 geringfügig überarbeitet und verweise z.B. auf aktuelle Literatur.

² In dieser Arbeit verwende ich den Genderstern, um weibliche und männliche Subjekte sichtbar zu machen und darüber hinaus verschiedenen Gender-Identitäten Raum zu geben. Bei direkten Zitaten behalte ich das Original bei.

³ Ich schreibe in dieser Arbeit von „Wiedervereinigung“, obwohl der Begriff problematisch ist, da er z.B. einen Prozess auf Augenhöhe suggeriert.

⁴ Ich verwende Lateinamerikastudien, Lateinamerikawissenschaften und Lateinamerikaforschung hier weitgehend synonym und verstehe darunter die disziplinübergreifende Beschäftigung mit der Region Lateinamerika.

⁵ Ich schreibe mehrheitlich West an erster und Ost an zweiter Stelle, um den Westen als unmarkierte Norm und Abgrenzungsfolie für den Osten hervorzuheben und so Lese- und Denkgewohnheiten herauszufordern.

wissenschaftlichen Lebensläufe und Karrieren im Mittelpunkt steht, wird der Bogen im 5. Kapitel zurück zum übergeordneten Thema „Wissen aus der DDR heute – Konjunkturen und Hierarchien“ gespannt.

1.1 Zur Differenzlinie West/Ost in Deutschland

Anfang diesen Jahres, am 5. Februar 2018, stand die Mauer auf den Tag genauso lange nicht mehr, wie sie von 1961-1989 die Deutsche Demokratische Republik von der Bundesrepublik Deutschland trennte. In den Medien, die je nach Region dieses Datum zum Anlass von mehr oder weniger ausführlichen Sonderbeiträgen nahmen, wurde dafür der Ausdruck „Zirkeltag“ geprägt. Sind wir beim „Ende der Nachwendezeit“ angelangt, wie es in der Öffentlichkeitskampagne für das dreitägige „Bürgerfest“ in Berlin anlässlich des Tages der Deutschen Einheit hieß?⁶

Die andauernden (ökonomischen) Ungleichheiten zwischen West- und Ostdeutschland sowie diskursive Auseinandersetzungen entlang Ost/West-Klischees zeigen, dass sich der Kreis noch lange nicht geschlossen hat. Studien von Bluhm/Jacobs (2016) und Best et al. (2017) belegen die Unterrepräsentation Ostdeutscher in den Eliten in west- wie ostdeutschen Bundesländern. Sie betrifft, in unterschiedlichem Ausmaß, alle gesellschaftlichen Bereiche von Politik, Wirtschaft, Justiz über Medien und Wissenschaft.

Bei dem öffentlichen Erinnerungsbild der DDR in der heutigen Bundesrepublik handelt es sich laut Heß (2016: 118f) um ein nahezu einheitliches, das sich überwiegend auf den Diktaturcharakter und die Herrschaftsmechanismen konzentriert. Dies sei insofern problematisch, da sich viele Ostdeutsche, vor allem die, die einen großen Teil ihres Lebens in der DDR verbracht haben, nicht in der öffentlichen Aufarbeitung wiederfinden. Nun könne es nicht darum gehen, unhinterfragt positive Erinnerungen an die DDR als authentisches Bild hinzunehmen, die Wirkmächtigkeit der Herrschaftsstrukturen dürfe nicht ausgeblendet werden (ebd.). Das standardisierte öffentliche Erinnerungsbild sollte jedoch durch ein differenziertes öffentliches Erinnerungsbild ersetzt werden, das in der Lage ist, den Erlebnishorizont der ostdeutschen Zeitzeug*innen zu rekonstruieren: „Andernfalls besteht die Gefahr, dass sich die Zeitzeugen in den öffentlichen Erinnerungen an die DDR nicht wiederfinden und so ebenfalls in einer homogen-unkritischen Verteidigung ihrer Lebensgeschichte verharren, deren Anerkennung und Würdigung sie in der Öffentlichkeit vermissen.“ (ebd.: 120).

In medial-öffentlichen Diskursen werden Phänomene wie Kindsmorde oder Rechtspopulismus außerdem teils als ostdeutsche Sonderphänomene dargestellt (vgl. Heft 2013). Kathleen Heft spricht

⁶ Auf Plakaten und im Werbevideo wurde gefragt: „Wie endet die Nachwendezeit?“, worauf als Antwort das Motto der Veranstaltung „Nur mit euch“ gegeben wurde (<http://www.tag-der-deutschen-einheit.berlin.de/> 06.05.2018).

in diesem Zusammenhang von einer „Ossifizierung“. Damit ist die diskursive Herstellung des Ostdeutschen als *Anderes* des Westdeutschen und die damit einhergehende Ko-Konstruktion des Westens als Norm und Normalität gemeint.⁷

Diese voneinander abhängige West/Ost-Konstruktion war auch Grundlage des Institutskolloquiums des Instituts für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin im Wintersemester 2017/2018, welches unter dem Titel: „Wissen schaffen über und durch das Andere – Reflexionen zur Differenzlinie West/Ost in Deutschland“ stattfand. Auch die Wissenschaft beschäftigt sich also mit den anhaltenden Auswirkungen der deutschen Teilung und Wiedervereinigung. Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der DDR-Forschung stellen sogar einen Förderschwerpunkt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung von 2017 bis Ende 2025 dar. Unter „Förderziele und Zuwendungszweck“ wird folgendes konstatiert:

„Die DDR bildet bis heute – oft unbewusst – einen Fixpunkt in den Auseinandersetzungen um das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland. [...] Obwohl Wissenschaft und Forschung viele Kenntnisse und Einsichten über das Funktionieren der DDR-Gesellschaft erarbeitet haben, ist das Wissen über die DDR in weiten Teilen der Bevölkerung gering. Zudem bestehen getrennte Erinnerungskulturen in Ost und West auch mehr als 25 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung. Besonders an Universitäten ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der DDR und dem SED-Unrecht nur schwach entwickelt. Die Erforschung des Unrechts bleibt eine wichtige Aufgabe – auch als Dienst der Wissenschaft an den Opfern der DDR-Diktatur.“⁸

In dem zitierten Ausschnitt zeigt sich einerseits die Anerkennung der Relevanz des Themas durch das BMBF, andererseits scheint der Fokus weiterhin auf dem Diktaturcharakter der DDR – „der Erforschung des Unrechts“ – zu liegen.

Dass es auch anders geht, zeigt die Publikation „Der Osten. Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven auf einen komplexen Gegenstand jenseits von Verurteilung und Verklärung.“ aus dem Jahr 2016. Hier ist das Ziel der Herausgeber*innen, zum Nachdenken und Nachspüren über „den Osten“ anzuregen, darüber „wer wir sind, worüber wir unsere Identität herstellen und was dies bedeutet.“ (Matthäus/Kubiak 2016: VI). Das kommt meinem Anliegen, zu einem differenzierten Erinnerungsdiskurs an die Wiedervereinigung aus Akteur*innenperspektive beizutragen, näher und verdeutlicht die Relevanz diskursiver Aushandlungsprozesse innerhalb des West/Ost-Verhältnisses. Die Veröffentlichung beruht auf einer Diskussionsreihe, die 2012/13 am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin mit den Zielen stattfand:

„[...] erstens festgefahrene und unterkomplexe Ost-West- und Wiedervereinigungsnarrative sowie Ost-West-Klischees zu hinter- und ihre Bedeutung zu befragen, zweitens blinde Flecken in der bisherigen Thematisierung ‚des Ostens‘ in Politik, Gesellschaft und Forschung aufzudecken und drittens sowohl diese als auch neu entstandene Aspekte in einem Raum zwischen Verurteilung und Verklärung zu diskutieren und so dem Diskurs über ‚den Osten‘ hinzuzufügen.“ (Matthäus/Kubiak 2016: V)

⁷ Vgl. <https://www2.gender.hu-berlin.de/ztg-blog/2017/11/vortrag-kathleen-heft-ossifizierung-von-kindsmoerderinnen-und-rechtspopulisten-hu-berlin-14-11-17-16-18-uhr/> 03.08.2018

⁸ <https://www.bmbf.de/foerderungen/bekanntmachung-1366.html> (28.01.2018)

Die Herausgeber*innen bescheinigen vielen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen, wie im Rahmen des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, eine Verhandlung der Thematik im Format einer „Ost-West-Debatte“, bei der es um Sieg oder Niederlage in einer verbalen Auseinandersetzung zu gehen scheine, in der bereits eingenommene Positionen verteidigt würden, die einen Rückfall in Klischees begünstigten (ebd.: 4f).

Vor diesem Hintergrund bleibt die entscheidende Frage bei jedweder Wissensproduktion, aus welcher Perspektive sie Wissen produziert. Auch welches Wissen anerkannt wird, wer darüber bestimmt und welche Machtpositionen dem zugrunde liegen, sind zentrale Fragen, die über disziplinäre Grenzen hinausreichen. Ebenso verweist die Frage „Was wird (wie) erinnert?“ auf ein umkämpftes Gebiet von Interpretationen der Vergangenheit, bei denen es um Deutungshoheiten geht, die uns ausschließlich etwas über die Gegenwart sagen. Die Vergangenheit beeinflusst, wie wir die Gegenwart leben und die Aushandlungsprozesse darüber, wie vergangenes gedeutet wird, verändern sich je nach gesellschaftspolitischen Konjunkturen. Diese beiden Bereiche, Wissensproduktion und Erinnerung, verknüpfe ich in dieser Arbeit.

Ein Systembruch wie in Deutschland 1989/90 stellt einen besonders interessanten Moment dar, um die genannten Fragen zu untersuchen. Gerade in der Zeit des Systembruchs können Machtbeziehungen, Spannungen und Hierarchien besonders zutage treten und Asymmetrien entlang der Differenzlinie West/Ost deutlich werden. So sind Wissenshierarchien zwischen West und Ost vorstellbar. Darunter verstehe ich, dass Wissen aus der DDR und dem heutigen Ostdeutschland weniger geschätzt wurde/wird, als Wissen aus der BRD und dem heutigen Westdeutschland, teils aus ideologischen Gründen und nicht aufgrund wissenschaftlicher Kriterien⁹. Dies ist mit der Machtasymmetrie zwischen „universalem“ und „lokalem“ Wissen vergleichbar und eingebettet in die Konstruktion der DDR und Ostdeutschland als „das Andere“. Das heißt, Wissen war/ist weniger wert, nur weil es aus der DDR kommt, dem unterlegenen System und in der Wissenschaft den „falschen“ Forschungsparadigmen verhaftet.

Im Wissenschaftssystem blieb, wie in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen im Osten nach dem Umbruch 1989, nichts so wie es vorher war. Es kam zu einem radikalen Stopp der wissenschaftlichen Aktivitäten und tiefgreifenden Veränderungen im Wissenschaftssystem (vgl. Brinkel 2012: 197). Laut Brinkel (ebd.: 35) ist die akademische Wissensproduktion in der DDR gerade für kleine Fächer noch nicht vollständig aufgearbeitet. Es fehlten Studien über die Abwicklung¹⁰ und Evaluation einzelner Fachbereiche zur Umbruchszeit, über die Wahrnehmungen der Betroffenen und über die Folgen der Wiedervereinigung für ein Fach. Meine Masterarbeit leistet

⁹ Ein anderer Grund kann z.B. die höhere Konkurrenz um Universitätsposten nach der Wiedervereinigung sein.

¹⁰ Mit dem Begriff „Abwicklung“ wird generell auf die Auflösung von Strukturen aus der DDR verwiesen, sei es in der Wissenschaft, Wirtschaft oder anderen Bereichen.

einen Beitrag dazu, dieses Forschungsdefizit bezogen auf die Lateinamerikastudien abzubauen und zur Aufarbeitung der deutschen Wiedervereinigung im wissenschaftlichen Kontext beizutragen.

Mir geht es in dieser Arbeit konkret um die Bedingungen von Wissensproduktion, Wissenschaftspraxis und die Frage der (Nicht-)Zirkulation von Wissen. Was geschah mit der Wissensproduktion aus der DDR nach der deutschen Wiedervereinigung? War Wissen aus der DDR aus ideologischen Gründen per se nichts wert? Womit sahen sich die Wissenschaftler*innen nach dem Systemwechsel konfrontiert? Mich interessiert, wie sie die Zeit des Umbruchs, im Hinblick auf ihre berufliche Laufbahn, erinnern. Das subjektive Erinnern steht im Mittelpunkt, weil ich so über eine Wissensgeschichte, verstanden als Geschichte von wissenschaftlichen Institutionen und Beziehungen verschiedener Staaten zueinander, hinausgehen kann. Ich gehe außerdem davon aus, dass Wissenshierarchien und Spannungen zwischen Wissenschaft und Wissenschaftler*innen aus West und Ost sich auch stark auf der Ebene von zwischenmenschlichen Erfahrungen manifestieren. Insbesondere in Gesprächen finde ich die Möglichkeit, etwas darüber zu erfahren. Deshalb untersuchte ich anhand von biographischen Interviews, die ich mit wissenschaftlichen Akteur*innen aus der DDR führte, etwaige Spannungen zwischen Wissenschaft und Wissenschaftler*innen aus West und Ost und mögliche Wissenshierarchien.

1.2 Meine Verortung im Feld – Achtung, es wird persönlich

Da die innerdeutschen West/Ost-Beziehungen ein Thema darstellen das noch nicht abgeschlossen ist, in dem ungleiche Machtbeziehungen eine Rolle spielen und das demzufolge – offensichtlich oder nicht – emotional aufgeladen ist (ein „*heißes Pflaster*“, wie es eine Professorin ausdrückte), scheint es mir besonders angebracht, ausführlich darauf einzugehen, wie ich mich innerhalb des Forschungsfeldes positioniert sehe und positioniere. Nur Wissenschaft die offenlegt von welchem Standpunkt aus sie gemacht wird, kann der Illusion eines objektiven, neutralen und universalen Wissens entgegenwirken. Ein biographischer Bezug zum Thema ist sicher nicht der einzige, doch ein besonders starker Motor für die wissenschaftliche (oder künstlerische) Auseinandersetzung: In meiner Abschlussarbeit wollte ich mich nicht nur mit irgendeinem der vielen interessanten Themen in und zu Lateinamerika beschäftigen, sondern auch mit etwas, das mit mir, meiner eigenen Geschichte und Verortung zu tun hat.

Ich wurde als *weiße*¹¹ Deutsche gerade noch in der DDR geboren, 1988 in Ostberlin, und bin ab 1990 dann am Rande von Berlin in Brandenburg aufgewachsen. In meiner Familie gibt es bezüglich

¹¹ Da es sich um eine meist unbenannte konstruierte privilegierte Position in Machtverhältnissen handelt, schreibe ich *weiß* kursiv. Schwarz schreibe ich groß, da es sich um eine Selbstbezeichnung handelt und auf Rassismuserfahrungen von Menschen bezieht.

der West/Ost-Thematik die unterschiedlichsten Biographien, zum Beispiel die meines parteitreuen Großvaters mütterlicherseits, der Offizier war und eine Karriere in der SED anstrebte. Dass seine Söhne in den „Westen abhauten“, war dieser nicht förderlich. Väterlicherseits blieb von den insgesamt fünf Geschwistern nur mein Vater im Osten. Einer meiner Onkel war in den 50er Jahren nach Kanada ausgewandert, eine Tante lebte in Westdeutschland und zwei Onkel in Westberlin. Mein Vater erlebte den Mauerbau hautnah mit, als nach einem Kinobesuch in Westberlin die S-Bahn nicht mehr wie sonst zurück nach Potsdam fuhr. Er nutzte seine „Chance“ in Westberlin zu bleiben nicht, obwohl ihm einige fremde Leute in dieser Nacht dazu rieten.

Meine Perspektive wird von dieser Vielzahl unterschiedlicher Lebensentwürfe und von den Verflechtungen von Ost und West geprägt. Das war für mich normal. In meiner Familie wurde weder der Osten noch der Westen besonders gelobt noch verteufelt. Meine Eltern lebten eben in der DDR, das war halt so. Erst später, als ich älter war, erfuhr ich, dass ihr Leben im geteilten Deutschland auch Ungerechtigkeiten und Schmerz einschloss. Auch die Wiedervereinigung war kein Thema, erst auf konkrete Nachfragen meinerseits erzählen mir meine Eltern, wie zum Beispiel die Übernahme bei der Arbeit ablief oder über das Ungerechtigkeitsempfinden, wenn Nationalsozialismus und DDR miteinander gleichgesetzt werden. In meiner Familie begegneten mir weder „Opfer-Narrative“ (weder Opfer der DDR, noch Opfer der Wiedervereinigung) noch „Ostalgie“.

Mein familiärer Hintergrund hat mich insofern geprägt, Komplexität, Verflechtungen und Relativität als etwas Normales anzusehen. Als ostdeutsche Jugendliche in Brandenburg fiel mir selbst zunächst keine West/Ost-Grenzziehung auf. So lautete auch die Antwort unserer Geschichtsklasse in der 11. oder 12. Klasse (also etwa 2006) auf die Frage einer Person, die über das Thema forschte, ob die Teilung Deutschlands für Jugendliche noch von Bedeutung war: Nein – wir Jugendliche würden keine Unterschiede (mehr) machen. Nur kurz darauf wurde ich eines Besseren belehrt, als ich zum ersten Mal mit Vorurteilen über den Osten durch eine sehr gute Freundin konfrontiert wurde, die einen Teil ihrer Kindheit in Westberlin verbracht hatte. Diese Vorurteile überraschten und verletzten mich und änderten meine Einstellung hinsichtlich „wir machen keine Unterschiede mehr“. Doch erst seit kurzem beschäftige ich mich explizit mit meinem eigenen Ostdeutsch-Sein, das ich zuvor noch nicht einmal so benannt hätte.

Aufgrund meiner Ost-Sozialisierung bin ich mein Forschungsthema betreffend zu einem gewissen Grad ein „cultural insider“ (vgl. Piattoeva/Silova/Millei 2018: 2). Dass ich einer jüngeren Generation als meine Gesprächspartner*innen angehöre, schafft wiederum Distanz, einerseits in der

Interaktion während der Interviews, andererseits auch generell bezüglich der West/Ost-Thematik.¹² So habe ich bei der Bearbeitung meines Forschungsthemas vermutlich weniger schnell mit dem Vorwurf der Verklärung im Sinne einer „Ostalgie“ zu rechnen als eine Person, die in der DDR sozialisiert wurde.

Sowohl Brinkel (2012: 19) als auch Steinbach (2005: 13) erwähnen den vertrauensstiftenden Umstand und die positiven Auswirkungen auf die offene und ausführliche Gesprächsbereitschaft der Interviewten aufgrund der verbrachten Kindheit in der DDR oder die DDR-Sozialisation der Interviewer*innen. In einem Fall hatte ich durch meine ostdeutsche Herkunft, die explizit bei der telefonischen Kontaktaufnahme zu einer Person abgefragt wurde, einen Vorteil, um Zugang zum Feld und die Möglichkeit eines Interviews zu bekommen. Es fiel mir außerdem leicht, in den Gesprächen Stimmungen und Gefühle nachzuvollziehen und Äußerungen meiner Gesprächspartner*innen vor dem Hintergrund eines in gewisser Hinsicht geteilten „Wissens-/Erfahrungshorizonts“¹³ einzuordnen. Dazu zählen schmerzhaft Erfahrungen, es zeigte sich aber auch durch gemeinsames Lachen oder die Wertschätzung bestimmter von mir gestellten Fragen durch meine Gesprächspartner*innen.

1.3 Forschungsperspektive: Dekolonisierung von Wissensproduktion durch Oral History

Um die Perspektiven meiner Interviewpartner*innen auf Zeitgeschichte herauszuarbeiten, eignet sich besonders die Oral History als Forschungsperspektive. Da Oral History Zeitgeschehen mit biographischen Konstruktionen verbindet, bietet sie sich laut Brinkel (2012: 15) besonders gut an, um Fachgeschichte zu untersuchen: „Die subjektive Innensicht auf wissenschaftliches Handeln vermag zu erklären, wie Prozesse der DDR-Fachgeschichte erinnert und gedeutet werden.“

(Erzählte) Erinnerungen als legitime Wissensquellen anzuerkennen, ist ein Schritt in Richtung einer Dekolonisierung von Wissensproduktion, die auf einem Wissensbegriff beruht, der eng mit einer „westlichen“ akademischen Schriftkultur verbunden ist. In dem Sammelband „Childhood and Schooling in (Post)socialist societies. Memories of Everyday Life“ (Piattoeva/Silova/Millei: 2018), der dazu beiträgt die Wissensproduktion in und über sozialistische und postsozialistische Gesellschaften Ost- und Mitteleuropas zu dekolonisieren, werden Wissen und Erinnerung in diesem

¹² Da ich als *weiße* ostdeutsche Studentin mit *weißen* ostdeutschen Akademiker*innen gesprochen habe, empfand ich das Alter (und daraus resultierende Unterschiede hinsichtlich Sozialisation und akademischem Grad) als vorrangigen Differenzmarker. Auf die Grenze, die innerhalb der DDR zwischen *weißen* und nicht-*weißen* Ossi verlief, weist der Artikel von Angelika Nguyen hin: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-05/ostdeutschland-heimat-ddr-filme-das-schweigende-klassenzimmer/komplettansicht> (22.10.2018).

¹³ Ein Beispiel hierfür stellt die Erzählung einer schmerzhaften Erfahrung in einem der Interviews dar, die mich sehr berührte, da sie auch in meiner Familie vorgekommen war. Dies erwähnte ich erst nach dem Interview.

Sinne zusammengebracht: „By validating testimony and memory as important sources of knowledge, their [contributors of the book A.K.] memories speak against different forms of homogenization to contest and remake dominant history, revealing strong connections to postcolonial research (Piattoeva/Silova/Millei 2018: 6f).

Im Fall des von mir bearbeiteten Themas und der von mir befragten Personengruppe handelt es sich jedoch nicht um Geschichte aus Sicht der kleinen Leute im Sinne der klassischen deutschen Oral History, wie sie in den 70er und 80er Jahren in der alten Bundesrepublik entwickelt wurde (vgl. Steinbach 2005: 8f). Die Aussagen von Akademiker*innen haben von jeher gute Überlieferungschancen (ebd.), sodass es sich eher um eine elitäre Perspektive auf Wissenschaft und Politik der DDR-Zeit handelt. Der universitäre Kontext und die Befragung von Akademiker*innen bietet sich für mein Forschungsinteresse jedoch sehr gut an, da hier vermutlich im Rahmen der Abwicklung Konflikte, die Wissensproduktion und unterschiedliche Wissenschaftssysteme betreffend, im Kontext von Systembrüchen deutlich werden. Obwohl Akademiker*innen zwar zur gesellschaftlichen Elite gehören, befanden sich Ost-Akademiker*innen im Zeitraum der Wende und Wiedervereinigung, als das Wissenschaftssystem der DDR obsolet wurde, gegenüber West-Akademiker*innen in einer untergeordneten Position.

In den folgenden Unterkapiteln 1.3.1 und 1.3.2 erläutere ich zunächst den Wissensbegriff, der dieser Forschung zugrunde liegt und stelle daran anschließend meinen methodischen Zugang zur Oral History dar. Unter 1.3.3 beschreibe ich die konkrete Durchführung meiner Forschung.

1.3.1 Wissen: institutionalisiert und erfahrungsbasiert

Mein Wissensbegriff in dieser Forschung umfasst verschiedene Ebenen. Eine Ebene stellt die akademische Wissensproduktion dar, die von wissenschaftlichen Institutionen, Akteur*innen und spezifischen Praktiken (die sich je nach politischem System unterscheiden oder eben auch nicht so sehr unterscheiden) gekennzeichnet ist. Um diesen Wissensbegriff geht es auf der inhaltlichen Ebene in den Erzählungen der von mir befragten Lateinamerikawissenschaftler*innen aus der DDR über Wissenschaftspraxis in der DDR, Wendezeit und im wiedervereinigten Deutschland.

Die Wissenschaftsforschung wird seit den 1960er Jahren zunehmend durch soziopolitische Kontextualisierung erweitert und Fachgeschichte somit nicht mehr nur als stete Fortschrittsgeschichte verstanden (Brinkel 2012: 25). Der modernen Auffassung von Wissensproduktion entspricht es, Wissen als grenzen- und disziplinübergreifend zu definieren. Wissenschaft findet außerdem nicht mehr nur im akademischen Raum statt, sondern verbindet sich mit außeruniversitären Strukturen. Ein Forschungsbereich der gegenwärtigen Wissens- und

Wissenschaftsforschung beschäftigt sich mit der sozialen und kulturellen Bedingtheit akademischer Wissensproduktion, das heißt mit den Rahmenbedingungen, wie Wissen entsteht. Darunter fallen institutionelle Organisationsformen, interne Normen und Spezifika einer Wissenschaft sowie soziale Strukturen der Akteur*innen als auch historische Traditionen einer Wissenschaft. Insbesondere wird wissenschaftliches Wissen dabei durch die sozialen und kulturellen Prägungen der Wissensproduzent*innen beeinflusst (ebd.: 27f).

Sich mit dem eigenen Fach reflexiv auseinanderzusetzen trägt laut Brinkel dazu bei, sowohl die Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren, als auch die Entstehung und Verbreitung wissenschaftlichen Wissens zu erklären und kann uns bewusst machen, in welche Kontexte Wissenschaft in anderen Gesellschaftssystemen eingebunden war und ist. Wissensgeschichte ist dabei nie abgeschlossen, da sie sich immer auch auf die gegenwärtige Produktion wissenschaftlichen Wissens bezieht (vgl. ebd.: 30; 237).

Ein sehr fruchtbarer Ansatz ist es hierbei, akademische Fächer als soziale Felder zu verstehen, in welchem sich die einzelnen Akteur*innen selbst positionieren, von anderen positioniert werden und welches von Machtverhältnissen bzw. Hierarchien durchzogen ist (ebd.: 31ff)¹⁴. Dieser Ansatz lässt sich nicht nur auf die Auseinandersetzung mit der Lateinamerikaforschung in der DDR, Wendezeit und Wiedervereinigung übertragen, sondern beschreibt meiner Meinung nach generell wissenschaftliche Gefüge.

Auf einer anderen Ebene bezieht sich mein Wissensbegriff auf die Erinnerungen, Erfahrungen und Perspektiven meiner Gesprächspartner*innen als ein spezifisches Wissen. Dies ist die Grundlage für meine methodische Herangehensweise.

Ich teile dabei die Absicht von Piattoeva, Silova und Millei (2018: 4), die „master narratives“ bezüglich (Post)Sozialismus (und in ihrem Fall moderner Kindheit) zu dezentrieren und über Kalte-Krieg-Binariäten hinauszugehen und so Räume für kompliziertere und verschiedenartige Darstellungen zu öffnen: „[...] we attempted to create space for sharing untold stories, giving new meanings to (personal) histories, and revisiting forgotten relations between space and time, while trying to avoid romanticization and nostalgia¹⁵.“ Die Geschichten postsozialistischer Subjekte können dadurch anerkannt werden, wie es Tlostanova (2018: 277) fordert. Sie charakterisiert

¹⁴ Brinkel bezieht sich hier konkret auf das abgeschlossene wissenschaftliche Projekt „Volkskunde als öffentliche Wissenschaft. Die Wissens- und Wissenschaftsgeschichte der Berliner Volkskunde 1860-1960“ vom Institut für Europäische Ethnologie Berlin (vgl. Brinkel 2012: 31).

¹⁵ Die Abgrenzung von Romantisierung und Nostalgie, wie sie auch schon im Titel von „Der Osten. Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven auf einen komplexen Gegenstand jenseits von Verurteilung und Verklärung.“ vorgenommen wird, scheint immer noch notwendig, vor allem natürlich von Seiten postsozialistischer Subjekte. Damit schließe ich mich dem an und plädiere statt Nostalgie für die Öffnung von (Diskurs-)Räumen und Differenziertheit.

Postsozialismus nicht als eine Zeit nach dem Sozialismus, sondern als spezifischen Raum, in dem Subjekte geopolitisch verortet sind und der ein eigenes Wissen hervorbringt:

„[...] space of our lives which we would like to claim as a geopolitical and corpo-political location with its own genealogy of knowledges. [...] We remain invisible, appropriated, packaged according to fashionable theories. But we have our own stories to tell, and they need to be heard in order for the postsocialist people to leave the void that we have inhabited for the last 25 years.“ (ebd.)

In den autobiographischen Beiträgen im Sammelband geht es um Kindheitserinnerungen von Menschen aus Ost- und Mitteleuropa, wohingegen ich nach der wissenschaftlichen Biographie meiner Gesprächspartner*innen im Kontext des Beitritts der DDR zur existierenden Bundesrepublik¹⁶ fragte. Die theoretische und methodische Perspektive der Publikation „Childhood and Schooling in (Post)socialist societies. Memories of Everyday Life“ ist jedoch auch für den deutschen Kontext und meine Forschung sehr anregend, da ich Ostdeutsche auch als postsozialistische Subjekte verstehe. Postsozialistische Subjekte sind sehr heterogen, nicht nur im Ländervergleich, da sie auch innerhalb einer Nation über höchst unterschiedliche Erfahrungen verfügen, die sich entlang vielfältiger zugeschriebener Kategorien wie Rasse, Klasse, Geschlecht, Generation etc. differenzieren.

Die Herausgeberinnen verbinden Erinnerungsarbeit mit dekolonialer Theorie und beziehen sich dabei vor allem auf Walter Mignolo und den Prozess des *delinkings*¹⁷. Weitergehende Forschungen könnten hier an der Frage anknüpfen, inwieweit der Ansatz der Dekolonialität als theoretischer Rahmen im deutschen Kontext sinnvoll anwendbar ist. Die deutsche Wiedervereinigung wurde zumindest auch unter Verwendung des Begriffs der Kolonialisierung diskutiert (vgl. Ash 1998 in Kapitel 3.1).

Auf beiden von mir aufgefächerten Ebenen des Wissensbegriffs – einer dem institutionellen und akademischen Bereich zugeordnet, der andere aus Erfahrungen, Erinnerungen und Deutungen erwachsend – wirken Machtbeziehungen und Hierarchien, entlang verschieden konstruierter Differenzen, von denen die West/Ost-Differenz in dieser Arbeit im Fokus steht. Um dem Alltag der Wissenschaftspraxis in der DDR, der Bedeutung des Systembruchs für die wissenschaftlichen Biographien und den wirkenden Machtbeziehungen und Hierarchien auf die Spur zu kommen, suchte ich das Gespräch mit Zeitzeug*innen.

¹⁶ Ash (1998: 212) spricht von einer doppelten Einmaligkeit der deutschen Variante des Transformationsprozesses im Vergleich zu anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks, wo es kein Westungarn oder -polen gab, das als Geldgeber und politischer Promotor – oder Bremser – wirken konnte.

¹⁷ „In struggling to change the terms and not only the content of the conversation, delinking works with the geopolitics and body-politics of knowledge. Decolonization of knowledge thus carries the double movement of unveiling the geopolitical origin or location of knowledge together with affirming the modes and principles of knowledge that have been denied, silenced, or denigrated by the exclusive principle of modernity“ (Mignolo 2007, zitiert in Piattoeva/Silova/Millei 2018: 235).

1.3.2 Methodischer Zugang zu Oral History

Meine Forschung verorte ich innerhalb der Oral History, da die Perspektiven meiner Interviewpartner*innen auf Zeitgeschichte im Fokus stehen, auch wenn die Durchführung von narrativen biographischen Interviews eine Methode innerhalb ethnologischer Forschung allgemein darstellt.¹⁸

Brinkel (2012: 19) und Steinbach (2005: 7) stimmen darin überein, dass Oral History über quantifizierbares Wissen hinausgeht und Zugänge zu individuellen Motiven der Beteiligten, ihren Erfahrungsräumen, Erwartungshorizonten, Interessen und Hoffnungen bietet. Das Oral-History Interview bringe eine Fülle von Material über sonst nicht überlieferte Kontexte und Ereignisse hervor (ebd.). So weist Steinbach (2005: 8f) darauf hin, dass gerade beim Thema Universitätsgeschichte, vor allem zur DDR-Zeit, der Aussagewert offiziellen Schrifttums, wie zum Beispiel Akten, aufgrund des hohen Formalisierungsgrades der Sprache und des Berichtwesens, nicht besonders groß sei. Daher komme Zeitzeug*innengesprächen eine so wichtige Rolle zu.

Die Arbeit mit lebensgeschichtlichen Interviews stellt aber nicht nur eine bestimmte Forschungsmethode dar. Oral History ist Methode (Interviewführung und -auswertung mit Zeitzeug*innen), Quellenart (die transkribierten Interviewaufnahmen) und interdisziplinäres Forschungsfeld zugleich, in dem Historiker*innen, Soziolog*innen und Anthropolog*innen kooperieren (Obertreis/Stephan 2009: 9f). Sie kann dazu dienen, bestehende und in der Gegenwart verbreitete Mythen zu dekonstruieren, Stereotype und vermeintlich verbindliche Muster aufzubrechen (ebd.: 21). Oral History Forschung kann aufzeigen, wie Individuen die Folge von politischen Zäsuren bewältigen und wie sie ihre Identität über einen Systembruch hinweg konstruieren. Durch sie können Erfahrungen des Individuums legitimiert, die Komplexität historischer Realität aufgezeigt und vereinfachende Annahmen über die Vergangenheit korrigiert werden. Die Integration sozialistischer Erfahrungen ins kollektive (nationale) Gedächtnis kann so befördert werden (ebd.: 27f). Dazu möchte ich mit dieser Arbeit beitragen.

Keigthley (2010: 62; 67) sieht die Fokussierung von Oral History darauf, eine Beschreibung der Vergangenheit zu gewinnen, an sich kritisch und grenzt sie gegen die Memory Studies ab, in denen Narrative über Praktiken und Objekte des Erinnerns und die soziokulturellen Kontexte, die Erinnerung und ihre Inhalte beeinflussen, thematisiert werden. Memory Studies gingen insofern über Oral History und die Beschäftigung mit der Vergangenheit hinaus, da sie sich der Frage

¹⁸ Die Beschäftigung mit den Zusammenhängen zwischen gesellschaftlichen Umbrüchen und individueller Biographie findet in verschiedenen Disziplinen statt. So geht es in der soziologischen Biographieforschung um die Ausformungen und Gewordenheit von Biographie unter den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen (Küsters 2009: 182). In dieser Arbeit interessiert mich zwar auch die Auswirkung des Systemwechsels auf die Biographien meiner Interviewpartner*innen, nicht aber eine biographische Typenbildung.

zuwenden, wie Erinnerungen mit den Erfordernissen aktueller Erfahrungen, zukünftiger Wünsche und soziokulturellen Macht- und Wissensgefügen interagieren (ebd.).¹⁹

Eine ausführliche Diskussion über mögliche disziplinäre Grenzziehungen müsste an anderer Stelle geführt werden. Für meine Forschungsinteressen bietet sich die Oral History besser an, da mein Fokus zwar auch auf Erinnerungen liegt, nicht aber speziell auf der Erinnerungspraxis. Einiges was Keightley den Memory Studies zu- und der Oral History Forschung abspricht, wird außerdem auch innerhalb letztgenannter reflektiert. So akzentuiert Ulrike Jureit (2009: 88ff) in „Erinnerungen nach der Wende. Oral History und (post)sozialistische Gesellschaften“ den Unterschied zwischen kollektivem Erinnern und sozialer Verfasstheit unseres individuellen Gedächtnisses.²⁰ Unser Gedächtnis sei sozial gerahmt und in die verschiedenen Gruppen und Milieus, denen wir angehören, eingebunden. Kollektives Erinnern wiederum sei ein Gruppenprozess und somit ein Kommunikations- und Handlungszusammenhang, der als soziale Praxis darauf abziele, gruppenspezifisch relevante Vergangenheiten durch Symbolbildungen zu vergegenwärtigen, wie zum Beispiel durch Schriftsprache, Festkultur, Denkmalerrichtung und Rituale. Kollektive Erinnerungsvorgänge würden dabei nicht von Gruppen oder Gemeinschaften insgesamt, sondern von Eliten oder Repräsentanten getragen, außerdem im hier betrachteten Kontext eher medial vermittelt, als unmittelbar erlebt.²¹

Meine Arbeit beschäftigt sich hauptsächlich mit der individuellen Erinnerung der von mir interviewten Personen. Formen des kollektiven Erinnerns, wie sie beispielsweise in den öffentlichen Feiern zum Tag der deutschen Wiedervereinigung zum Ausdruck kommen, werden hier nicht explizit analysiert. Gerade durch sie zeigt sich jedoch, dass es sich bei Erinnerung und Deutungen von Ereignissen um ein aktuelles und gesellschaftlich umkämpftes Feld handelt.²²

Grundlegend für die Arbeit mit Erinnerungstexten ist die Erkenntnis, dass Gedächtniscodes ein Leben lang Modifizierungen und Neuinterpretationen erfahren (Obertreis/Stephan 2009: 11f). Erinnern sowie das Erzählen einer Lebensgeschichte ist ein kreativer Prozess, der sich in Kommunikation und Interaktion vollzieht. Welzer (2005) geht darauf ausführlich in „Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung“ ein. Hier stehen einerseits die sozialen

¹⁹ Eine ähnlich kritische Sichtweise vertritt Blanka Koffer (2014: 17), die in „Kulturanalyse und Kulturarbeit. Volkskunde an den Akademien der Wissenschaften der DDR und der ČSSR nach 1972“ mit

Zeitzeug*inneninterviews arbeitet, diese jedoch letztendlich nur als Hinweise auf die Archivrecherche verwendet.

²⁰ Jureit sowie andere Autor*innen, die hier zitiert werden, stützen sich auf die grundlegenden Konzeptualisierungen zu Erinnerung und Gedächtnis von Maurice Halbwachs sowie Jan und Aleida Assmann bzw. entwickeln diese weiter.

²¹ Vgl. hierzu Calabretta (2015): „Feiern und Gedenken: Zur Entwicklung einer gemeinsamen Erinnerungskultur seit dem 3. Oktober 1990“ und Simon (2015): „Tag der Deutschen Einheit: Festakt und Live-Übertragung im Wandel.“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 33-34/2015.

²² Als Untersuchungsgegenstand für die hier angerissene Thematik könnte die aktuelle Kampagne für den Tag der Einheit in Berlin 2018 dienen, in der u.a. für ein „Ende der Nachwendezeit“ geworben wird. Siehe <http://www.tag-der-deutschen-einheit.berlin.de/> (06.05.2018)

Aspekte des Gedächtnisses, seine kommunikative Beschaffenheit und montagehafte Gestalt, in der „Erinnerungen an Erinnerungen, Erinnerungen an Selbsterlebtes, Erinnerungen an Gesehenes und Mitgeteiltes ununterscheidbar zusammenfließen.“ (ebd.: 207), im Fokus, andererseits aber auch das individuelle autobiographische Gedächtnis.

Welzer illustriert durch zwei Interviewausschnitte mit derselben Person, zwischen denen elf Jahre liegen, wie ein anderer Interpretationsrahmen für dieselben Erfahrungen (die Flucht aus der DDR im Herbst vor dem Fall der Mauer) entwickelt wurde, und diese somit nach elf Jahren anders erzählt wurden. Dabei wichen nicht die erinnerten Ereignisse selbst voneinander ab, doch es wurde deutlich, wie Erinnerungsdiskurse der Gesellschaft Spuren im Interpretationsrahmen für die eigene Vergangenheit hinterlassen hatten. Erfahrungen, die im jungen Erwachsenenalter gemacht wurden, wurden im Rückblick aus der Position des älteren Erwachsenen neu sortiert, gerahmt und aus der Gegenwart heraus bewertet (ebd. 208f).

Generell zu beachten ist außerdem, dass jeweils das lebensgeschichtlich im Vordergrund steht, nachdem gefragt wird (vgl. ebd.: 220). Welzer (2005: 213) stellt fest, dass es sich bei der Autobiographie als situationsunabhängige, asoziale, „wirklich“ gelebte Lebensgeschichte um eine Fiktion handelt. In der autobiographischen Praxis realisieren diese sich nur als jeweils Zuhörer*innenorientierte Version und aktuell angemessene Montage lebensgeschichtlicher Erinnerung.

Die hier ausgeführten Überlegungen stellen die Grundlage meiner Arbeit dar, in der es um Erinnerungen an die Wende und deutsche Wiedervereinigung geht. Bei jeder Erinnerung handelt es sich um einen Rückblick, bei dem die Bewertung aus der Gegenwart heraus erfolgt. Ungleiche Machtbeziehungen, resultierend aus der Geschichte des geteilten Deutschlands und vor allem seiner Wiedervereinigung, prägen dabei immer noch die Aktualität. Da die Bewertung und Deutung des Vergangenen uns etwas über die Gegenwart erzählt, ist es immer noch und gerade interessant, heute auf die DDR, Wende und Wiedervereinigung zurückzublicken.

Erinnerungen erzählen, wie bestimmte Ereignisse wahrgenommen und erlebt wurden. Tlostanova (2018: 273) weist auf deren subjektive Wahrheit hin und fasst treffend die bereits thematisierte Komplexität und Unzuverlässigkeit von Erinnerung zusammen:

„It has become commonplace to speak of the whimsicality of our memory or even of its censorship and retroactive politicization of memories particularly if they are linked with the critical moments in individual lives or in the lives of whole societies. [...] Memories do not tell us what happened but rather reveal the way people felt and how they perceived the events. They can be very far from reality yet psychologically true to the people who remember. And from these multiple entangled tapestries history is ultimately woven.“ (ebd.)

1.3.3 Durchführung der Forschung

Diese Arbeit beruht hauptsächlich auf den mehrstündigen narrativen biographischen Interviews mit sechs Akademiker*innen aus der DDR. Meine Gesprächspartner*innen fand ich zunächst über die Empfehlungen von Dozent*innen des Lateinamerika-Instituts der FU Berlin. Dass ich mich namentlich auf diese berufen konnte, spielte bei einigen Personen eine wichtige Rolle für die Einwilligung in die Interviews. Sie verwiesen mich wiederum an andere Personen, sodass ich nach dem Schneeballprinzip zu weiteren (potenziellen) Interviewpartner*innen Kontakt aufnehmen konnte. In drei Fällen fanden die Gespräche nach einem vorherigen „Sondierungs“-Treffen bzw. Telefongespräch statt. Eine der Personen, die sich auch selbst wissenschaftlich mit dem von mir untersuchten Thema auseinandersetzt, traf ich zu einem zweiten Interview und befragte sie in ihrer Rolle als „Expertin“. Dabei handelt es sich um das einzige Gespräch, das als Leitfadeninterview geführt wurde.

Bei den von mir interviewten Personen handelt es sich um drei Akademikerinnen und drei Akademiker²³, die alle in der DDR oder Sowjetunion wissenschaftlich sozialisiert wurden, das heißt, zumindest studiert haben.²⁴

Fünf von sechs Personen haben oder hatten eine Professur inne, darunter eine außerplanmäßige. Der Fokus ist demnach auf die „erfolgreichen“ Ausnahmefälle gerichtet, ruft man sich die ungleiche Verteilung von West- und Ostdeutschen in solchen Positionen und die Auswirkungen der Evaluierung (siehe Kapitel 3) ins Gedächtnis. Ich nehme gerade diese Karrieren in den Blick, um etwas über ihren Verlauf und etwaige Schwierigkeiten zu erfahren. Um unterschiedliche Perspektiven einzufangen, wurden Personen befragt, die verschiedenen Generationen angehören. Dies ist besonders relevant, da sie zu unterschiedlichen Zeitpunkten ihre Qualifizierungsarbeiten abgeschlossen haben und zum Zeitpunkt der Wende unterschiedliche akademische Positionen inne hatten: zwei Personen waren bereits habilitiert, eine Person habilitierte in genau diesem Zeitraum, eine weitere war promoviert, eine Person hatte zum Zeitpunkt der Wende eine Promotion begonnen und eine weitere studierte noch.²⁵ Meine Interviewpartner*innen sind außerdem in unterschiedlichen Disziplinen verortet. Sie studierten in der DDR Wissenschaftlicher Kommunismus; Geschichte; Völkerkunde/deutsche Volkskunde/Ur- und Frühgeschichte;

²³ Bednarz (2017) nutzt in seiner Studie die Bezeichnung „Intellektuelle“. Für seine Definition siehe „Was ist ein*e Intellektuelle*r?“ (ebd., 258, eigene Übersetzung).

²⁴ Ich verweise auf meine Interviewpartner*innen in anonymisierter Form mithilfe ausgedachter Kürzel. Die Reihenfolge der Interviews war wie folgt: Frau E., Herr K., Frau S., Frau C., Herr M., Herr N. In manchen Fällen ist eine Anonymisierung aufgrund von Alleinstellungsmerkmalen der Person sehr schwierig, dies wurde individuell thematisiert und abgesprochen.

²⁵ Laut Brinkel (2012: 249) fehlen u.a. Stimmen von Studierenden in der Aufarbeitung der DDR-Fachgeschichte. Innerhalb der von mir befragten Gruppe gibt es eine Person, die sowohl in der DDR, als auch im wiedervereinigten Deutschland studiert hat. Ein Vergleich der unterschiedlichen Studiensysteme findet sich im Kapitel 2.2.

Außenpolitik; Ethnographie und Geschichte sowie Lateinamerikawissenschaften. Sie haben an verschiedenen Instituten und Universitäten studiert und gearbeitet, sodass alle Orte der Wissensproduktion zu Lateinamerika in der DDR vertreten sind: Rostock, Leipzig, Berlin und Potsdam.²⁶ Es gibt noch mehr relevante Unterscheidungsmerkmale, wie zum Beispiel der jeweilige Zeitpunkt der Berufung auf eine Professur, der einen Eindruck von geradlinigeren und weniger geradlinigen Karrieren vermittelt oder die unterschiedliche Nähe zum politischen System der DDR. Eine „theoretische Repräsentativität“, also eine Identifizierung möglichst aller in der Realität vorkommenden Varianten eines sozialen Phänomens (vgl. Küsters 2009: 41), ist mit sechs Personen natürlich trotzdem nicht erreicht. So fehlen unter anderem Personen aus dem Bereich der Literaturwissenschaften. Als Kontrast wären auch Gespräche mit DDR-Professor*innen interessant, die ihre Stelle verloren haben oder mit westdeutschen Akademiker*innen, die nach der Wende nach Ostdeutschland kamen. Durch die jeweils mehrstündigen Interviews habe ich jedoch eine Fülle an Material erhoben, das verschiedene ostdeutsche Perspektiven abbildet. Dabei ist auch die Perspektive einer Person vertreten, die nicht über einen Professorentitel verfügt und nicht wie gewünscht als „Vollzeitwissenschaftler“ tätig sein kann.

Eine Besonderheit der Forschung mit Akademiker*innen stellt dar, wie sie die eigenen Erfahrungen reflektieren und teilweise mit Ansätzen aus ihrer eigenen Disziplin theoretisieren. Als Deutungselite ihrer Zeit reflektieren und kommentieren Wissenschaftler*innen bewusst vergangenes und gegenwärtiges Geschehen und sind, sowohl ihrem eigenen Anspruch als auch den Erwartungen der Gesellschaft nach, für die Entwicklung von Deutungsmustern zuständig (Koehl 2002: 255f). Indem sie Deutungen produzieren und versuchen, ihnen gesellschaftliche Gültigkeit zu verschaffen, prägen die Wissenschaftler*innen selbst das soziale Geschehen mit und tragen dazu bei, es zu formen und zu verändern (ebd.).

Diese Arbeit gibt nicht nur den spezifischen Erinnerungen der von mir befragten Akteur*innen Raum, sondern auch diesen Erklärungsansätzen, die eine Besonderheit ihrer Perspektive ausmachen. Dies wird unter anderem im Kapitel 5.2 *Die (Nicht-)Integration von ostdeutschem Wissen* deutlich. Brinkel (2012: 17) stellt hinsichtlich dieser Besonderheit fest, dass eine fachhistorische Studie mittels Oral History ein hohes Maß an Reflexion erfordert, da die Akteur*innen sowohl „Quellen“ der sie betreffenden Untersuchung sind, diese aber auch rezipieren, rezensieren und diskutieren. Sie können ihre eigenen Erfahrungen gut reflektieren, da sie selbst Teil

²⁶ Nähere Informationen zu den unterschiedlichen Orten der Wissensproduktion finden sich im nächsten Kapitel, unter 2.1.2.

des Wissenschaftsmilieus sind oder waren und wissen über die Konsequenzen einer möglichen Veröffentlichung Bescheid (ebd.: 17).^{27 28}

Meine Forschung begann wie bereits erwähnt mit einer offenen Frage, um so den Strukturen des untersuchten Gegenstandes gegenüber offen zu bleiben. Wichtig ist es hierbei laut Küsters (2009: 39f), den untersuchten Zusammenhang nicht per se zu unterstellen, sondern im Forschungsprozess auch offen für die Entdeckung eines Nicht-Zusammenhängens zu sein. Ich ging zwar trotzdem im Vorfeld davon aus, dass der gesellschaftliche Umbruch der Wende und Wiedervereinigung in irgendeiner Form Auswirkungen auf die Biographien meiner ostdeutschen Interviewpartner*innen hatte. Trotzdem ging es mir nicht darum, herauszufinden, ob die Wende oder die DDR im Allgemeinen die entscheidende oder eine herausragende Rolle in lebensgeschichtlichen Narrativen spielt, so wie es Lorek (2016) untersucht hat, sondern ganz allgemein um die Frage, wie diese Zeit des Umbruchs erinnert und gedeutet wird, mit Fokus auf die berufliche, in diesem Fall wissenschaftliche Biographie. Es war mir wichtig, mein Forschungsinteresse von Beginn an transparent darzustellen. Somit wussten meine Gesprächspartner*innen, dass mich vor allem diese Umbruchsphase interessierte. Die Durchführung narrativer Interviews generierte allerdings ein Erzählen und so wurde diese Phase in die Deutung der gesamten wissenschaftlichen Biographie eingebettet. Damit folge ich einem Vorschlag von Wierling (2009: 327), die auch dann für lebensgeschichtliche Interviews plädiert, wenn das Projekt selbst themenzentriert ist. So gehöre die Abwicklung sicher zu den unangenehmsten Lebenserfahrungen von Akademiker*innen aus der DDR. Doch erst in der lebensgeschichtlichen Erzählung werde diese Erfahrung in Beziehung gesetzt zu Erinnerungen ähnlicher Kränkung in der DDR oder es zeige sich, dass Bedeutungsverluste nach 1989 zumindest teilweise, durch bis dahin verschlossene Optionen (wie Reisen und wissenschaftlicher Austausch), kompensiert worden seien (ebd.).

Ich bat also meine Interviewpartner*innen, mir ihre wissenschaftliche Biographie zu erzählen. Der Erzählstimulus war somit thematisch fokussiert, um nur den beruflichen Teil der Lebensgeschichte zu erheben, setzte jedoch keinen konkreten Anfangs- und Endpunkt und war in dieser Hinsicht offen gehalten (vgl. Küsters 2009: 44). In einigen Gesprächen folgte daraufhin die Aushandlung darüber, wo die Erzählung einsetzen sollte bzw. innerhalb welchen Rahmens sie verstanden werden wollte. Ein Interview wird durch die (Nicht-)Ratifizierung des Erzählstimulus, als auch generell durch die Interaktionsbeziehung zwischen Interviewerin und interviewter Person geformt (vgl. ebd. 77f). Alle meine Gesprächspartner*innen ratifizierten meine Eingangsfrage auf unterschiedliche

²⁷ Dies zeigte sich in meiner Forschung z.B. durch die Ansagen im Interviewverlauf, bezüglich der Nichtzitierbarkeit von Äußerungen.

²⁸ Außerdem handelt es sich laut Brinkel (2012: 17) bei Forschungen mit Fachvertreter*innen innerhalb der eigenen Wissenskultur um eine besondere Version der *Research Up* Situation.

Weise und es kam zu einer Stegreiferzählung.²⁹ So gab es einerseits nach einer Vergewisserung, zu welchem biographischen Zeitpunkt die Erzählung starten sollte, die knappe Aussage: *Ok. Mach ich.* In einem anderen Fall wurde einschränkend klar gestellt: *Na das wird eine lange Geschichte (lacht). Ich habe nicht so sehr viel Zeit, also 14 Uhr müssen wir Schluss machen, aber ich will wenigstens das versuchen in Stichworten hinzukriegen.* Der Struktur des narrativen Interviews nach Fritz Schütze (1983) folgend, unterbrach ich die darauffolgende Stegreiferzählung nicht. Nach ihrem Abschluss stellte ich immanente Nachfragen, die sich auf bisher Erzähltes bezogen. Abschließend folgte ein Teil mit vorbereiteten, exmanenten Nachfragen.

Ein Vorteil des narrativen Interviews gegenüber offenen oder standardisierten Leitfadenterviews liegt darin, die Ausgestaltung der vereinbarten Interviewthematik weitgehend den Befragten zu überlassen und sie nicht in distanzierter Weise zu einem Geschehen und ihrem Handeln zu befragen. Stattdessen regt man sie zum Wiedererleben eines vergangenen Geschehens an und kann ihnen so auch eher heikle Informationen entlocken (vgl. Küsters 2009: 21).

Die Stegreiferzählungen meiner Interviewpartner*innen zeichneten sich durch unterschiedliche Dynamik und Länge aus. Bei einem Gespräch kam es beispielsweise erst im narrativen Nachfrageteil zu ausführlicheren Erzähleinheiten. Auch war nicht immer Raum und Zeit für dieselben Nachfragen im letzten Teil des Gesprächs.³⁰

Meine Arbeit stützt sich vor allem auf das von mir erhobene Interviewmaterial. Ergänzend und im Vergleich fließen Zeitzeug*innenberichte aus Sekundärliteratur ein. Außerdem dienen mir ausgewählte Publikationen als Quelle, die sowohl die Ergebnisse der Arbeit in verschiedenen Fachgebieten an Universitäten der DDR bis 1990 aufarbeiten, als auch die Wendezeit im Allgemeinen thematisieren. Meist handelt es sich bei diesen Publikationen um Bemühungen ostdeutscher Akteur*innen (vgl. Kapitel 2.1.1). Über dieses konkrete Arbeitsmaterial hinaus sollen auch meine Besuche von Vorträgen und Diskussionsrunden, wie im Rahmen des Institutskolloquiums „Wissen schaffen über und durch das Andere – Reflexionen zur Differenzlinie West/Ost in Deutschland“ oder der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, sowie des (nicht akademischen) Workshops „ost-west-grenzenlos“ nicht unerwähnt bleiben. Diese waren besonders aufschlussreich, um mein Forschungsfeld als ein emotionsgeladenes wahrzunehmen, welches von Aushandlungsprozessen und Positionierungen von ost- wie westsozialisierten Personen (und auch anderen Teilnehmer*innen) geprägt wird. In allen von mir besuchten Veranstaltungen wurde ein offener bis achtsamer Raum für Austausch geschaffen, in dem es teils auch Platz für

²⁹ Nur bei einem Interview, das bei der Person nach einem vorherigen „Sondierungs“-Telefongespräch zuhause stattfand, kam ich nicht dazu, eine Eingangsfrage zu stellen und die Erzählung begann ohne diese.

³⁰ Die vorbereiteten Nachfragen galten u.a. der Veränderung von Forschungsthemen und des Arbeitsumfeldes nach der Wiedervereinigung, den wissenschaftlichen Kooperationen mit Lateinamerika in der DDR und Werdegängen von Kolleg*innen.

Verletzlichkeit gab. Wie erwartet, stand dies erheblich mehr im Fokus des Workshops als in der wöchentlichen Kolloquiumssitzung, doch auch hier wurden Emotionen, zum Beispiel in einer Podiumsdiskussion, deutlich, auch wenn es nicht explizit um die Thematisierung derselben ging. Bei meinen Gesprächen schienen Emotionen teilweise in besonderem Maße in kurzen Kommentaren auf, um dann wieder zu verschwinden oder auf Nachfrage bereitwillig thematisiert zu werden. Auch Brinkel (2012: 238) erwähnt die ihre Forschung begleitenden Emotionen, die sie als „Unbehagen“ betitelt. Einerseits verortet sie es auf Seiten der Akteur*innen, aufgrund der Emotionen rund um die biographische Wende, die der gesellschaftspolitische Umbruch 1989 oftmals mit sich brachte, sowie bestehender Tabus und persönliche Betroffenheit auf ost- und westdeutscher Seite. Andererseits findet sie dieses „Unbehagen“ auch bei sich selbst, im Kontext ihrer Datenauswertung, Formulierung und Anonymisierung hinsichtlich der Frage, was mit welcher Art von Kontext und Interpretation veröffentlicht werden kann, darf und soll.

In meiner Forschung sind die erinnerten Erfahrungen der Akteur*innen Gegenstand der Analyse. Hinsichtlich der Auswertung im Rahmen von Oral History Forschung kommen laut Obertreis und Stephan (2009: 11) verschiedene Ansätze zum Einsatz, wie Diskursanalyse, Narrative Analyse und Grounded Theory. Sie stehen nicht zwingend miteinander in Konkurrenz, sondern können als Ergänzung zueinander verstanden werden (ebd.). Ich orientiere mich vor allem an einem generellen induktiven Ansatz. Durch einen induktiven Zugang im Forschungsprozess und die Entwicklung des Vorgehens am Material selbst wird die Komplexität des Gegenstandes nicht im Vorfeld reduziert, sondern der Bedeutungszusammenhang einzelner Äußerungen aus der Materialgesamtheit rekonstruiert (Brinkel 2012: 22). Ein genereller induktiver Ansatz ist nicht so sehr auf die Entwicklung von Theorien ausgerichtet wie die Grounded Theory. Sie ähneln sich aber im Vorgehen, indem ein detailliertes Lesen der Rohdaten genutzt wird, um Konzepte, Themen und Modelle aus diesen selbst zu gewinnen. Als Ergebnisse der Analyse werden die wichtigsten identifizierten Themen oder Kategorien dargestellt (vgl. Thomas 2006: 237f, 240f). Eine deskriptive Haltung ist laut Przyborski und Wohlrab-Sahr (2009: 195) in bestimmten Forschungskontexten angemessen, entspreche aber nicht dem Vorgehen der Grounded Theory.

Ich identifizierte zu Beginn des Analyseprozesses die Themen in den Gesprächen, die am meisten Gewicht zu haben schienen. Dabei orientierte ich mich daran, wieviel Zeit sie einnahmen oder wie emotional sie erzählt wurden. Bei vielen Kategorien handelt es sich um *in vivo-Kategorien*, die also von den interviewten Personen selbst stammen. So gehe ich vom Text aus, ohne Themen oder Kategorien überzustülpen. Trotz dieser Vorgehensweise darf nicht vergessen werden, dass der Interviewtext an sich ein situativer Moment ist, der vom Interviewkontext – der vorhandenen Zeit,

Umgebung³¹ und gegenseitigen Sympathie – abhängig ist. Das qualitative Interview lässt außerdem laut Brinkel (2012: 16) nur erkennen, wie Akteur*innen gesehen werden möchten oder sich selbst sehen.

Aus den subjektiven Erinnerungen und Deutungen meiner Gesprächspartner*innen treffe ich nochmals eine Auswahl, analysiere und interpretiere. Auch bei der größtmöglichen Offenheit gegenüber dem Material bin ich von meinem (Erkenntnis)interesse geleitet. Dies stellt jedoch nur einen bestimmten Fokus dar, nicht aber Erwartungen über spezifische Ergebnisse (vgl. Thomas 2006: 239). Nach der Identifizierung der jeweils individuell relevanten Themen und Kategorien bin ich zu einer vergleichenden Perspektive übergegangen. Über die Suche nach Differenzen und Übereinstimmungen, Kontrastfolien und Mustern, gelangte ich zur Identifizierung von Schlüsselkategorien.

Die Themen und Schwerpunkte der Kapitel orientieren sich stark an den von mir identifizierten Hauptthemen aus den einzelnen Interviews. In der Darstellung bleibe ich nah an den Interviewtexten und gebe den Perspektiven meiner Gesprächspartner*innen mittels Zitaten Raum³². Meine Interpretationen, die noch über die Auswahl und Anordnung des Interviewmaterials hinausgehen, finden sich vor allem am Ende der jeweiligen Kapitel. So gebe ich den Themen Vorrang, die sich als besonders bedeutsam in den jeweiligen Gesprächen herauskristallisierten, auch wenn somit nicht immer ein Schwerpunkt auf die Lateinamerikaforschung gegeben ist. Die Akteur*innen haben zwar alle zu Lateinamerika in der DDR und im wiedervereinigten Deutschland gearbeitet, sind jedoch nicht unbedingt institutionell so verortet gewesen, dass dies immer im Mittelpunkt stand. Die Themen und Schwerpunkte der einzelnen Unterkapitel entsprechen jeweiligen Schwerpunkten einzelner Interviews. Meine Interviewpartner*innen hatten diese Themen immer schon im narrativen Teil angesprochen, in einzelnen Fällen wurden sie durch Nachfragen ausführlicher thematisiert. Meine zuvor überlegten Nachfragen (vgl. Fußnote 30 auf Seite 20) brachten hingegen meist Kontextinformationen, jedoch keine Schlüsselthemen zum Vorschein. Obwohl bei der Transkription der Interviews sprachliche Auffälligkeiten wie Pausen und Füllwörter beachtet wurden, habe ich sie in den hier verwendeten Zitaten herausgenommen, um eine bessere Lesbarkeit zu gewährleisten, außerdem entspricht dies dem Wunsch meiner Interviewpartner*innen.³³ Sprachliche Besonderheiten

³¹ Die Interviews fanden bei zwei Personen zuhause statt, in drei Fällen in einem Café und einmal im Büro der Universität.

³² Bis zu vier Zeilen lange Zitate sind im Fließtext eingefügt und kursiv gesetzt, wenn sie aus dem Interviewmaterial stammen. Längere Zitate sind eingerückt, durch Anführungszeichen gekennzeichnet und nicht kursiv gesetzt. Zitate aus Sekundärliteratur hingegen werden immer in Anführungszeichen und nicht kursiv wiedergegeben.

³³ Sprachliche Besonderheiten werden in den Interviewzitaten wie folgt gekennzeichnet: fett gedruckte Wörter oder Silben entsprechen einer besonderen, meist lauten Betonung; kursiv gesetzte Wörter entsprechen einem deutlich leiseren Sprechen; in runde Klammern gesetzter Text oder Leerstellen entsprechen Stellen aus dem Interview, die nicht deutlich zu verstehen waren; eckige Klammern zeigen Auslassungen an, die teilweise auch der Anonymisierung dienen.

wie Pausen oder Seufzer sind nur insoweit in die Analyse eingeflossen, dass mir dadurch bestimmte Stimmungen, Nuancen und Gewichtungen aufgefallen sind. Sie werden hier jedoch nicht explizit analysiert.

2 Wissenschaftspraxis und Lateinamerikaforschung in der DDR und Wendezeit

In diesem Kapitel stelle ich zunächst unter 2.1 den Forschungsstand dar, um zu verdeutlichen, auf welchen Erkenntnissen und Konzepten meine eigene Arbeit, abgesehen von dem von mir erhobenen Material, aufbaut. Die Kapitel 2.2 und 2.3 beruhen dann gänzlich auf zentralen Themen und Kategorien aus den geführten Interviews. Einerseits geht es um die Wissenschaftspraxis, das heißt die Bedingungen und Praxen der Wissensproduktion in der DDR und Wendezeit. Dazu zähle ich unter anderem das Studium, die Arbeit als Wissenschaftler*in, den Zugang zu Informationen wie Literatur und den wissenschaftlichen Austausch. Hier ist besonders das Spektrum zwischen Einschränkungen und Spielräumen interessant. Andererseits steht die Zeit des Umbruchs, in dem sich die alten (DDR)-Strukturen auflösten und die neuen noch gestaltbar schienen, im Mittelpunkt. Die Erfahrungen changieren dabei zwischen den Polen Veränderung und Kontinuität.

2.1 Wissenschaft, Wiedervereinigung und die Lateinamerikaforschung: Forschungsstand

Für meine Fragestellung sind einerseits die sozialwissenschaftliche und hierbei vor allem soziologische Transformationsforschung zum ostdeutschen Hochschulumbau und andererseits ethnologische und Oral History Forschungen relevant, die ich unter 2.1.1 thematisiere. Spezifische Publikationen zur Lateinamerikaforschung in der DDR sind überschaubar. Eine wichtige Arbeit über die Lateinamerikawissenschaften an der Universität Rostock stammt von Ahrendt-Völschow (2004). Diese Publikation und Informationen aus den von mir geführten Interviews bilden die Grundlage für den sich anschließenden Abschnitt 2.1.2. Die hier (Kapitel 2.1) genannten Forschungen greife ich in meiner Arbeit auf und kombiniere sie in der Untersuchung der Perspektiven von Lateinamerikawissenschaftler*innen aus der DDR auf die deutsche Wiedervereinigung.

2.1.1 Wissenschaft und Wiedervereinigung

Sozialwissenschaftliche Studien wie die von Mayntz (1994) oder Pasternack³⁴ (1999) geben einen Einblick in die institutionellen Abläufe und Umbrüche in Zeiten des Systemwechsels. In dem Sammelband „Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess“ (Mayntz 1994), stehen die Umwandlungen an den Universitäten Rostock, Leipzig und der Humboldt-Universität zu Berlin im Fokus. In ihrer Publikation aus demselben Jahr, „Deutsche Forschung im Einigungsprozess. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989-1992.“, setzt sich Mayntz mit der wichtigsten außeruniversitären Forschungseinrichtung³⁵ der DDR auseinander. An allen von ihr genannten Standorten wurde auch wissenschaftlich zu Lateinamerika gearbeitet. Dies spielt in den Studien von Mayntz jedoch keine Rolle.

Ebensowenig in Pasternacks Publikation „„Demokratische Erneuerung“. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989-1995“ (1999). Er untersucht hier anhand der Fallbeispiele der Humboldt-Universität zu Berlin und der Universität Leipzig die demokratische Qualität des Prozesses des ostdeutschen Hochschulumbaus, der unter dem politischen Leitmotiv der „demokratischen Erneuerung“ lief. Der Hochschulbereich habe sich laut Pasternack wie kein anderer Sektor innerhalb der ostdeutschen Systemtransformation mit einem solch hohen Legitimitätsanspruch beladen, indem er selbst seinen Wandel als demokratische Erneuerung charakterisierte.

Pasternack geht in seiner Studie von grundlegenden Interpretationskonflikten aus, die sich zunächst um die Bewertung der Leistung von in der DDR stattgefundener Wissenschaft drehten. Nach Abschluss der Vorgänge im Rahmen der „demokratischen Erneuerung“ ging es um die Bewertung des Prozesses selbst und der Einschätzung seiner Ergebnisse (ebd.: 15f). Dass es eine demokratische Erneuerung geben sollte, war bei allen Akteur*innen unumstritten, doch wie diese aussehen sollte bzw. wie dahin zu gelangen sei, darüber gab es verschiedene Vorstellungen. Die Schwerpunkte in Pasternacks Untersuchungen sind die „*demokratische Initiation* der Akteure an den ostdeutschen Hochschulen in der Aufbruchphase ab Herbst 1989 sowie der Personalabbau innerhalb des Hochschulstudiums.“ (ebd.: 19). Diese zwei Bereiche nehmen auch in meiner Forschung eine wichtige Rolle ein. Eine Erfahrung aus der Aufbruchphase wird hier im Kapitel 2.3

³⁴ Pasternack gründete 1991 die Zeitschrift „hochschule ost. leipziger beiträge zu hochschule & wissenschaft“. Die Zeitschrift erscheint seit 2001 unter dem Namen „die hochschule“ und versteht sich als Ort für Debatten aller Fragen der Hochschulforschung sowie angrenzender Themen aus der Wissenschafts- und Bildungsforschung. Der ostdeutschen Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung sowie -geschichte wird dabei weiterhin besondere Aufmerksamkeit geschenkt (vgl. <http://www.hof.uni-halle.de/journal/konzept.htm> 31.05.2018). Alle Ausgaben von 1991-2001 sind online im Archiv unter <http://www.hof.uni-halle.de/journal/hso.htm> (31.05.2018) zu finden.

³⁵ Vgl. <https://deutsche-einheit-1990.de/ministerien/mft/adw/> 24.05.2018

geschildert, der Personalabbau – ein Querschnittsthema bei den von mir geführten Gesprächen – daraufhin im 3. Kapitel *Die Evaluationserfahrung* thematisiert.

Die hier erwähnten sozialwissenschaftlichen Studien von Mayntz und Pasternack wurden vor allem auf der Grundlage von Dokumentenanalysen vorgenommen (vgl. Pasternack 1999: 15), somit bleibt die subjektive Dimension und Bedeutung für die beteiligten Akteur*innen meist unterbelichtet. Die ethnologischen und Oral History Forschungen lassen im Gegensatz zur „kühlen Formulierung“ der Wende und Wiedervereinigung als „Transformationsprozess“ in der Soziologie (vgl. Steinbach 2005: 157) Zeitzeug*innen sprechen.

In „Universitätserfahrung Ost. DDR-Hochschullehrer im Gespräch“ (Steinbach 2005) werden Selbstzeugnisse zur Bildungs- und Wissenschaftsgeschichte gesammelt, um so eine Innensicht auf den ostdeutschen Universitätsbetrieb darzustellen (ebd.: 10). In den unkommentierten Interviews mit ausschließlich männlichen Akademikern der Universität Jena liegt der Fokus auf der DDR-Zeit, auf Erfahrungen in der „sozialistischen Universität“ (ebd.: 212), auf Hochschulreformen und politischen Ereignissen wie dem 17. Juni 1953, dem Mauerbau 1961 oder dem Prager Frühling 1968.

Die eher journalistischen, teils wertenden Fragen, beginnen jeweils mit der Kindheit und den Kriegserfahrungen der Hochschullehrer und orientieren sich dann an den spezifischen Lebensläufen. In einigen Interviews werden Fragen bezüglich der Möglichkeiten von wissenschaftlichen Kontakten (mit Kolleg*innen aus der Bundesrepublik und dem Ausland) und des Austauschs (hinsichtlich des Zugangs zu westlicher Literatur beispielsweise) gestellt. Diese Fragen spielen auch in meiner Forschung eine Rolle.

Auch die Wendezeit sowie Erfahrungen und Bewertungen von Evaluierung und Abwicklung werden vereinzelt thematisiert. Teilweise werden Vergleiche des Hochschulwesens damals und heute angestellt. Steinbach (2005: 11) stellt fest, dass keiner der Interviewten direkt von der Abwicklung betroffen war, das Ende der DDR und die Umgestaltung des Hochschulwesens jedoch für alle Befragten einen Verlust bedeutete. Er bezeichnet die in diesem Band interviewten Hochschullehrer als „gelassene Generation“, die im Gegensatz zu ihren 1990/91 größtenteils abgewickelten jüngeren Kolleg*innen weniger vom Zorn über die Gegenwart beeinflusst sei (ebd.: 15).

Diese Gruppe der „Abgewickelten“ steht bei Dan Bednarz im Mittelpunkt, der explizit ethnographisch an die Thematik herangeht. Er veröffentlichte erst 2017 seine Forschung über ostdeutsche Intellektuelle und die Wiedervereinigung, die er bereits 1990 begann, als er sich zufällig genau zur Wendezeit in Berlin befand. Die seiner Forschung zugrunde liegende Frage lautet: „Wie reagiert die Intelligentsia einer Gesellschaft – die Wissen und Kultur produzierende

Klasse – auf den Niedergang ihrer Gesellschaft?“ (Bednarz 2017: 256, eigene Übersetzung). Im Fokus stehen bei ihm die Meinungen und Perspektiven von Angehörigen der Akademie der Wissenschaften in Ostberlin auf die deutsche Wiedervereinigung. Mit ihnen führte er zahlreiche informelle Gespräche und in einer zweiten Phase 2014 *follow-up* Interviews. Bezeichnend ist, dass er zunächst keinen Verlag finden konnte, der an einer Veröffentlichung interessiert war. Selbst 2015 schrieb ein Gutachter des Manuskripts (den Bednarz nicht beim Namen nennt), er sei naiv, die ostdeutschen Perspektiven auf die Wende und auf das Schließen der Akademie der Wissenschaften zu übernehmen (ebd.: 5).

In diese Perspektiven bekommen wir nun ausführlich Einblick. Im ersten und längsten Teil des Buchs kann der emischen Beschreibung, in Form von notierten informellen Gesprächen aus dem Zeitraum 1990-91, gefolgt werden. Die verwendete wörtliche Rede lässt das Gefühl entstehen, nah an den Aussagen der Zeitzeug*innen zu sein. Damit verwirklicht Bednarz seine Absicht, den Perspektiven von Intellektuellen aus Ostdeutschland eine Stimme zu geben (ebd.: 249). Er fasst aus seinen zur Wendezeit geführten Gesprächen zusammen, dass DDR-Intellektuelle enttäuscht und verbittert über die Nicht-Anerkennung der DDR-Kultur durch die Westdeutschen gewesen seien, insbesondere über die Nicht-Anerkennung wissenschaftlicher und kultureller Beiträge für ein wiedervereinigtes Deutschland (ebd.: 172). Bednarz wurde seiner Meinung nach Zeuge eines doppelten Phänomens: des Verlusts der kulturellen Identität einerseits – als Ostdeutsche – und der nationalen Identität – als Bürger*innen der DDR – andererseits (ebd.: 257).

Bednarz‘ Forschung stellt einen wichtigen Beitrag in der Aufarbeitung der Wende und Wiedervereinigung aus ostdeutscher Perspektive dar. Meine Forschung gewinnt im Vergleich vor allem durch das Führen biographischer Interviews an Tiefe. Während Bednarz mithilfe von Theorien von Bourdieu und Goffman (vgl. Bednarz 2017: 237ff) auf ostdeutsche Akademiker*innen blickt, richte ich mich nach Themen und Kategorien, die sich aus dem Interviewtext heraus entwickeln.

Auch Theresa Brinkel bearbeitet ihr Forschungsthema der DDR-Volkskunde ethnographisch und analysiert in ihrer 2012 veröffentlichten Studie „Volkskundliche Wissensproduktion in der DDR. Zur Geschichte eines Faches und seiner Abwicklung.“ die Rahmenbedingungen von Wissensproduktion an den Schnittstellen verschiedener Staatsformen und die Auswirkungen dieser großen Umbrüche auf Wissensproduktion und -rezeption. Ethnographische Fächer können laut Brinkel (2012: 13) mit ihrer Mikroperspektive und Akteur*innenzentriertheit einen genuinen Beitrag zur Wissensforschung und -geschichte leisten, da sie Zugang zur zeithistorischen Entwicklung, komplexen Netzwerken, Wahrnehmungsperspektiven und gesellschaftlichen Austauschbeziehungen bieten.

Brinkel thematisiert auch die westdeutsch geprägte Abwicklung, die zu gravierenden personellen und institutionellen Umwälzungen in Ostdeutschland führte (ebd.: 11). Im Bereich der Geisteswissenschaften habe ein regelrechter Kahlschlag stattgefunden. Alle Akteur*innen mussten sich neu bewerben, fanden aber in den meisten Fällen keine feste Anstellung (ebd.). Die Folgen der Abwicklung seien neben den biographischen Brüchen noch heute in der Wissenschaftslandschaft spürbar. Das macht sie unter anderem daran fest, dass sich der Osten aus der Perspektive der Forschungsförderung noch immer im Rückstand zum Westen befindet (ebd.: 8).

Das Ziel von Brinkels Studie ist es nicht nur, die Wissenschaftsgeschichte des Faches Volkskunde zu ergänzen, sondern den DDR-Volkskundlern eine Möglichkeit zu geben, die eigene Erfahrung im Rückblick zu artikulieren (ebd.: 7ff). Diese Absicht verfolge ich für die Lateinamerikaforschung in der DDR und Wendezeit.

Die Quellenlage zum Bereich „Wissenschaft und Hochschule in der DDR“ ist laut Brinkel (2012: 31ff) gut aufgearbeitet. Seit den 1990er Jahren sind Studien zu fast allen Wissenschaftsbereichen und Disziplinen entstanden, in den letzten Jahren besonders zur geisteswissenschaftlichen Wissenschaftsentwicklung. Dabei geht es vor allem um Fragen nach Mechanismen und Methoden der politischen Durchdringung und Steuerung im SED-Staat im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik. Die empirische Forschung hat dabei den Befund der diktatorisch durchherrschten Gesellschaft zunehmend differenziert. Die Politisierung der Wissenschaften kann nicht pauschalisiert werden, sondern muss nach verschiedenen Phasen der DDR und den unterschiedlichen Disziplinen differenziert werden (ebd.). Brinkel spricht neben „verordneten“ und tabuisierten Themen, die sich aufgrund der starken ideologischen Bindung an die marxistisch-leninistische Theorie vor allem in den Gesellschaftswissenschaften häuften, auch von „Nischen“, die ein Rückzugsgebiet ideologiefreier Wissenschaft darstellten (ebd.). Weitgehend unerforscht seien die Bedingungen der Wissensproduktion einzelner kleiner Fächer (Brinkel 2012: 35).³⁶ Fragen nach Paradigmenwechseln an der Schnittstelle eines gesellschaftlichen und politischen Systemwechsels, nach konkreten Mechanismen der Wissensproduktion sowie nach Kontexten und Einflüssen stehen nicht nur bezüglich des volkskundlichen Wissens in der DDR in weiten Teilen noch aus. Auch bezüglich der Lateinamerikaforschung orientieren sich fachhistorische Studien inhaltlich vor allem am westdeutschen Fachverlauf (vgl. die angegebene Literatur in Göbel/Birle 2012: 10), wie es Brinkel (2012: 9) für die Volkskunde feststellt.

³⁶ Eine Ausnahme stellt das Forschungsprojekt „Akteurinnen, Praxen, Theorien. Zur Wissensgeschichte der Ethnologie in der DDR“ dar. Darin steht die ethnologische Wissenschaftspraxis, die vor allem von drei Frauen geprägt wurde, im Mittelpunkt (Projektlaufzeit von 03/2017 bis 02/2019). <https://www.euroethno.hu-berlin.de/de/forschung/projekte/wissensgeschichte-der-ethnologie-in-der-ddr> 06.11.18

Brinkel (2012: 249f) kritisiert in ihrer Arbeit, dass Diskussionen zwischen ehemaligen Akteur*innen der DDR, der Bundesrepublik und heutiger Generationen über Potenziale fachgeschichtlicher Forschung für gegenwärtige Fragen bisher nur unzureichend geführt wurden. Als Thema schlägt sie die konkreten Mechanismen der politischen und wirtschaftlichen Einflussnahme auf das kulturwissenschaftliche Agieren in unterschiedlichen Systemen vor. Die Beeinflussung des wissenschaftlichen Denkens durch eine herrschende Ideologie ist keine Besonderheit, die nur sozialistische Gesellschaften prägte. Alle Gesellschaften generieren seit Jahrhunderten bestimmte Aussagen über die Wirklichkeit als Wahrheit (ebd.), (post)sozialistische Gesellschaften und Subjekte befinden sich jedoch hinsichtlich Wissensproduktion und Erinnerung gegenüber der „westlichen Norm“ in einer untergeordneten Position, so Tlostanova (2018: 272):

„Even today very few postsocialist subjects are allowed to freely speak of their pasts without looking back to a set of frames created for them by someone else. [...] Finally, the same Western-originated black-and-white models are often mimicked by theorists from the postsocialist countries who are well aware of their inferior status in knowledge production.“

Abgesehen von den genannten Forschungsarbeiten und meinem Interviewmaterial dienen mir bestimmte Publikationen als Quellen, die aus der Innensicht die Prozesse der Wendezeit beleuchten und Wissenschaftsgeschichte der DDR aufarbeiten (vgl. Herms/Methling/Pade 2015: 7). Hier steht zwar Lateinamerika nicht im Fokus, doch die Publikationen beziehen sich auf Standorte, an denen in der DDR auch Lateinamerikaforschung stattfand und stellen ein Beispiel für die Aufarbeitung von Wissenschaft in der DDR dar. So informiert „Die politische Wende an der Universität Rostock 1989-1992. Abbrüche – Umbrüche – Aufbrüche. Kolloquium zur Universitätsgeschichte“ (Herms/Methling/Pade 2015) zum einen zum Ablauf der Prozesse in der Umbruchszeit – vor allem der Evaluierung – in den einzelnen Fachbereichen, es werden zum anderen aber auch persönliche Wertungen durch Erfahrungen und Erinnerungen der Zeitzeug*innen deutlich. Besonders die festgehaltene Publikumsdiskussion (ebd.: 105-129) lässt einem interessanten Dialog folgen, in dem Perspektiven und persönliche Befindlichkeiten aus Ost wie West zum Tragen kommen. Eine weitere Quelle stellt die Publikation „Die Babelsberger Diplomatenschule. Das Institut für Internationale Beziehungen der DDR.“ (Crome 2009) dar. Neben Beiträgen über Lehre und Forschung am Institut thematisiert diese auch die Übergangszeit mit den Reformansätzen von innen.

Die ethnographische Wissenschaft in der DDR wird ebenso, teilweise aus der Perspektive von Beteiligten, in der Ausgabe „Ethnographisches Arbeiten in Berlin. Wissenschaftsgeschichtliche Annäherungen“ der *Berliner Blätter. Ethnographische und ethnologische Beiträge*. (2003) aufgearbeitet. Hier geht es um Fragen zur historischen und aktuellen Relevanz von Volks- und Völkerkunde und auch explizit um einen Dialog über die jüngere Geschichte des Faches (vgl. Krause/Neuland-Kitzerow/Noack 2003: 7). So sind die versammelten Beiträge im Spannungsfeld

zwischen gesellschaftlichen Umbrüchen und institutionellen Umstrukturierungen in der Wissenschaft einerseits, sowie subjektiven Lebenserfahrungen von Akademiker*innen andererseits verortet:

„Die Akteure dieser Prozesse erlebten das Fach nicht nur als Teilnehmer in seinen tiefgreifenden Theorien- und Methodenwechseln, die der wissenschaftlichen Debatte geschuldet sind. Sie waren zugleich „Subalterne“ in den neuen politischen Machtverhältnissen, durch die sie in fachliche Legitimationszwänge gedrängt wurden, sowie häufig eine Ab- und Umwertung ihrer individuellen wissenschaftlichen Leistung bis hin zu schmerzlicher Ausgrenzung erfuhren. Dies traf besonders diejenigen, die vor 1989 in politisch besonders sensiblen und bedeutenden hauptstädtischen Forschungseinrichtungen tätig waren.“ (ebd.: 8)

Die Herausgeberinnen formulieren das ambitionierte Ziel, die Wiedervereinigung Deutschlands aus ethnologischer Perspektive nicht nur zu einem Thema des wissenschaftlichen, sondern gesellschaftlichen Diskurses zu machen und somit auch einen Dialog zwischen verschiedenen Generationen herzustellen (ebd.: 11). Die hier vorliegende Arbeit verstehe ich als einen Beitrag zu diesem Dialog.

2.1.2 Die Lateinamerikaforschung in der DDR

Zu Lateinamerika wurde in der DDR an verschiedenen Standorten und in verschiedenen Disziplinen wissenschaftlich gearbeitet, nicht nur am Lateinamerika-Institut in Rostock, welches in der DDR das zentrale wissenschaftliche Institut für Lateinamerikaforschung war. Wissenschaftlich aufgearbeitet wurde die Geschichte der Lateinamerikaforschung der DDR jedoch kaum.

Einen Überblick über die aktuelle Lateinamerikaforschung in Deutschland geben Göbel und Birle in: „Investigación sobre América Latina en Alemania en el ámbito de las Ciencias Económicas, las Ciencias Sociales y las Humanidades. Situación y perspectivas.“ (2012). Dabei besprechen sie nicht die inhaltliche wissenschaftliche Produktion, sondern liefern mit Daten zu festen Stellen an deutschen Universitäten ein Bild über die strukturelle Aufstellung der Lateinamerikaforschung in Deutschland. Eine Historisierung der Forschung zu Lateinamerika ist nicht Teil der Studie, die auf Daten aus den Jahren zwischen 2006 und 2011 beruht, somit findet auch die Lateinamerikaforschung der DDR keine Erwähnung. Die Autor*innen verweisen jedoch auf frühere Publikationen, wie auf das „Handbuch der deutschsprachigen Lateinamerikakunde“ (Werz 1992).

Dieses bietet einen thematischen Überblick über Lateinamerikaforschung nach Disziplinen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Forschung zu Lateinamerika in der DDR steht nicht im Fokus, wird aber am Rande berücksichtigt. So wird auf Arbeiten aus der DDR in dem Artikel „Sprachwissenschaft“ in einem kurzen Extra-Abschnitt (ebd.: 661) eingegangen, eine ausführlichere Besprechung findet sich im Artikel „Wirtschaftswissenschaften“ (ebd.: 752-762). Darüber hinaus verweist der Beitrag zur Disziplin „Geschichte“ auf Lateinamerikaforschung in der

DDR (ebd.: 298f). Ein vorgesehener Beitrag von Max Zeuske über die Lateinamerikastudien in der DDR ist nicht vollendet worden und fehlt deshalb (ebd.: 3).

In der Publikation „Die Berliner und Brandenburger Lateinamerikaforschung in Geschichte und Gegenwart“, herausgegeben von Gregor Wolff (2001), wird die Lateinamerikaforschung in der DDR nicht explizit thematisiert. Im Artikel „Zur Geschichte der Alexander-von-Humboldt-Forschung an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften“ erwähnt Schwarz (2001) jedoch Forschungen in Ost- und Westdeutschland und geht in einem Abschnitt auf ihre Beziehung zueinander ein.

Dezidiert mit der Geschichte der Lateinamerikawissenschaften an der Universität Rostock hat sich Dörte Ahrendt-Völschow (2004) in ihrer Magisterarbeit „Die Lateinamerikawissenschaften an der Universität Rostock 1958-1995“ beschäftigt. Dafür hat sie unter anderem Materialien des Universitätsarchivs Rostock gesichtet und Gespräche mit Mitarbeiter*innen und Absolvent*innen der Sektion geführt. Als Quellen dienten ihr außerdem das Publikationsorgan der Sektion, die Zeitschrift „Lateinamerika – Semesterbericht der Sektion Lateinamerikawissenschaften“, und die Zeitschrift „Asien, Afrika und Lateinamerika“ des Zentralen Rates für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften (Ahrendt-Völschow 2004: 11). Sie liefert auch ein Verzeichnis der Dissertationen, Habilitationen und Diplomarbeiten des Lateinamerika-Instituts. Zusätzlich nahm sie eine Erstsichtung des noch vorhandenen Materials des Dokumentationsdienstes Lateinamerika, des Zeitarchivs des Lateinamerika-Instituts, vor, welches sich größtenteils in einem „katastrophalen Zustand“ befand (ebd.: 45-52). Ihre Arbeit leistet einen wichtigen Beitrag zur Geschichte, den Ergebnissen und Wirkungen der Lateinamerikawissenschaften in der DDR. Die folgenden Informationen zu den Orten, an denen in der DDR zu Lateinamerika geforscht wurde, beruhen größtenteils auf dieser Publikation sowie den von mir geführten Interviews.

Lateinamerika nahm in der Ostberliner Außenpolitik einen geringen Stellenwert ein (Werz in Ahrendt-Völschow 2004: 5). So beauftragte die SED-Führung erst 1960 das Außenministerium, eine eigene Abteilung zu Lateinamerika einzurichten. Außer mit Kuba (1963) wurden diplomatische Beziehungen erst ab 1971 mit Chile aufgenommen, 1972 folgten dann die anderen lateinamerikanischen Länder. Die Forschung zu Lateinamerika sei demnach traditionell weniger bedeutsam gewesen als die zu Afrika und Asien (Ahrendt-Völschow 2004: 22). Bereits 1952 gab es jedoch eine Anweisung der Regierung Sachsens, am Bereich Geschichte der Universität Leipzig die Geschichte der kolonialen Ausbeutung und der antikolonialen Bewegungen in konkreten kolonialen Systemen vorimperialistischer Art in Asien, Afrika und Lateinamerika zu untersuchen. 1960 wurden im „Forschungszentrum zur Geschichte Asiens, Afrikas und Lateinamerikas“ die verschiedenen Historiker*innengruppen der Leipziger Universität, unter der Leitung von Walter Markov,

zusammengefasst. Ein Jahr später wurde hier unter der Leitung Manfred Kossoks das Lateinamerika-Seminar gegründet, an dem Exilchilen*innen tätig waren (vgl. E.: Interview 2017). Laut Frau E. war das Besondere am gesamten Leipziger Standort, dass die Forschung zu Lateinamerika nicht nur politisch oder nur sprachlich-kulturell ausgerichtet war, sondern dass immer eine Einheit von Sprache, Kultur, Politik und Soziologie bestand.

An der Humboldt-Universität in Berlin wurde 1960 die „Forschungsgemeinschaft für die Geschichte der Kolonial- und überseeischen Expansionspolitik des deutschen Imperialismus“, unter anderem mit einem „Arbeitskreis Lateinamerika“, unter der Leitung von Friedrich Katz gegründet. 1966 wurde das Leipziger Forschungszentrum dann zur Sektion für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften umbenannt. Im selben Jahr wurde der Zentrale Rat für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften gegründet, der 1969 dem Institut für Internationale Beziehungen der Akademie für Staat und Recht in Potsdam-Babelsberg unterstellt wurde (Ahrendt-Völschow 2004: 8).

Das Zentralkomitee (ZK) der SED setzte im Zuge der 1967 beginnenden 3. Hochschulreform den Beschluss durch, dass die verschiedenen Areas nicht mehr alle zusammen in Leipzig, sondern an verschiedenen Universitäten in der DDR untersucht werden sollten. Danach wurden Forschungen, die an anderen Standorten stattfanden, wie zum Beispiel auch bei der Romanistik in Berlin, zurückgefahren. Die Humboldt-Universität in Berlin wurde das Zentrum für Asienwissenschaften, Orient- und Altertumswissenschaften konzentrierten sich an der Martin-Luther-Universität in Halle und die Lateinamerikawissenschaften an der Wilhelm-Pieck Universität in Rostock (vgl. ebd.: 14f). In Leipzig blieb institutionell nur das Institut für Afrika- und Nahostwissenschaften. In der Sektion Wissenschaftlicher Kommunismus, die bis zur Wende existierte, wurde jedoch auch zu Mittelamerika mit dem Fokus auf Zeitgeschichte geforscht (vgl. E.: Interview 2017).

Ein weiterer Standort, an dem zu Lateinamerika geforscht wurde, ist das Institut für Internationale Beziehungen der Universität Potsdam, in dem es eine selbständige Abteilung Asien, Afrika und Lateinamerika gab, die das Profil des Instituts mitbestimmte. Sie gliederte sich in fünf Lehrstühle: Grundsatzfragen, Asien, Nahost, Afrika und Lateinamerika und zählte zwischen 25 und 30 wissenschaftliche Mitarbeiter*innen (Wünsche 2009: 153f)³⁷. Es wurde mit den (oben erwähnten) entsprechenden Sektionen an den verschiedenen Universitäten zusammengearbeitet (ebd: 157). Außerdem ergab sich eine interdisziplinäre Zusammenarbeit durch den Zentralen Rat für Asien-, Afrika und Lateinamerikawissenschaften, der alle Einrichtungen einschloss, die sich in der DDR mit „Entwicklungsländern“ beschäftigten (ebd: 160).

³⁷ Näheres zu Forschungs- und Lehrinhalten sowie der Publikations- und Abschlüssebilanz sind im selben Beitrag zu finden (Wünsche 2009: 153-160).

An der Universität Rostock, an der die Lateinamerikawissenschaften schließlich zentralisiert wurden, hatten ab 1959 die Vorbereitungen zur Gründung der Lateinamerikanistik begonnen. 1961 trat das Institut erstmals in der Öffentlichkeit auf. Das alte Romanische Seminar wurde in ein lateinamerikawissenschaftliches Institut umgegründet (Werz in Ahrendt-Völschow 2004: 5). 1968 wurde das Lateinamerika-Institut dann in die Sektion Lateinamerikawissenschaften umgewandelt. Die Zusammensetzung des Sektionsrates garantierte eine permanente Aufsichtsführung durch die SED über die in der Sektion intern verlaufenden Vorgänge. Ihm gehörten unter anderem auch Beauftragte der Partei-, Gewerkschafts- und FDJ-Leitung an. Als oberste Instanz für die wissenschaftliche Arbeit der Sektion fungierten das Ministerium für Hochschulwesen der DDR und die Abteilung Wissenschaft des ZK der SED (Ahrendt-Völschow 2004: 15ff).

Die Forschungsthemen waren im Statut der Sektion von 1968 umrissen. Schwerpunkte sollten auf die Erforschung der Entwicklung der Produktivkräfte und der Prozesse der Konzentration und Zentralisation des Kapitals in Lateinamerika, die Entwicklung der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung, der Kampf der kommunistischen und Arbeiterparteien Lateinamerikas, die Entwicklung der Intelligenz und ihre Rolle in der antiimperialistischen Befreiungsbewegung sowie der geistig-kulturellen Entwicklung der Völker Lateinamerikas und des Kampfes der Völker Lateinamerikas für nationale und soziale Befreiung gelegt werden. Außerdem sollten Fragen des Staatsrechts und die Globalstrategie der USA und die der BRD auf ihre Auswirkungen in Lateinamerika hin untersucht werden (ebd. 22f).³⁸ Die Forschungen basierten auf der Ideologie des Marxismus-Leninismus und ihrer materialistisch-dialektischen Methodologie.

Ahrendt-Völschow (2004: 53f) stellt fest, dass neben dem Auslassen von Forschungsfeldern in der Gesamtheit der wissenschaftlichen Aufsätze auffällt, dass sehr selten auf aktuelle Fragen reagiert wurde. Langfristig angelegte Untersuchungen bestimmen das Gesamtbild. Zeitzeug*innen erklärten dies mit dem geringen wissenschaftlichen Personalbestand, der für Forschungen verfügbar war und damit, dass abgesicherte aktuelle Informationen nicht zugänglich waren. Als Teil des diktatorischen politischen Systems wirkte die DDR-Wissenschaft laut Ahrendt-Völschow objektiv herrschaftserhaltend. Die Wissenschaftsaktivitäten waren größtenteils darauf gerichtet, Richtigkeit und Aktualität des Marxismus-Leninismus zu erklären und zu beweisen. Die politische Einbindung der Institution in die DDR-Politik und insbesondere in ihre Außenpolitik wird dabei deutlich. Jedoch sind nur selten direkte Weisungen des Außenministeriums für bestimmte Forschungsprobleme nachweisbar.

³⁸ Für Veränderungen der Forschungsthemen im Laufe der Zeit, konkrete Forschungsinhalte und Publikationen siehe Ahrendt-Völschow 2004: 23-30.

Mein Interviewpartner Herr K. schätzt die politische Abhängigkeit differenziert ein. Auf meine Frage hin, wie sich die Standorte Rostock, Berlin und Leipzig in ihrer Beschäftigung mit Lateinamerika unterschieden haben, erhielt ich von Herrn K. (Interview 2017) die Antwort, dass Berlin nie groß was zu Lateinamerika gehabt hätte und unter DDR-Verhältnissen dafür verschrien war, dass sie immer *sehr sehr nah an der Politik waren* und immerzu etwas für die Diplomatie machen, der Politik zuarbeiten mussten, *also immer eher sozusagen Tagespolitikwissenschaft gemacht haben* und es deshalb zu Lateinamerika historisch eher selten etwas gab. Die einzige Forschungsuniversität mit einer historischen Perspektive zur iberischen Halbinsel und zu Lateinamerika, aber eben nicht als regionalwissenschaftliche Spezialisierung, sondern immer als Weltgeschichte unter Manfred Kossok und unter der weltgeschichtlichen Orientierung auch Lateinamerika, sei Leipzig gewesen. Für die eher regionalwissenschaftliche Spezialisierung auf Lateinamerika – eine Art Area Studies – sei Rostock zuständig gewesen: *Die hatten auch [...] Historiker und [...] Ökonomen und Sprachwissenschaftler, Philosophen, Soziologen, Literaturwissenschaften, die hatten sozusagen ein vollständiges Lateinamerika-Institut, ich glaube es war breiter noch als das Berliner LAI.*³⁹

Im Januar 1991 teilte das Kultusministerium von Mecklenburg-Vorpommern mit, dass das Lateinamerika-Institut in Rostock endgültig aufgelöst werde. Ahrendt-Völschow (2004: 42f) resümiert, dass das Institut die einzige Universitätsinstitution der DDR mit multidisziplinärer wissenschaftlicher Ausrichtung in diesem Bereich gewesen sei und das über einen national und international erworbenen wissenschaftlichen Ruf verfügt habe. Die Einbindung in die außenpolitische Zielstellung der DDR und das Tätigwerden vieler Absolvent*innen in exponierten Berufsfeldern habe in der Wende jedoch zu der politischen Bewertung geführt, dass die Sektion als eine der Ausbildungsstätten des DDR-Führungsnachwuchses verstanden wurde und somit trotz nationaler sowie internationaler Proteste, darunter ein Hungerstreik von Student*innen im Hauptgebäude der Universität, aufgelöst wurde (ebd.).

Maeß (2015: 23) spricht von einem kräftezehrenden Kampf gegen die nicht aus fachlichen, sondern meist politischen Gründen⁴⁰ vorgesehene Abwicklung der Sprach-, Literatur-, Sport-, Agrar- und Lateinamerikawissenschaften. Letztere sei ein Beispiel für die an mehreren DDR-Universitäten eingerichteten Sektionen für Regionalwissenschaften gewesen und einer der leistungsfähigsten Bereiche der Universität. Am Ende des Kampfes stand die Einrichtung eines Instituts für Romanistik. Herr K. (Interview 2017) bezeichnet die Abwicklung Rostocks als *institutionellen Totalabbruch*:

³⁹ Bezogen auf den damaligen Zeitpunkt und im Vergleich zum Lateinamerika-Institut der FU in West-Berlin.

⁴⁰ So wurde u.a. behauptet, an der Sektion seien Guerillas ausgebildet worden (Ahrendt-Völschow 2004: 41).

„Und aber das ist ganz bewusst aus irgendwelchen Gründen gemacht worden, da haben die Rostocker sich zusammen ins Bein geschossen und haben das abgeha(c)kt, institutionell. [...] das waren halt alles Rote für die neuen Politiker der CDU-Regierung. Und in diesem Überschwang der Wiedervereinigung 1990-1992 der CDU Mecklenburg-Vorpommern sind die abgeschafft worden.“

2.2 Wissenschaftspraxis zwischen Einschränkungen und *Spielräumen*⁴¹

Der Bedingungsrahmen für wissenschaftliches Arbeiten in der DDR war durch den Kalten Krieg geprägt. In diesem Rahmen fanden Aushandlungen statt, die den Wissenschaftsalltag sowie fachliche Diskurse betrafen. Zwar verschwand dieser spezifische Bedingungsrahmen für wissenschaftliches Arbeiten mit dem Untergang der DDR und der deutschen Wiedervereinigung, nicht aber die im Kontext des Kalten Krieges erfahrenen (akademischen) Sozialisierungen der West- wie Ostdeutschen, die sich nun in einem gemeinsamen Wissenschaftssystem begegneten.

Dass es in der DDR eine Fokussierung auf die Lehre gab, Anreize für Publikationen fehlten, der Zugang zu westlicher Literatur erschwert war und politische Überwachung und Schwierigkeiten im Veröffentlichungsprozess bestanden, führt Brinkel (2012: 205) als Gründe für eine vernachlässigte Publikationspraxis an, die wiederum einen Nachteil im Bewerbungsprozess auf Stellen im wiedervereinigten Deutschland darstellten. Weitere Nachteile waren laut Bachmann (2015: 45) fehlende längere Aufenthalte an wichtigen ausländischen Universitäten sowie ein Mangel an Erfahrung bei der Einwerbung von Drittmitteln.

Die folgenden aus den von mir geführten Interviews stammenden Einblicke in die alltägliche Wissenschaftspraxis in der DDR⁴² zeigen unter anderem die (nicht) vorhandenen transnationalen Verflechtungen der Akteur*innen und ihre Ressourcen auf. Doch beginnen wir von vorne:

Die eingeschränkte Bildungsfreiheit in der DDR zeigte sich laut Herrn N. (Interview 2017) schon vor dem eigentlichen Studium durch die Begrenzung des Zugangs zur Erweiterten Oberschule und damit zum Abitur auf einige wenige Schüler der vorausgegangenen Jahrgänge 8. Ein Studienplatz war dann auch mit einem sehr guten Abitur nicht sicher. So bekam Frau S. (Interview 2017), obwohl sie das beste Abitur der ganzen Schule hatte, zunächst keinen Studienplatz, da ihre Eltern keine SED-Mitglieder waren und sie selbst nicht in der FDJ.

Der Zugang zu einem Studienplatz war also von politischen Einschränkungen geprägt. Laut Kehm (2015) blieben die Zulassungsquoten von jährlich etwa 30.000 Studienanfänger*innen in der DDR ab Mitte der siebziger Jahre konstant. Diese Zahlen wurden an der Bedarfsplanung entsprechend den wirtschaftlichen Fünfjahresplänen orientiert. Im Vergleich zur westdeutschen Entwicklung

⁴¹ Dieser Ausdruck stammt aus dem Gespräch mit Herrn M. (2017).

⁴² Zu bedenken ist, dass die Erfahrungen, aufgrund der hier vertretenen unterschiedlichen Alterskohorten, zu verschiedenen Zeitpunkten in der DDR und somit unterschiedlichen historisch-politischen Phasen gemacht wurden.

fürte dies zwar zu einem deutlich besseren Betreuungsverhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden an den Hochschulen, aber damit blieb auch der Anteil der Studienanfänger*innen in der jeweiligen Alterskohorte niedriger (zwischen 10 und 13 Prozent) als in der Bundesrepublik Deutschland (knapp 20 Prozent) (ebd.).

Der Zugang zu bestimmten Studienfächern war ebenso eingeschränkt, wie ich anhand der Lateinamerikawissenschaften und der Ethnographie illustriere. Bei dem Studium der Lateinamerikawissenschaften in Rostock handelte es sich um ein *Studium, durch das spätere politische und/oder wissenschaftliche Funktionsträger ausgebildet werden sollten, die auch im lateinamerikanischen Ausland tätig werden konnten* (N.: Interview 2017).⁴³ Es wurde nur nach Bedarf immatrikuliert und die geringe Anzahl von Studienplätzen und die stets sehr viel höhere Anzahl von Bewerber*innen ermöglichten es, extrem hohe Auswahlkriterien zu stellen (Ahrendt-Völschow 2004: 22). Da Regionalwissenschaften von vitalem Interesse für den Staat waren, wurde *ganz genau drauf geguckt, wer da anfängt zu studieren – das war uns schon klar gewesen* (C.: Interview 2017a). Die Bewerbung von Frau C. scheiterte, da sie den Leuten *zu unpolitisch erschien, nicht dem Modell oder den Wunschvorstellungen entsprach*. Aus einem relativ unpolitischen Elternhaus stammend war sie von der Frage beim Eignungsgespräch, ob sie sich ein Deutschland ohne Mauer vorstellen könne, überfordert (ebd.). Herr N. (Interview 2017), der sich erfolgreich auf das Studium der Lateinamerikawissenschaften beworben hatte, merkt kritisch an, *dass Eignung oder Nicht-Eignung nicht nach fachlicher Kompetenz festgestellt wurde, sondern nach sozialer Herkunft und politischer Zuordnung der Elternhäuser*.

Auch im Studienfach Ethnographie wurde nur alle zwei bis drei Jahre immatrikuliert und ebenso genau darauf geschaut, wer sich hier bewarb, wenn auch aus anderen Gründen. Das studiert haben zu können wird als *großes Glück* begriffen und als *vielen Zufällen* geschuldet (vgl. C.: Interview 2017a). Im Gegensatz zu den Lateinamerikawissenschaften galt die Ethnologie in der DDR laut Herrn N. (Interview 2017):

„[...] eigentlich als eine der alten verstaubten bürgerlichen Wissenschaften, bei denen man froh sein musste, dass sie aufgrund der Nationalitätenpolitik der Sowjetunion und der antikolonialen Befreiungsbewegungen überhaupt noch angeboten wurden. Die Option eines dritten Raumes oder Weges wurde dabei eher als eine unzulässige Abweichung von objektiven und allgemein gültigen Entwicklungsgesetzen denn als zukunftsweisende Eigendynamik wahrgenommen.“

Auch im Studium an sich war die Selbstbestimmung eingeschränkt, Studienrichtungen oder Sprachkombinationen innerhalb eines Faches wurden zugeordnet und waren nicht frei wählbar⁴⁴,

⁴³ Ahrendt-Völschow (2004: 20) zitiert aus dem Statut der Sektion Lateinamerikawissenschaften Rostock. Danach sollten Absolvent*innen ausgebildet werden, „[...] die hohe berufliche Leistungen [...] in ihrer Tätigkeit als sozialistische Staatsfunktionäre bei der Stärkung der sozialistischen Ordnung der DDR und ihres internationalen Ansehens sowie ihrer auswärtigen Beziehungen [...]“ erbringen konnten.

⁴⁴ In Rostock fand die Auswahl der Student*innen für die Spezialisierung nach dem Grundstudium z.B. nach dem Leistungsprinzip sowie unter kaderpolitischen Gesichtspunkten statt (Ahrendt-Völschow 2004: 19).

bei Wechselwünschen oder Studienabbruch bestand die Gefahr, eventuell überhaupt nicht noch einmal studieren zu können (vgl. M.; N.: Interviews 2017). Bezüglich der Inhalte des Studiums, schätzen meine Interviewpartner*innen einerseits die Lehre, das konzeptuelle Wissen, welches vermittelt wurde und Diskussionen, die sie heute noch als nützlich erachten,⁴⁵ andererseits üben sie aber auch Kritik an der stark politisierten, ideologischen und moralisierten Komponente.

Herr N. hat sowohl Lateinamerikawissenschaften in der DDR an der Universität Rostock studiert, als auch Lateinamerikastudien an der FU Berlin nach der Wende. Damit wollte er seine Ausbildung in der DDR ergänzen und noch einmal ganz neu hinterfragen (N.: persönliche Kommunikation 2018). Er vergleicht diese Erfahrungen miteinander und schätzt einerseits das im Osten erworbene strukturelle Denken und andererseits das im Gegensatz dazu sehr fallbezogene Denken in der westdeutschen Ausbildung:

„Ein Studium war im Osten grundsätzlich anders aufgebaut als im Westdeutschland der 80er Jahre. Mein Rostocker Studium war sehr stark vorstrukturiert, ähnlich wie die modularisierten Studien der Gegenwart. Es war sehr stark angeleitet und sehr stark verschult. Außerdem war wie bei einem industriegebundenen Arbeitstag ein sehr hohes Stundenkontingent zu bewältigen und es blieb dadurch eigentlich gar keine Zeit zum selbstbestimmten Lesen. [...] Es wurden sehr viele Vorlesungen angeboten, wenig Seminare, kaum Übungen. Statt Sozial- und Kulturanthropologie gab es eine Unzahl von Sprachmodulen, die zu absolvieren waren.⁴⁶ Im Endeffekt hatte man bei fleißiger Mitarbeit vollgeschriebene Hefter, die dann auswendig zu lernen waren, um die Prüfungen zu bestehen. Nach jedem Semester waren drei, vier oder fünf mündliche Prüfungen zu absolvieren.“ (N.: Interview 2017)

Demgegenüber steht die Erfahrung an der westdeutschen Universität:

„[...] es war wenig strukturiert. Das ganze Denken war nicht auf die Konstruktion von übergreifenden Zusammenhängen, sondern auf die Untersuchung einzelner Fallbeispiele bzw. gruppenspezifischer Impressionen orientiert. Dieser Ansatz spiegelt sich im Land Berlin bereits in der Schulausbildung wider, die im Gegensatz zur DDR im Fach Deutsch zwar einen sehr starken Anteil an moderner Literatur aufweist, aber die Techniken des Erörterns und Analysierens so verkompliziert, dass am Ende der 13. Klasse trotz ununterbrochenen Trainings der Frage ‚Warum?‘ nur wenige Schüler gut begründbare und zusammenhängende Hypothesen entwickeln können. Im Ergebnis kamen dann viele Studenten an die Unis und hatten überhaupt gar keine Ahnung, wie solch eine Schein- bzw. Hausarbeit inhaltlich aufzubauen und zu strukturieren waren. Da fehlt das Training eines systematischen Denkens, womit wir in der DDR überfrachtet wurden, weil dieses unter den verkehrten Vorzeichen eben ein Herrschaft sicherndes, selbstreferentielles System war. Die falschen Inhalte führen aber nicht automatisch auch die Technik des strukturierten Nachdenkens ad absurdum. Es ist durchaus ein Vorteil, wenn man weiß, wie Zusammenhänge hergestellt und konstruiert werden können, da dann viel zielgerichteter die Frage ‚Warum?‘ gestellt werden kann. Diese Frage kam in der DDR in meiner Studiausbildung gar nicht, oder nur auf makroökonomischer Ebene vor. Man kann sogar sagen, dass meine gesamte Studiausbildung in der DDR darauf hinauslief, diese Frage auf individueller und außerökonomischer Ebene zu verhindern. In der Bundesrepublik ging es dagegen nur um die Frage ‚Warum?‘, auch wenn die Konstruktion von subjektübergreifenden Zusammenhängen wenig eingeübt wurde.“ (ebd.)⁴⁷

⁴⁵ Eine ausführlichere Thematisierung über Wissen und wissenschaftliche Ansätze, die in der DDR erworben wurden und deren Bewertung, erfolgt in Kapitel 5.1.

⁴⁶ In Ahrendt-Völschow (2004: 19) findet sich eine Gesamtaufrechnung, wieviel Stunden für welche Ausbildungsbereiche im Lehrplan veranschlagt waren. Im Vordergrund des Grundstudiums standen das Erlernen der spanischen und portugiesischen Sprache. Es gab außerdem Pflichtveranstaltungen für Russisch, Englisch, zur Geschichte der Arbeiterbewegung, zur Marxistischen Philosophie, Politischen Ökonomie, Logik, Mathematik sowie zur wissenschaftlichen Arbeit und Sport.

⁴⁷ Tlostanova (2018: 276f) stellt ähnliche Vergleiche zwischen den Hochschulsystemen in Ost und West, in diesem Fall zwischen dem sowjetischen und US-amerikanischen, an: „Yet I could clearly see the gap between the fundamental education of Moscow State University, which mimicked the earlier Kantian-Humboldtian model while discouraging students from having their own opinion and the lack of any systematic background in higher education in the USA which nevertheless was good at developing rhetorical skills and encouraging students to be independent and never fear the teacher.“

Die Einschränkungen bestanden auch nach dem Studium fort, so konnte der Arbeitsplatz nicht immer danach ausgesucht werden, ob es inhaltlich/wissenschaftlich passte, sondern es ging zum Beispiel auch nach der Wohnraumsituation (vgl. E.: Interview 2017). Trotzdem bestanden auch *Spielräume* und die Möglichkeit, sich zu äußern und die eigenen Wünsche, obwohl es nicht einfach war, letztendlich durchzusetzen (M. Interview 2017). Dabei spielt auch der jeweilige historische Kontext eine Rolle, ob es sich um die 70er/80er oder 50er Jahre in der DDR handelte, *aber selbst auch da gab's immer Spielräume, die genutzt werden konnten* (ebd.). Frau S. (Interview 2017) berichtet davon, wie sie ein Forschungsthema zugewiesen bekommen sollte, das zu übernehmen sie sich weigerte, mit der ihr berechtigt erscheinenden Begründung, dafür nicht ausgebildet zu sein. Sie wurde nicht wieder gefragt.

Besonders relevant im Kontext der Lateinamerikaforschung sind die Einschränkungen der Reisefreiheit, die es vielfach nicht ermöglichten, die Länder, über die wissenschaftlich gearbeitet wurde, zu bereisen. In der Gruppe der von mir befragten Wissenschaftler*innen verfügte die Hälfte über das Privileg des „Reisekaders“. Es existierten Abstufungen, so zwischen Reise- und Auslandskader:

„Ich war nur Reisekader. Das bedeutete, man konnte nur drei Monate, höchstens, raus. Dann musste man zurück. Man hatte mir das auch versucht anzubieten, mit Auslandskader, aber das wollte ich nicht, denn das hätte – weiß nicht, ob Sie das schon gehört haben – hätte ergeben, ich hätte auch all meine Kontakte zu meinen westlichen Verwandten abbuchen müssen und das auch unterschreiben müssen. Und das kam für mich nicht in Frage.“ (S.: Interview 2017)

Diejenigen, die über dieses Privileg verfügten, akzentuierten die nichtsdestotrotz eingeschränkte Mobilität, Fremdbestimmtheit, Kontrolle – so durften während der Auslandseinsätze keine persönlichen Kontakte aufgebaut werden – und erniedrigende Bürokratie:

„Naja also diese ganzen Reisegeschichten, die waren schrecklich. Also das war furchtbar, das war eine Riesenbürokratie, eine Riesenprüfbürokratie und man musste zig Berichte danach abgeben [...] das war erstmal schrecklich. [...] – das war entwürdigend, um das mal ganz klipp und klar zu sagen, in der DDR. Aber es machten alle. Selbst die Großprofessuren mussten sich diesen Prozeduren unterwerfen.“ (K.: Interview 2017)

Konkret sahen Einschränkungen wie folgt aus:

„Wir reisten ja mit Ticket und 10 Dollar raus und mussten die 10 Dollar wieder mitbringen, weiß nicht, ob Ihnen das jemand erzählt hat, das sind nämlich also Schwierigkeiten, die sich sonst keiner vorstellen kann. Wir lebten dann oder ich lebte dann bei der Botschaft auf Pump, bei unserer Botschaft auf Pump [...] es war nicht so ganz einfach.“⁴⁸ (S.: Interview 2017)

Dabei ging es nicht nur um die Erlaubnis zu reisen: Überhaupt als Reisekader infrage zu kommen oder nicht, hatte Auswirkungen auf die eigene Karriere. Frau E. (Interview 2017) bezeichnet die Sektion Lateinamerikawissenschaften in Rostock als Think Tank für das ZK der SED in Bezug auf Lateinamerika. Dort sei man großzügiger mit der Reisekader-Regelung umgegangen als in Leipzig bzw. habe von vorneherein nur Leute angestellt, von denen man wusste, dass sie Reisekader werden

⁴⁸ Vgl. hierzu auch die Schilderungen von Karl-Heinz Schönfelder über ähnliche Schwierigkeiten trotz grundsätzlichem Privileg in Steinbach (2005: 243ff).

könnten (vgl. auch Ahrendt-Völschow 2004: 21). Auch an Institute wie das Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie (ZIAGA) der Akademie der Wissenschaften kamen nur Personen, die Reisekader werden konnten, das Inhaltliche wurde dem Politischen nachgeordnet. Obwohl es inhaltlich ihrem Profil entsprochen hätte, durfte Frau C. (Interview 2017a) nicht an dieses Institut, da ihr Mann Westverwandtschaft hatte und Pfarrerssohn war: *also es war alles suspekt*. Sie wurde dann aber an einem anderen Akademie-Institut aufgenommen, an dem keine Reisen in das westliche Ausland vorgesehen waren.

Eine andere Einschränkung der Wissenschaftspraxis war materieller Natur. Durch das knappe Papierkontingent in der DDR gab es auch kaum Publikationsreihen. Dabei wird auf Unterschiede je nach Standort hingewiesen, so hätten Institute wie die Sektion Lateinamerikawissenschaften in Rostock, die auch für die SED arbeiteten, bessere Publikationsmöglichkeiten und entsprechende Journale besessen im Vergleich zu Leipzig (vgl. E.: Interview 2017).⁴⁹ Diese Einschränkung wird von Herrn N. (Interview 2017) als politische Manipulation gedeutet, da es eben somit nur ausgewählten Leuten erlaubt war, zu veröffentlichen. Auch wurde aufgrund des Papiermangels die Promotion in der DDR normalerweise nicht veröffentlicht. Ein Buch weniger publiziert zu haben, stellt bis heute einen Nachteil im Wettbewerb im wiedervereinigten Deutschland dar.

Im Folgenden ein Einblick in die kleinen Unterschiede zwischen „Ost“- und „West-Wissenschaft“:

„[...] ältere DDR-Wissenschaftler erkennt man im Vergleich zu deren Kollegen im Westen am rechten Mittelfinger, der hat bei ihnen eine Beule. Wir hatten keine Möglichkeiten zu kopieren, ich habe in Moskau das halbe Jahr, das ich zum Zusatzstudium für meine Promotion dort war, alles mit der Hand abgeschrieben, da man dort damals nicht kopieren konnte. Also ist man in die Bibliothek gegangen, um die Zitate abzuschreiben [...] In der DDR gab es ja schlecht Schreibmaschinen, sie waren ein großes Defizit, man konnte eine Schreibmaschine – Computer gab es ja sowieso noch nicht – nicht so einfach kaufen. Meine Eltern hatten eine, nur eine, brauchten diese aber selbst für ihre Arbeit, und ich hatte schon eine eigene Wohnung am andern Ende von Leipzig. Sie sagten, du kannst unsere Schreibmaschine nutzen, aber bitte bei uns, also nimm sie nicht mit. Nun saß ich bei ihnen und schrieb und dann fiel mir ganz unten, in den Fußnoten, auf, dass ich eine Seitenzahl nicht richtig aufgeschrieben hatte. Ich konnte also nicht weitermachen, ich konnte das ja nicht einfach leer lassen, sondern habe mich in die Straßenbahn gesetzt, bin von Leipzig-Mockau nach Leipzig-Grünau, also quer durch die ganze Stadt, gefahren, habe dort nachgeguckt, welche Seitenzahl das war. Dann bin ich wieder zurückgefahren und habe weitergeschrieben (lacht). Ich meine, die Wessis hatten zu jener Zeit auch keine Computer, aber die Wessis hatten Schreibmaschinen und sie hatten dieses Tipp-Ex. Das hatten wir ja nicht. Ich hatte keine nahe Westverwandtschaft, aber wenn wirklich mal irgendjemand von den weit entfernten Tanten und Onkel in den Westen fuhr und sie fragten, sollen wir dir etwas mitbringen, sagte ich immer: Tipp-Ex. Das Einzige, das ich mir immer gewünscht hatte, war Tipp-Ex (lacht).“ (E.: Interview 2017)

Es gab auch thematische Einschränkungen durch politische Linien und Vorgaben. Dabei spielte die geographische Verortung der Wissensproduktion eine große Rolle. So wurde beispielsweise das Dissertationsthema von Frau E. im Moskauer Lateinamerika-Institut, wo sie zum Zusatzstudium war, als *völlig verkehrt* bezeichnet. Es wurde gefragt, warum Frau E. nicht zu Chile arbeite (ebd.).

⁴⁹ Die Rostocker Lateinamerikanist*innen waren laut Ahrendt-Völschow (2004: 53) die einzigen in den Regionalwissenschaften, die über ein eigenes Publikationsorgan verfügten.

Dies lag daran,

„[...] dass natürlich in das Raster der friedlichen Koexistenz, das damals politisch für die KPdSU⁵⁰ entscheidend war, ein friedlicher Weg der Revolution wie unter Allende viel besser passte als nun irgendwelche durchgeknallten bewaffneten Revolutionäre. Die wollte man nicht haben, so wie man sie eigentlich auch in der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der DDR in Berlin auch nicht haben wollte und man sie deshalb als Ultralinke bezeichnete. Sie störten irgendwie, machten alles kaputt und dummerweise waren sie aber auch noch links und Revolutionäre und eigentlich musste man sie ja mögen [...].“ (ebd.)

In Leipzig hingegen wurden diese *unorthodoxen* Bewegungen in Zentralamerika, die sich in Abgrenzung von der jeweiligen Kommunistischen Partei gegründet hatten, als erfrischend empfunden, während die Akademie für Gesellschaftswissenschaften der DDR, die für die Partei arbeitete, diese andere Haltung hatte. Die DDR und auch die Sowjetunion wollten nicht noch ein Kuba, das konnte man sich schon finanziell nicht leisten (ebd.).

Die Bedeutung der geographischen Verortung der Wissensproduktion wird ebenso im Fall des Instituts für Internationale Beziehungen der DDR in Potsdam erwähnt. Von dort nach Berlin-Mitte waren es anderthalb Stunden Fahrt mit Zug oder Auto um Westberlin herum. Dass das Institut sich nicht in unmittelbarer Nähe des Ministeriums befand, hatte Vorteile, so wird Potsdam als liberaler Ort des Austausches beschrieben. Parteivorgaben, die die wissenschaftliche Arbeit einschränken konnten, waren darüber hinaus für die Leute relevanter, die über die Sowjetunion arbeiteten, während Studien über Grenzkonflikte in Lateinamerika *politisch niemanden interessiert* hätten (vgl. M.: Interview 2017). Dies brachte eine größere wissenschaftliche Freiheit mit sich (vgl. hierzu das Konzept der „Nische“ von Brinkel 2012: 31ff), sodass Arbeiten, die sich mit diesen Themen befassten, auch in der gesamtdeutschen Wissenschaftslandschaft heute nicht ihre Gültigkeit verloren haben, sondern weiterhin publiziert werden könnten (vgl. M.: Interview 2017).

Nach dem wissenschaftlichen Austausch in der DDR fragte ich in den Interviews direkt. Er wurde schon aufgrund der im Vergleich zur BRD geringeren Institutionalisierung – da es keine Deutsche Forschungsgemeinschaft oder Stiftungen gab, durch die große Konferenzen organisiert werden konnten – national und international als *eher gering* und *weitaus geringer* als heute eingeschätzt (vgl. E: Interview 2017). Auf einer internationalen Konferenz (innerhalb der sozialistischen Länder) zu sein, empfand Frau E. als *etwas total Besonderes*. Die internationale und persönliche Isoliertheit könne nicht schöngeredet werden, allerdings wurde der Austausch, wenn er dann stattfand, teils als tiefgründiger im Vergleich zu heute empfunden, so mit Kolleg*innen aus Kuba (ebd.). Aus der gemeinsamen politischen Marginalisierung sei ein enger Kontakt entstanden. In Leipzig habe es laut Frau E. außerdem einen inhaltlich guten und tiefgründigen Austausch mit der Gruppe der Exil-Chilen*innen am Lateinamerika-Seminar an der Sektion Geschichte gegeben. Hier fluktuierten Chilen*innen und andere Lateinamerikaner*innen frei zwischen Westen und Osten und konnten so

⁵⁰ Kommunistische Partei der Sowjetunion

beispielsweise auch benötigte Literatur aus Westberlin mitbringen (vgl. K.: Interview 2017). Generell gab es in Leipzig als Zentrum der Vergleichenden Revolutionsforschung zu DDR-Zeiten schon einen relativ guten und intensiven Austausch mit Kolleg*innen *aus dem Westen, aus den USA, aus Großbritannien, Frankreich* (ebd.). Obwohl die Möglichkeiten des Austauschs nicht vergleichbar mit dem normalen Wissenschaftsbetrieb nach der Wende waren (vgl. ebd.), fand auf einer gewissen Ebene Austausch statt: Für Qualifizierungsarbeiten wie die Habilitation konnten Reisen beantragt werden, für die Verträge zwischen Spanien oder auch Frankreich und der DDR, selbst mit den USA oder eben Westberlin (um die Staatsbibliothek oder das Iberoamerikanische Institut zu nutzen) bestanden (ebd.). Es gab außerdem offizielle Universitätspartnerschaften innerhalb des sozialistischen Lagers, zum Beispiel mit Moskau. Auf die sehr gut ausgestattete Bibliothek des Lateinamerika-Instituts der Akademie der Wissenschaften in Moskau wird von meinen Interviewpartner*innen mehrmals verwiesen. Sie wird als ein Fundus für Lateinamerika-Literatur beschrieben, der vergleichbar mit dem Iberoamerikanischen Institut in Westberlin sei. Wer kein Reisekader war, aber noch mehr Literatur brauchte, durfte nach Moskau fahren (E.: Interview 2017). Innerhalb der DDR hatte die Bibliothek der Sektion Lateinamerikawissenschaften in Rostock laut Frau E. wahrscheinlich die meiste Literatur, auch lateinamerikanische, doch trotzdem noch *irre wenig und sehr einseitig*. Mehrere meiner Gesprächspartner*innen erwähnen die Fernleihe als Möglichkeit, um an westliche Literatur zu kommen, die dann eine sehr begrenzte Zeit zur Verfügung stand: *Also da hat man eben sehr intensiv arbeiten gelernt* (S.: Interview 2017). Darüber hinaus wurden vor allem private Kontakte genannt, die halfen, um an benötigte Literatur zu kommen. Zufallsbekanntschaften, die zu einer guten Quelle wurden, Verwandte und Kolleg*innen aus dem Westen, die Dinge schicken konnten, die jedoch mit der Post nicht immer ankamen oder andere Kommiliton*innen: *Netzwerke spielten da einfach eine Rolle. Sodass man nicht sagen kann, dass wir so völlig auf dem Trockenem standen, wir hatten schon einen, ja guten Einblick in die Diskurse der Zeit* (C.: Interview 2017a).⁵¹ Andererseits gab es nicht zugängliche Literatur, so war es nicht möglich kritische linke Autoren aus Frankreich wie Pierre Bourdieu oder Michel Foucault zu lesen:

„Das drang gar nicht auf den politisch regulierten DDR-„Markt“ vor und wenn, dann wurde solche Literatur in ausgewählten Bibliotheken weggeschlossen. [...] Im Leipziger Grassimuseum und in der Deutschen Bücherei gab es besondere Leseräume, in denen bei Vorliegen einer entsprechenden Genehmigung, westeuropäische oder altbürgerliche Publikationen konsultiert werden konnten. Ich erinnere mich, dass diese Räume als **Gift**-Abteilungen bezeichnet wurden: die hier aufbewahrte Literatur galt als bürgerliches Gift, welches das Denken bei mangelndem

⁵¹ Diese Aussage bezieht sich auch auf die vorhandene Rezeption von wissenschaftlichen Arbeiten aus der Bundesrepublik in der DDR. Eine interessante Frage ist, inwiefern Wissenschaftler*innen in der Bundesrepublik über Diskurse in der DDR im Bilde waren. Es wurde die Vermutung geäußert, dass dies wahrscheinlich eher weniger der Fall war, aber auch abhängig von bestehenden Forschungsk Kooperationen (die es zwischen der DDR und BRD gab, wie z.B. in der Ethnologie an der Humboldt-Universität um Wolfgang Jakobkeit und Tübingen), den Ausgangspositionen, mit denen die Leute arbeiteten, sowie einer gewissen Offenheit.

Klassenbewusstsein verseucht. Als Mitglied des ‚Schülerclubs‘ des Leipziger Völkerkundemuseums durfte bzw. musste ich eine gesonderte Zugangsgenehmigung beantragen, um für ein Interview mit Eva Lips solche Titel einsehen zu können.“ (N.: Interview 2017)

Zusammenfassend ist zu sagen, dass es in allen wissenschaftlichen Qualifikationsphasen Einschränkungen politischer Art gab. Auch später blieb das Inhaltliche dem Politischen nachgeordnet. Trotzdem gab es auch *Spielräume* (M.: Interview 2017), die eine unabhängigere Wissensproduktion möglich machten. Der wissenschaftliche Austausch und Zugang zu Literatur gestaltete sich unterschiedlich. Er war abhängig von der Möglichkeit zu reisen, vom jeweiligen wissenschaftlichen Standort, von persönlichen Kontakten und informellen Netzwerken. Frau S. (Interview 2017) beschreibt das Gefüge aus Einschränkungen und *Spielräumen* (M.: Interview 2017) in der wissenschaftlichen Praxis folgendermaßen: *also es war nicht so einfach, aber es war durchaus möglich.*

2.3 Wissenschaft im Umbruch: *Wissensexplosion*⁵² und die *Zeit der Anarchie*⁵³

Der Umbruch 1989 brachte tiefgreifende Änderungen für den ostdeutschen Wissenschaftsbetrieb mit sich. Wie dies von meinen Interviewpartner*innen erinnert wird, steht in diesem Abschnitt im Mittelpunkt. In fast allen Interviews stellte ich die Frage, inwiefern sich beispielsweise Forschungsthemen und -ansätze dadurch änderten. Die Antworten lassen sich zwischen den Polen Veränderung und Kontinuität verorten. Einer meiner Interviewpartner wirkte zur Wendezeit in einer der Erneuerungsinitiativen innerhalb ostdeutscher Universitäten mit, sodass die Veränderungen im Wissenschaftsbetrieb im Interview eine wichtige Rolle spielten. Diese Erfahrung wird im Anschluss dargestellt.

Im Gespräch mit Herr K. (Interview 2017) stellt die Wende mit ihren Veränderungen für die Möglichkeiten von Wissenschaft, als *wissenschaftliche Öffnung allerersten Ranges* bezeichnet, ein zentrales Thema im narrativen Interviewteil dar, das sich im wiederholten Gebrauch des Motivs *Explosion* ausdrückt. Die Zeit ab 1990 wird mit einer Explosion verglichen, einer *Wissensexplosion*, *Reiseexplosion*⁵⁴ und *Kommunikationsexplosion*. Obwohl viele Kontakte schon vorher bestanden hatten, seien die Wissenschaftskontakte mit anderen Kolleg*innen und Universitäten, vor allem nach Westen, *unheimlich viel mehr geworden*. Diese Veränderungen werden im Hinblick auf die abgeschottete DDR als *extrem wichtig* bezeichnet. Auch in der eigenen inhaltlichen wissenschaftlichen Arbeit vollzog sich ein *fundamentaler Wandel* von einem eher soziologisch-

⁵² Dieser Ausdruck stammt aus dem Gespräch mit Herrn K. (2017).

⁵³ Dieser Ausdruck stammt aus dem Gespräch mit Herrn M. (2017).

⁵⁴ Vgl. ähnliche Schilderungen hinsichtlich der neuen Reisefreiheit in Steinbach (2005: 190f; 331f).

marxistischen revolutionshistorischen globalhistorischen Ansatz zu einer extrem archivbasierten Mikrogeschichte im Rahmen einer sich weiter entfaltenden Welt- und Globalgeschichte (ebd.).

In den Mittelpunkt seiner Forschung rückten bislang unbeachtete Akteur*innen: Herr K. begann sich mit Sklaverei aus der Perspektive der Versklavten zu beschäftigen. Dieser Perspektivwechsel war neu, für das Thema sensibilisiert wurde er noch in der DDR in Vorlesungen von Clarence J. Munford. Auch Herr M. (Interview 2017) erwähnt die *erhebliche Erweiterung* der eigenen inhaltlichen Themen (über Lateinamerika hinaus zu Europa-Themen), obwohl er diese nicht unmittelbar in Zusammenhang mit der Wende bringt.⁵⁵ Er widmete sich bis etwa zur zweiten Hälfte der 90er Jahre Themen, die mit der eigenen Biographie zu tun hatten, nämlich der Aufarbeitung der *DDR-Problematik* und rekapitulierte bestimmte außenpolitische Beziehungen der DDR, zum Beispiel mit Chile und Kuba. Herr N. (Interview 2017) empfand den Zugang zu anderen wissenschaftlichen (subjektiven) Theorien und Ansätzen wie der Diskursanalyse nach der Wende hinsichtlich der im vorherigen Unterkapitel beschriebenen Einschränkungen als *unendliche Bereicherung* und *unendlich attraktiv*, als *Gegenstück* zu dem, was in der DDR gelesen wurde.

Meine Interviewpartner*innen haben in den Gesprächen aber auch inhaltliche Kontinuitäten in der Wissenschaftspraxis betont. So gab es auch *Überlappungen* sowie gegenseitige Neugier und die Möglichkeit, in der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den neuen Westprofessor*innen, voneinander zu lernen (vgl. E.: Interview 2017). Es gab Professor*innen aus dem Westen, die sich als marxistische Wissenschaftler*innen verstanden und ein *offenes Ohr* (C.: Interview 2017a) für bestimmte Ansätze hatten, die die ostdeutschen Wissenschaftler*innen mitbrachten. Bestimmte Ansätze bestanden *jenseits von Systemen* und waren *nach der Wende also genauso relevant* (ebd.). Frau C. spricht weiter von einem *weichen Übergang* und in thematischer und konzeptueller Hinsicht von *nicht so großen Sprüngen*, obwohl sie die Kontexte und das Umfeld am für sie neuen Institut in Westberlin als *ganz anders* bezeichnet.

Trotzdem spielte die Frage eine Rolle, was nun überhaupt noch Thema sein könne:

„[...] nach der Wende hab ich dann nur eben dieses Thema gewechselt. Dann war ‚Staat und Recht‘ völlig obsolet (schmunzelt) [...] damals erschien es mir völlig obsolet, mich mit diesen Fragen zu beschäftigen, mit denen wir uns in der DDR beschäftigt haben. Es erschien mir nicht so zukunftsweisend und ich wollte ja auch mit ‚richtigen‘ Quellen arbeiten und nicht nur mit gedruckten, publizierten Quellen. [...] Mir war mehr intuitiv klar [...], dass jetzt diese DDR-Themen – wie Staat und Recht auf einer marxistischen Grundlage [...] – jetzt kein Thema mehr sein kann.“ (ebd.)

Nur in dem Gespräch mit Frau S. wurde die Wende kaum, auch nicht auf Nachfrage, hinsichtlich der Auswirkung auf die eigene wissenschaftliche Praxis thematisiert. Das gesamte dreistündige Interview vermittelte den Eindruck von Kontinuität, bezüglich der hier im Fokus stehenden wissenschaftlichen Ebene.

⁵⁵ Herr M. war im Zeitraum der Wende vor allem in der Organisation des Wissenschaftsbetriebs involviert.

Abgesehen von den Veränderungen und Kontinuitäten in der eigenen wissenschaftlichen Praxis, war die Wendezeit auch eine Zeit der Reform- und Erneuerungsprozesse auf institutioneller Ebene, in der eben dieses Spektrum eine Rolle spielte. Diese Prozesse gestalteten sich je nach Universität unterschiedlich. Der folgende Abschnitt beruht auf den Erinnerungen von Herrn M. (Interview 2017) bezüglich des Instituts für Internationale Beziehungen der DDR in Potsdam.⁵⁶ Nach dem Mauerfall bröckelten auch an den Universitäten die DDR-Strukturen, die zwar formell noch existierten, sich jedoch langsam auflösten. Dies zeigte sich zum Beispiel darin, dass sich Leute in leitenden Positionen krank meldeten (ebd.). Auch die Student*innen wollten nicht mehr weitermachen wie zuvor, nicht nur die vorgeschriebene Lektüre lesen, es rumorte: „*immer bloß die alten Männer.*“

So wurde Herr M., im Sommer 1989 von einem Auslandsaufenthalt zurückgekehrt, im April 1990 in eine leitende Führungsposition, in der ersten stattfindenden Wahl überhaupt, gewählt. Herr M. war sodann bis 1994 vor allem in der Wissenschaftsorganisation tätig. Dies ist ein typisches Beispiel für die Initiierung der Umbrüche an Universitäten und Hochschulen. Diese hing laut Meinhold (2014: 21) von Personen ab, die dort bereits tätig waren und „sowohl mental, nach politischer, systemkritischer Gesinnung, als auch hinsichtlich ihrer Position – als Hochschullehrer zum Beispiel – glaubwürdig in der Lage waren, eine demokratische Umgestaltung und Erneuerung herbeizuführen und höhere Leitungsämter zu besetzen.“

Im April 1990 begann in Potsdam die Zeit eines radikalen inhaltlichen, strukturellen und personellen Neuansatzes, um einen neuen politikwissenschaftlichen Studiengang an die Stelle der bisherigen Diplomatenausbildung zu setzen (Crome/Franzke/Krämer/Wallraf 2009: 210f).⁵⁷ Herr M. spricht von einem *rasanten Prozess* und einer *turbulenten Zeit*, in der sich Räume gewaltig öffneten. Er bezeichnet dies als *Zeiten der Anarchie, wo eben Möglichkeiten noch groß sind*. So versuchte ein kleiner Kreis von 10 bis 15 Leuten, das Institut umzugestalten: *Dann begannen diese Versuche das neu einzuordnen, neu aufzubauen, zu strukturieren, international auszurichten, was man als erfolgreich bezeichnen kann, wenn man vom Endergebnis absieht, war es eine ganze Menge was wir gemacht haben*. Ein neuer Studienplan und Lehrpläne wurden entwickelt, Stiftungen – die Lektor*innen anboten – sowie Personen aus dem Ausland eingeladen. Es wurde geschaut, wie solch ein Studium in England, den USA und Russland aufgebaut ist, sodass ein entsprechender Fächerkanon dargestellt werden konnte. Dabei handelte sich alsbald um einen

⁵⁶ Für die Humboldt-Universität Berlin und die Akademie der Wissenschaften vgl. u.a. den Abschnitt „Zum Scheitern verurteilt: Die Erneuerung von innen“ in Brinkel (2012). Für Leipzig und Berlin vgl. u.a. Pasternack (1999) und für Rostock siehe Ahrendt-Völschow (2004). Es sei auch die Publikation von Meinhold (2014) zu den Prozessen an der Universität Jena erwähnt, obwohl diese keine Rolle im Rahmen der Lateinamerikaforschung spielt. Jena gilt als Sonderfall, da die inneruniversitären Erneuerungsprozesse hier besonders früh einsetzten.

⁵⁷ Für detaillierte Informationen zum Ablauf siehe Krämer (2009) sowie Crome/Franzke/Krämer/Wallraf (2009).

Wettlauf gegen die Zeit. Ging man zunächst noch von einer Erneuerung der DDR aus, stellte die bevorstehende deutsche Wiedervereinigung einen gänzlich neuen Rahmen dar: *Jetzt versuchten wir in diesem Strom, der immer schneller wurde, nun noch etwas hinzukriegen. Es war dann klar, wir haben jetzt nicht 5 Jahre Zeit um schön gemütlich ein Institut aufzubauen, sondern es musste alles schneller gehen.*

Dieser neue Studiengang wurde vom Bildungsminister der ersten demokratisch gewählten Regierung der DDR genehmigt und so begann das Wintersemester 1990 (Crome/Franzke/Krämer/Wallraf 2009: 211). Doch dann wurde die Zuständigkeit im Bereich Wissenschaft und Bildung an die Länder übertragen: *und das Land Brandenburg hat wie eben andere Länder auch im Osten, alles geschlossen. Wozu brauchen wir hier was Internationales?* So wurde letztendlich am 31.12.1990 der Beschluss der Brandenburgischen Landesregierung zur Abwicklung des Fachbereichs wirksam, angesichts der Vergangenheit des Fachbereichs wie der gesamten Hochschule als „Diplomatenschule der DDR“.

Es waren unter anderem Proteste von Studierenden, die bewirkten, dass der Studiengang in der neugegründeten Brandenburgischen Landeshochschule weitergeführt wurde (Crome/Franzke/Krämer/Wallraf 2009: 213f). Die Freiheiten in der Gestaltung nahmen dann deutlich ab, *Westvorschriften* kamen und aus der Ausgangsidee, ein Institut mit Studiengang Internationale Beziehungen zu gründen, wurde nichts. Dass letztendlich ein sehr großer politikwissenschaftlicher Bereich entstanden ist, mit recht üppiger Ausgestaltung im deutschen Maßstab, ist aber auch Verdienst eben dieser Reformbemühungen in der Wendezeit.

Herr M. charakterisiert die hier beschriebene Umbruchszeit als eine *sehr interessante Zeit* und stellt fest: *in diesem Raum konnte man viel machen.* Eine ähnliche Bewertung für die Universität Rostock nimmt Methling (2015: 33) vor, der „die kurze Zeit der Freiräume“ für die Entwicklung einer „wirklich demokratischen Selbstverwaltung und für die Entwicklung neuer Konzepte und Strukturen für Lehre und Forschung“ erwähnt. Maeß (2015: 18) spricht in diesem Kontext von einer unvorstellbaren Aufbruchstimmung und Enthusiasmus. Joachim Riße (2015: 56) weist besonders auf Widerstände innerhalb der Universität hinsichtlich der universitätsinternen Reformbewegungen hin. Er schildert aber ebenfalls die Absicht, die Chance zur Erneuerung zu nutzen, um ein besseres Hochschulsystem aufzubauen, als es auch in der bisherigen Bundesrepublik existierte.

Herr M. spricht jedoch auch von einer *Zeit der Turbulenzen, der Ungewissheiten*, in der Arbeitsverträge nur befristet verlängert wurden und sich viele aufgrund dieser existenziellen Unsicherheit aus der Wissenschaft verabschiedeten. Es war nicht nur eine schöne Zeit: *das waren schon sehr turbulente Zeiten und was Freiheit eben immer bedeutet, Freiheit – ist auch immer ein Risiko, ja, des Absturzes oder der Ungewissheit.*

In den anderen fünf geführten Interviews wird in drei Fällen eben diese Unsicherheit thematisiert⁵⁸, die vor allem damit zu tun hatte, dass in der DDR ein Arbeitsplatz sicher gewesen war oder gewesen wäre, während die Wende dies grundsätzlich änderte. Frau S. (Interview 2017) umschreibt ihre Empfindungen im Zeitraum des Umbruchs wie folgt:

„[...] bloß wir hatten natürlich das Gefühl, also das wird ja nun gar nichts [...] weil wir nicht wussten, was aus uns wird, überhaupt nicht, nee. Und dann saß man da und wartete und in der Zeit ist meine Mutter dann eben sehr schwer krank geworden und gestorben, sodass sie nicht mehr miterlebt hat, was wohl aus mir wurde. Was sie sicher auch noch gequält hat, aber das war eben so, naja.“

Frau E. (Interview 2017) charakterisiert die Stimmung mit den Worten ihres Doktorvaters: *Und dann sagt er zu mir: ‚Du hast sowieso keine Chance. Wir haben hier alle keine Chance nach der Wende.‘* Ihr Arbeitsverhältnis wurde letztendlich im Zuge der Wende von einem unbefristeten Vertrag nach und nach in mehrere befristete Verträge umgewandelt. Nachdem diese ausgelaufen waren, bewarb sie sich erfolgreich um ein Habilitationsstipendium der DFG⁵⁹, danach folgte eine Zeit der Arbeitslosigkeit. Als charakteristisch für die Zeit des Umbruchs erwähnt sie die Kämpfe um Arbeitsplätze: *Also, in der Zeit war sich jeder selber der Nächste. Da hat in der Wende niemand für einen Freund gekämpft, wenn es um seinen eigenen Arbeitsplatz ging.*

Das Erinnern der Wendezeit als unsicher und ungewiss, im Hinblick auf die Erwerbsbiographie, entspricht auch Ergebnissen anderer Studien, wie der von Baume, Felber und Röhl (1995: 93), in der Ost-Wissenschaftlerinnen die unsichere Übergangszeit als „schlimm“ bezeichnen. Es lassen sich außerdem Parallelen zu der Studie von Melanie Lorek (2016) ziehen. Die von ihr befragten Ostdeutschen knüpfen Kontinuitäten und Diskontinuitäten ihrer Narration über das eigene Leben an den Verlauf ihrer Erwerbsbiographie. Dies ist laut Lorek (2016: 134f) insofern nicht verwunderlich, da beide Systeme, DDR und BRD, ökonomisch wie politisch auf das Modell der erwerbstätigen Arbeit konzentriert sind. In der DDR, die fast allen Bürger*innen einen Arbeitsplatz garantierte, gab es in dieser Hinsicht einen hohen Grad an Stabilität und Kontinuität. Arbeitsplätze wurden nur selten gewechselt und die Gefahr der Arbeitslosigkeit existierte quasi nicht. Das änderte sich schlagartig mit der deutschen Wiedervereinigung, nach der innerhalb von zwei Jahren rund 2,3 Mio. ehemalige DDR-Bürger*innen von Arbeitslosigkeit betroffen waren (ebd.).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Wende und deutsche Wiedervereinigung von meinen Interviewpartner*innen auf wissenschaftlicher Ebene unterschiedlich thematisiert wurde. Das Spektrum reicht dabei von der Betonung von Veränderungen, zu Bewertungen, die eher die Kontinuität in den Vordergrund stellen. Der Ausdruck *Zeit der Anarchie* (M.: Interview 2017) birgt die zwei Zeitqualitäten in sich: die Erinnerung an eine Zeit der Möglichkeiten und Freiheiten, aber

⁵⁸ In zwei Gesprächen spielte dieses Thema keine Rolle. Eine der beiden Personen studierte zum Zeitpunkt der Wende, eine andere hatte im Osten wie im Westen das Angebot einer Professur.

⁵⁹ Deutsche Forschungsgemeinschaft

gleichzeitig auch der Ungewissheit und des Risikos. Welche dieser Qualitäten überwiegt, und wie ein gesellschaftlicher Umbruch wie die Wende in Bezug auf das eigene Leben gedeutet wird, hängt stark mit dem Verlauf der eigenen Erwerbsbiographie zusammen.

3 Die *Evaluationserfahrung*⁶⁰

„Und da hat ja jeder DDR-Wissenschaftler [...] eine Evaluationserfahrung gehabt.“ (C.: Interview 2017a)

In dem Zeitraum der Reform- und Erneuerungsprozesse an den ostdeutschen Universitäten, der im vorherigen Kapitel beleuchtet wurde, spielte die Evaluierung des wissenschaftlichen Personals eine große Rolle. In fast allen Interviews begegnete mir dieses Thema, schon im ersten wurde es sowohl im Verlauf des narrativen Teils des Interviews als auch ohne direkte Nachfrage im zweiten Teil ausführlich thematisiert. Wie im Abschnitt 1.3 über meine Vorgehensweise erwähnt, begab ich mich offen und ohne allzu viele Hintergrundinformationen ins Feld und in die Gespräche, um mich an den Themen zu orientieren, die sich in den Gesprächen als bedeutsam herauskristallisieren würden. Die Evaluierung schien ein solches bedeutendes, emotionales Thema zu sein. Ich nahm mir vor, in den folgenden Interviews darauf zu achten bzw. gezielt nachzufragen. Das zweite Interview verstärkte meinen Eindruck, gerade weil diesmal zunächst eher zurückhaltend darüber erzählt wurde, obwohl Herr K. eine aktive Rolle im Evaluierungsprozess gespielt hatte. Es scheint sich um ein noch immer heikles und nicht abgeschlossenes Thema zu handeln: *Ich kann Ihnen da auch nicht groß etwas [...] sagen, das war keine besonders schöne Sache. [...] Die Bewertung, (da) hat viel Ärger gegeben (in dieser/um diese) Kommission.* (K.: Interview 2017)

Die Evaluierung nahm in den verschiedenen Gesprächen unterschiedlich Raum ein, wurde jedoch von allen bis auf eine Ausnahme schon im narrativen Teil erwähnt und später auf meine Nachfragen hin vertieft. Obwohl aus unterschiedlichen Perspektiven mit unterschiedlicher emotionaler Intensität erzählt, handelte es sich um ein Querschnittsthema, das meine Gesprächspartner*innen unaufgefordert reflektierten. Ihre Erinnerungen, Emotionen und Bewertungen bezüglich der Evaluierungsprozesse stehen in diesem Kapitel im Mittelpunkt. Es geht weniger darum, die Abläufe in den einzelnen Universitäten zu rekonstruieren. Diese können in verschiedenen Publikationen nachgelesen werden (siehe Fußnote 56 auf Seite 44).

Zunächst verorte ich das Thema unter 3.1 historisch im Vergleich zu anderen politisch-gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Umbrüchen der deutschen Geschichte und erläutere den Kontext der sogenannten Erneuerung der Universitäten. Beispielfhaft gehe ich dabei auf die Standorte Berlin und Rostock ein. Danach stelle ich im Abschnitt 3.2 spezifische Erinnerungen meiner Gesprächspartner*innen an diesen Prozess dar. Im Anschluss werden unter 3.3 zum einen verschiedene Erklärungsansätze meiner Gesprächspartner*innen thematisiert, hinsichtlich der Bedingungen unter denen es ostdeutsche Akademiker*innen in den Zeiten des Systemwechsels

⁶⁰ Dieser Ausdruck wurde von Frau C. im ersten Gespräch (Interview 2017a) verwendet.

schaffen konnten, ihre wissenschaftliche Laufbahn weiter zu verfolgen, zum anderen die strukturellen Auswirkungen und Folgen der Evaluierung bis heute.

3.1 Die „Erneuerung“ der ostdeutschen Universitäten

1989 ist eine der Bruchstellen in der Geschichte der deutschen Universitäten, die der Historiker Mitchell G. Ash im Vergleich zu 1933 und 1945 untersucht. Dabei thematisiert er keine Regimevergleiche, da die jeweiligen politischen Triebkräfte dieser Wissenschaftswandlungen sehr unterschiedlich waren, sondern analysiert Wandlungen im Wissenschafts- und Hochschulbereich in und nach politisch verursachten Extremsituationen (Ash 1998: 212). Nach 1989 geht wie bei den vorherigen Umbrüchen eine bis dahin beispiellose Umverteilung der Ressourcen, vor allem des wissenschaftlichen Humankapitals vor sich, wobei die institutionellen Zusammenhänge ihrer früheren Verwendung zerschlagen werden (ebd.).

Spezifisch für diesen Umbruch ist laut Ash erstens, die demokratisch legitimierte, aber vor allem technokratisch-administrative Einführung der Rechtsnormen und Organisationsformen des einen deutschen Nachkriegsstaates auf das Gebiet des anderen, zweitens, dass die Folgen davon vor allem die Ostdeutschen auszutragen hatten und drittens, dass die personalpolitischen Veränderungen im Wissenschafts- und Hochschulbereich in den neuen Bundesländern, obwohl sie weitgehend regional begrenzt blieben, rein quantitativ weitreichender und strukturell tiefgreifender sind, als die Veränderungen nach 1933 und 1945 (ebd.: 228f). Sowohl die Anzahl der politisch verursachten Entlassungen im Hochschulbereich nach 1990 als auch der Anteil der Betroffenen (gemessen am gesamten ostdeutschen Lehrkörper im Jahre 1989) übersteigt erheblich die politisch bedingten Entlassungen nach 1933 und 1945. Die sogenannten „Bedarfskündigungen“ waren quantitativ allerdings weitreichender als alle politischen Entlassungen.⁶¹ Bis 1994 wurden an der Humboldt-Universität zu Berlin 75 Prozent der Professor*innen, 87 % der Dozent*innen und 90 % des Mittelbaus entlassen, aus politischen Gründen jedoch nur etwa 10 % (Koffer 2009: 355). In Rostock schafften von den 575 Hochschullehrer*innen nur 75 eine Rückkehr auf ihre oder eine andere geeignete Stelle im Jahr 1992 (Maeß 2015: 22). Ash (1998: 233f) resümiert: „Trotzdem handelt es sich im radikalen Unterschied zur Situation nach 1933 bzw. 1945, *um eine strukturelle Wandlung, die durch die Rhetorik einer politischen Säuberung gedeckt werden sollte, aber nicht gedeckt wird.*“.

⁶¹ Ash (1998: 217f) weist auf den großen Unterschied hin, aus rassistischen Motiven verfolgt, bedroht oder ermordet zu werden oder aufgrund einer wie auch immer definierten „Staatsnähe“ zum DDR-Regime bzw. nach möglicherweise zweifelhaften „Bedarfs“-Kriterien entlassen zu werden.

Mit dem am 31. August 1990 unterzeichneten Einigungsvertrag begann die Anpassung politischer, ökonomischer und sozialer Gegebenheiten in den fünf neuen Bundesländern an die westdeutschen Bedingungen. Neben vielen anderen Regelungen sah der Vertrag vor, die grundlegende Struktur des Bildungswesens in Westdeutschland auf Ostdeutschland zu übertragen und das Hochschulsystem in Ostdeutschland auf Grundlage des westdeutschen Hochschulrahmengesetzes (HRG) zu erneuern und umzustrukturieren (Kehm 2015). Kehm (ebd.) nennt fünf wesentliche Aspekte dieser ostdeutschen Hochschulerneuerung: Entpolitisierung; Reorganisation und Evaluation der außeruniversitären Forschung; Gründung von Fachhochschulen; Umstrukturierung der Fächer und Disziplinen und Reform der Personalstruktur.

Unter Entpolitisierung wird die Schließung aller Fachbereiche für Marxismus-Leninismus sowie aller politischen Hochschulen (für Partei, Polizei, Militär) gefasst. Des Weiteren beinhaltete sie die Evaluation der politischen Aktivitäten des wissenschaftlichen Personals sowie die Abwicklung und gegebenenfalls Neugründung (mit neuem Personal) aller Fachbereiche, deren wissenschaftliche Grundlagen enge Verbindungen zum politischen System aufwiesen (insbesondere Ökonomie, Jura und Sozialwissenschaften). Die außeruniversitäre Forschung, insbesondere die Institute der ostdeutschen Akademie der Wissenschaften, wurde vom Wissenschaftsrat⁶² evaluiert, ihr Personal und ihre Forschungsstrukturen wurden reduziert und vielfach aufgelöst. Die verbliebenen Forschungsgruppen wurden zum Teil in die Universitäten integriert; in der überwiegenden Zahl der Fälle überlebten sie jedoch durch eine Eingliederung in bestehende westdeutsche Forschungseinrichtungen oder in neu geschaffene außeruniversitäre Forschungsinstitute.⁶³ Fächer und Disziplinen wurden in Zusammensetzung, Größe und Curricula westdeutschen Standards angepasst, allerdings mit gewissen Spielräumen für Innovation. Die Personalstruktur wurde an die für das westdeutsche Hochschulsystem typische Struktur angepasst; nach politischer und wissenschaftlicher Bewertung des Personals wurden Arbeitsverträge bei negativen Ergebnissen aufgelöst. Bei positivem Ergebnis bestand die Option, sich auf ausgeschriebene Stellen zu bewerben oder, in Einzelfällen, im Rahmen einer Forschungsgruppe mit besonderem Status weiterzuarbeiten. Zum Teil erfolgte auch eine direkte Integration in das neue Hochschulsystem, weit verbreitet waren jedoch die Versetzung in den vorgezogenen Ruhestand und erzwungene Arbeitslosigkeit. Unter meinen Gesprächspartner*innen wurde niemand in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Ein Beispiel aus der Lateinamerikaforschung ist hier Werner Pade, der sich diesbezüglich auf einer Eröffnungsrede des Kolloquiums „Abbrüche – Umbrüche – Aufbrüche“ in Rostock äußert:

⁶² Der Wissenschaftsrat, 1957 gegründet mit Sitz in Köln, spricht Empfehlungen in verschiedenen Feldern der Wissenschaftspolitik aus (vgl. hierzu <https://www.bmbf.de/de/wissenschaftsrat-428.html> 4.11. 2018).

⁶³ Vgl. hierzu <https://deutsche-einheit-1990.de/ministerien/mft/adw/> (26.10.2018)

„[...] als ich im Mai 1991 einen Glückwunsch von Rektor Prof. Maeß zum 25. Dienstjubiläum erhalten habe, stand bereits fest, dass meine Tätigkeit an der Universität ein halbes Jahr später zu Ende gehen wird. Das war angesichts der Tatsache, dass ich damals 50 war, nichts gelernt hatte als zu lesen und zu schreiben und aus der Sicht anderer, die zunehmend den Ton angaben, die falsche Weltanschauung hatte, eine überaus komplizierte Situation, die ich dank meiner Familie überstehen konnte, allerdings nicht ohne weitreichende Auswirkungen auf die soziale Situation meiner Kinder und Enkel bis heute. De facto war es ein Berufsverbot auf Lebenszeit.“ (Pade 2015: 11).

Die ostdeutschen Universitäten sowie außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und ihre Mitarbeiter*innen wurden mit dem Ziel der „demokratischen Erneuerung“ evaluiert. Die verschiedenen Interessen und Standpunkte von Landesregierungen, Rektor*innen der jeweiligen Universitäten und anderen Universitätsmitgliedern, von Personalrat, Gewerkschaften und Student*innen prägten diese Zeit des Umbruch an den Universitäten, in der täglich Sitzungen, Anträge und Beschlüsse anstanden, und die angesichts der kommenden Neuerungen und des bürokratischen Dickichts auch als eine Zeit der Ungewissheit und Verunsicherung empfunden wurde (Meinhold 2014: 159). Oftmals begannen an den Universitäten eigenständige Selbsterneuerungs- und Reformversuche sowie interne Evaluierungen, bevor Evaluierungen auch von außen erfolgten. Zwischen und innerhalb der unterschiedlichen Gruppen von Akteur*innen gab es verschiedene Interessen und Standpunkte. Die einen wollten eine schnellstmögliche Evaluierung und Erneuerung der Universitäten, die anderen befürchteten die Vermischung von Abwicklungsmaßnahmen aus ideologischen Gründen und Abbaumaßnahmen aus ökonomischen Gründen (ebd.).⁶⁴

Pasternack (1999: 19f) bezeichnet den Personalumbau als Kernprozess und zentrale Referenzachse der Umgestaltungsdebatten und des Umgestaltungshandelns im ostdeutschen Hochschulumbau. In diesem Prozess sollte das vorhandene Personal überprüft werden, um über Entlassung und Verbleib zu entscheiden. Durch eine hierarchische Umstrukturierung, also dem Aufrücken oder Absteigen in der wissenschaftlichen Position und einer Ergänzung des Personals durch die Ost-West-Durchmischung des Lehrkörpers, sollte es erneuert werden. Generelle Ursachen für den Personalumbau waren die westdeutsche Annahme, die ostdeutschen Hochschulen seien überbesetzt, Zweifel an der politischen oder moralischen Integrität der lehrenden Hochschulmitarbeiter*innen sowie Zweifel an hinreichender Fachkompetenz aller Beschäftigten (ebd.). Die dominierenden Akteur*innen bezeichneten diesen Prozess mit dem laut Pasternack (ebd.) positiv konnotierten Code der *personellen Erneuerung*. Dieser Prozess lief an den verschiedenen Standorten unterschiedlich ab.

⁶⁴ Die Komplexität dieser Zeit und bürokratischen Abläufe kommen gut in dem Buch von Gottfried Meinhold: „Der besondere Fall Jena. Die Universität im Umbruch 1989-1991“ zum Ausdruck. Es ist aus seiner Perspektive als einer der neuen Prorektoren ab 1990 (für die Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften) der Friedrich-Schiller-Universität Jena geschrieben, der auf einen schnellen Prozess der Evaluierung und Erneuerung drängte (Meinhold 2014: 163)

An der Berliner Humboldt-Universität wurde durch die Entscheidung des Berliner Senats im Dezember 1990 die Abwicklung von sechs Fächern, darunter die Sektion für Geschichtswissenschaft, zu der auch die Ethnographie und die Ur- und Frühgeschichte zählten, beschlossen. Dies bedeutete das Auslaufen der Verträge ohne Kündigung zum 30.09.1991. In den Gesetzen des Berliner Senats wurden Struktur- und Berufungskommissionen als Instrumente der Reform festgelegt. Eine zuvor versuchte Erneuerung von innen mit universitätsinternen Kommissionen scheiterte, da es den Kommissionen nicht gelang, die Verstrickungen von Universitätsangehörigen und dem Ministerium für Staatssicherheit ausreichend zu problematisieren (vgl. Brinkel 2012: 200f). Für jeden Fachbereich setzten sich die Kommissionen jeweils aus drei Professor*innen aus den alten Bundesländern und/oder dem Ausland zusammen, drei Professor*innen oder Dozent*innen der Humboldt-Universität zu Berlin, einem*einer von der Humboldt-Universität zu Berlin nominierten akademischen Mitarbeiter*in sowie einem*einer Student*in. In ihrer Besetzung unterschieden sich diese Kommissionen von denen des fast ausschließlich mit westdeutschen Vertreter*innen besetzten Wissenschaftsrates, der ab Oktober 1990 die Mitarbeiter*innen der Akademie evaluierte (ebd.: 198f).

Methling (2015: 26ff) thematisiert die Verfahren der *personellen Erneuerung* an der Universität Rostock.⁶⁵ Er selbst war Ersatzmitglied der Ehrenkommission, die das Verhalten der Mitarbeiter*innen beurteilte und prüfte, ob ein außerordentlicher Kündigungsgrund nach Einigungsvertrag vorlag. Darunter fielen Verstöße gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit bzw. die Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit. 6248 Personen wurden durch die Ehrenkommission bewertet, dabei wurden ca. 250 IM⁶⁶ ermittelt.⁶⁷ Die Ehrenkommission und Gremien setzten sich unter anderem aus Kolleg*innen, die in verantwortlichen Positionen in der Politik, insbesondere Hochschulpolitik, der DDR mitgewirkt hatten, aber nicht Mitglieder der SED waren, zusammen. Diese standen vor der schweren Aufgabe, die Leistungen und fachliche Qualifikation bzw. Eignung ihrer ehemaligen und zukünftigen Leiter*innen und Kolleg*innen zu bewerten.

Methling stellt nicht die Evaluierung an sich infrage, sondern kritisiert deren Durchführung. Er stellt zunächst fest, dass die Überprüfung der persönlichen politischen und menschlichen Integrität von Hochschullehrer*innen und Mitarbeiter*innen nicht überraschend, sondern folgerichtig, erwartet und notwendig war. Die Verfahren wurden auf Grundlage des Einigungsvertrags, Hochschulerneuerungsgesetzes und Überleitungsverordnung durchgeführt. Das Rechtsstaatsprinzip

⁶⁵ Vgl. zum Thema Personalentscheidungen und Personalentwicklung auch Bachmann (2015).

⁶⁶ IM steht für *Inoffizieller Mitarbeiter* des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR.

⁶⁷ Statistiken zu Ergebnissen der Ehrenkommission und zur Übernahme/Nichtübernahme von Hochschullehrer*innen und habilitierten Mitarbeiter*innen siehe Methling (2015: 32).

der „Unschuldsvermutung“ wurde laut Methling in diesen neu geschaffenen Regelungen jedoch in eine „Schuldvermutung“ umgewandelt, da Fehlverhalten im Regelfall nicht festgestellt, sondern vermutet wurde, ohne Kolleg*innen und Student*innen über das tatsächliche Verhalten der Betroffenen als Hochschullehrer*innen und in ihren Funktionen befragt zu haben (ebd.: 33). Unabhängig vom Ergebnis habe die Durchführung der Verfahren „eine unerhörte Demütigung von menschlich integren und fachlich qualifizierten Hochschullehrern und Mitarbeitern“ dargestellt (ebd.).

Ebenso kritisiert Methling die Bewertung der fachlichen Eignung durch Gutachter*innen aus den alten Bundesländern, da sie aus Unkenntnis gar nicht in der Lage gewesen seien, diese zu beurteilen oder sich von Vorurteilen haben leiten lassen. Durch die Verfahren sei es zu einem unschätzbaren Verlust von Mitarbeiter*innen und Potenzialen für die Universität und die neuen Bundesländer gekommen. International und national anerkannte Wissenschaftler*innen wurden teilweise durch Nachfolger*innen ersetzt, die nicht dieselbe wissenschaftliche Leistung nachweisen konnten, erfolgreiche Strukturen und Teams wurden zerschlagen (ebd.: 34). In dieser unsicheren Zeit verließen so manche freiwillig die Universität. Als sozial ungerecht bezeichnet Methling die Nichtanerkennung von Dienstzeiten mit Auswirkungen auf die Gehälter nach der Wiedervereinigung und Nötigung zur Annahme von niedriger dotierten Planstellen. Daraus resultieren geringere Rentenansprüche, die sich bis heute auswirken (ebd.).

Brinkel (2012: 198) spricht davon, dass die Vereinigung der beiden Wissenschaftssysteme krisenhafte Störungen im Osten verursachte. Durch die Abwicklung wissenschaftlicher Institutionen wurde die bisherige wissenschaftliche Leistung abgebrochen. Wichtige Stimmen aus der bundesdeutschen Wissenschaft und Politik, wie der damalige Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, forderten, die DDR-Institute auf keinen Fall zu übernehmen. So wurde Personal entlassen und nur zu einem kleinen Teil wieder eingestellt. Für die DDR-Wissenschaftsorganisation galt die Arbeitsplatzsicherheit und die mit der gesamtstaatlichen Personaleinsatzplanung zusammenhängende geringe Mobilität der einzelnen Wissenschaftler*innen als charakteristisch (Brinkel 2012: 206). Die Umstellung auf das neue, nach westlichen Maßstäben funktionierende Wissenschaftssystem fiel besonders älteren Wissenschaftler*innen schwer. In der Gruppe der von Brinkel befragten Volkskundler*innen ließen sich deshalb einige vorzeitig pensionieren oder forschten privat weiter. Die Jüngeren standen aber unter dem Druck, ihre Existenz zu sichern und sich gänzlich neu zu orientieren, entweder in der Wissenschaft oder auch außerhalb: „Die ostdeutsche Wissenschaft transformierte sich in ein nach westdeutschen Maßstäben funktionierendes Wissenschaftssystem, an dem letztlich viele ostdeutsche Akteure scheiterten.“ (Brinkel 2012: 207f). Ähnliches stellt Koffer (2009: 354f) in den Erzählungen der von ihr befragten

ostdeutschen Berliner Wissenschaftler*innen fest. Unabhängig von Generations-, Geschlechts- und akademischer Positionszugehörigkeit beschrieben ihre Gesprächspartner*innen das Gefühl, durch die hohe Geschwindigkeit der Umbrüche in allen Lebensbereichen und die gleichzeitige mangelnde Beteiligung an Entscheidungsprozessen, überfordert gewesen zu sein. Weiterhin schilderten sie eine fehlende Bereitschaft zur Zusammenarbeit seitens der neuen Kolleg*innen aus der BRD, durch die zwangsläufig parallele Milieus von Ost- und Westdeutschen entstanden seien.

Im Zuge der hier beschriebenen Hochschulerneuerung wurde der Status des Mittelbaus grundsätzlich verändert, was vor allem Frauen traf bzw. trifft. In der DDR konnte solch eine Stelle im Mittelbau auch eine Lebensstellung sein, der Frauenanteil lag bei etwa 40 % (Baume/Felber/Röhl: 1995: 99). Das Verhältnis von befristeten zu unbefristeten Stellen war ca. 20% zu 80%. Diese Relation sollte laut Baume/Felber/Röhl (ebd.) umgekehrt werden. Gerade der Mittelbau sei von den massiven Verdrängungsprozessen und Verteilungskämpfen im Umstrukturierungsprozess der Hochschulen betroffen gewesen. Durch die harten Kämpfe aufgrund von Reduzierung und Befristung, seien diese zumeist auch zuungunsten der Frauen ausgegangen, die sich zum Teil in die Verwaltungsstellen ohne wissenschaftlichen Anspruch trotz hoher Qualifikation und in $\frac{1}{2}$ oder $\frac{2}{3}$ Stellen fügten (vgl. ebd.). Baume/Felber/Röhl (ebd.) problematisieren außerdem, dass aus dem Abbau des Mittelbaus resultierende Verhältnis von Lehre und Forschung. Da die Stellung im Mittelbau nur noch ein Durchgangsstadium auf dem Weg zur Professur sei, zählten für berufliches Weiterkommen in erster Linie Publikationen und Kongresse, wohingegen die Lehre und Arbeit mit Student*innen für diesen Aufstieg fast ohne Relevanz bleibe. Kriszio (1995: 86) weist ebenso auf den Effekt der Veränderungen der universitären Personalstruktur für Frauen hin. Zwar habe es eine einigermaßen faire Behandlung der Frauen in den einzelnen Personalkategorien gegeben, da es jedoch kaum noch unbefristete Positionen unterhalb der Ebene der Professuren gebe, habe sich ihre relative Position im Hochschulwesen verschlechtert. So gebe es nun weniger Frauen in dauerhaft gesicherter Position als früher (ebd.).

Der Begriff der „Erneuerung“ kann also als euphemistisch bezeichnet werden. Noch weitergehend ist der Meinungsstreit, ob es sich bei der Umformung des ostdeutschen Wissenschaftssystems im Zuge der Wiedervereinigung nicht um eine „Kolonialisierung“, anstelle einer „Erneuerung“ handelte. Für die These der Kolonisierung spricht laut Ash (1998: 229f) die Übertragung des westdeutschen Universitätssystems, das kurz zuvor noch als krisenhaft bezeichnet wurde, plötzlich aber als das einzige mögliche galt, ohne Innovationsversuche vor Ort oder mögliche Vorzüge einzelner Aspekte des DDR-Systems zu berücksichtigen. Dennoch lassen sich seiner Meinung nach viele Aspekte der Umgestaltung auch zutreffend als „Erneuerung“ beschreiben. Gegen die unkritische Verwendung des Begriffs „Erneuerung“ sprechen laut Pasternack (1999: 24) die

massenhafte Frühverrentung von Akademiker*innen, die mit dem Systemwechsel wieder eingeführte finanzielle Elternabhängigkeit studierender Erwachsener, der Abbau berufsbegleitender Fernstudienkapazitäten, die systemübergreifende Wirksamkeit akademischer Patronage- und Protektionsmechanismen, die tendenzielle Verringerung von Frauenbeschäftigung im Wissenschaftsbereich oder die Zurichtung wissenschaftlicher Fragestellungen auf die Nachfrage am Drittmittelmarkt. In den folgenden Unterkapiteln stehen die Bewertungen der von mir befragten Akteur*innen hinsichtlich der *sogenannten Wiedervereinigung der Wissenschaften* (C.: Interview 2017a) im Mittelpunkt.

3.2 Wie wird die Evaluierung erinnert und bewertet

Meine Interviewpartner*innen waren auf unterschiedliche Weise vom Prozess der Evaluierung betroffen. So wurden einige nur bewertet, andere waren auch Teil der Kommissionen, die Kolleg*innen bewerteten. Zwei Personen waren nicht direkt betroffen, da sie zu dem Zeitpunkt noch studierten bzw. promovierten. Die Thematisierungen der Evaluierung umfassen ein Spektrum von zurückhaltender Erzählung bis zum Schildern einer schmerzhaften Erfahrung. Die Evaluierung als eine Etappe des Systemumbruchs wird ambivalent beurteilt, einerseits als notwendig und nachvollziehbar, andererseits aber auch als ungerecht.

Frau E. (Interview 2017) erinnert die Evaluierung an der Sektion „Wissenschaftlicher Kommunismus/Soziologie“⁶⁸ an der Universität Leipzig:

„... dass an unserer Sektion [...] Professoren nicht bleiben konnten. Es gab eine Evaluierungskommission und dann eine Gründungskommission. Sie haben einfach, egal wie gut die Leute waren, ob sie gut oder schlecht waren, gemeint: Professoren bleiben nicht! [...] Im Falle von Manfred Kossok, der international bekannt war und eben auch in Spanien, in Italien, in Frankreich wichtige Kollegen hatte, gab es da eine internationale Opposition gegen diese Attitüde der westdeutschen Evaluationskommission. [...] Zunächst wurde man evaluiert, auf politische und auf akademische Tauglichkeit. „Politisch“ bedeutete erst einmal, nichts mit der Stasi zu tun gehabt zu haben, und akademisch waren die Definitionen sehr subjektiv, nach dem Motto: ‚Naja, wenn sie sich jetzt irgendwie ideologisch umkrepeln, dann werden die schon nochmal was zustande bringen‘.“

Auf meine Nachfrage im zweiten Teil des Gesprächs präzisiert Frau E., die zu der Zeit der ersten Evaluationsrunde 1991 nicht in Leipzig war, sondern sich mit einem Stipendium für ein halbes Jahr in Kolumbien befand:

„[...] Zum Beispiel mussten die Leute zur Evaluierung ihre Schriften mitbringen. Ein Kollege hat mir erzählt: ‚Ich hab sie abends reingebracht mit einem Strick umwickelt und am nächsten Morgen sagt mir der Evaluator, dass das, was ich geschrieben hatte, der größte Scheiß und kommunistisch indoktriniert sei, und ich sehe, dass der Evaluator den Strick überhaupt nicht aufgemacht hatte.‘ [...] Meinem Doktorvater, wo klar war, dass er sich politisch immer bekannt und gesagt hätte, ok ja, ich war DDR-treu und Mitglied der SED. Da waren sie aber zu feige, ihm das so zu sagen, dass sie ihn aus politischen Gründen rausschmeißen und wollten ihm weismachen, dass er akademisch nichts taugt. Und dann hat ihn einer [...] negativ evaluiert und zwar einer der **nicht** wusste, dass Honduras **nicht** in Südamerika liegt. [...] Oder ein anderer Kollege von mir, der zu Italien gearbeitet und zum Historischen

⁶⁸ Diese Sektionen wurden generell abgewickelt. Vergleiche hierzu den Beschluss des Ministerrats der DDR in Meinhold (2014: 373), vgl. auch Kehm (2015).

Kompromiss promoviert hatte (das ist in den 70er Jahren die Strategie der IKP gewesen, mit den Christdemokraten zusammen zu arbeiten, das galt damals als Eurokommunismus und Renegatentum. Es war also sehr mutig, in der DDR darüber zu schreiben (lacht kurz auf). Die westdeutschen Evaluatoren haben dazu gesagt: ‚Ach naja, wer zur Kommunistischen Partei schreibt und so, taugt ja gar nicht.‘ Dabei haben auch im Westen Leute zu Kommunistischen Parteien promoviert.“⁶⁹

Frau E. wurde nach ihrer Rückkehr evaluiert, zu einem Zeitpunkt, wo *vielleicht, die größte Aufregung und die größte Wut und der größte Antikommunismus schon etwas, etwas verraucht waren*. Zu einem früheren Zeitpunkt unseres Gesprächs hatte sie bereits auf einen zu spürenden Antikommunismus Bezug genommen: *[...] also wenn man davon ausgeht, dass der Chef der Evaluierungskommission [...] nach Leipzig gekommen war und gesagt hat, er ist Antikommunist und wird dafür sorgen, dass alle Kommunisten hier rausfliegen. Der Witz war, es waren fast 100 % Kommunisten (lacht)*. Frau E. ist aufgrund ihres Auslandsaufenthaltes nicht vor die Evaluierungs- sondern zweimal vor die Gründungskommission gegangen:

„Die Gründungskommission war eine größere Kommission als die Evaluierungskommission mit einem sehr ... das muss ich sagen, [...] viel klügeren und faireren Kommissionsvorsitzenden. Die Mitglieder dieser Kommission, die irgendwie weiter über den Tellerrand als die puren Antikommunisten schauten, waren schon etwas entkrampfter [...] Ich habe damals zwei Fragen bekommen [...] eine Frage war, ob ich bei der Stasi war [...] Na und dann haben Sie gefragt: ‚Wenn Sie jetzt bleiben könnten, was würden Sie denn inhaltlich machen?‘, Und da war mir auch etwas eingefallen und ich habe sie (insofern) wahrscheinlich irgendwie überzeugt.“

Frau C. (Interview 2017) erinnert die Zeit der Evaluierung an der Akademie der Wissenschaften in Berlin aus der Perspektive einer Doktorandin, die nicht selbst evaluiert wurde, sondern nur „dabei saß“:

„Ja, das ist so eine Erinnerung, die ich fast vollständig ausgeblendet habe. [...], die sind ja Bereich für Bereich durchgegangen. [...] und ja, das war sehr, sehr merkwürdig, also ich fand's wirklich sehr [...] (seufzt) Ich fand's abartig. Ich fand's völlig daneben. Wie sich gestandene Wissenschaftler, meine Kollegen, bis hin zu Karl-Heinz Schöneburg und deswegen erwähne ich das immer, dass der dann Verfassungsrichter war, in dem neuen Land Brandenburg, das heißt, er war eine Koryphäe, wie die sich da rechtfertigen mussten, was sie machen, wie Kinder, also die wurden wirklich degradiert [...] Ich musste da nichts sagen, ich wurde da nicht angesprochen, ich saß nur dabei, aber die anderen Kollegen/Kolleginnen, die waren ja auch alles promovierte Leute und Schöneburg war Professor. Mussten sich da halt **rechtfertigen** für irgendwas [...] Dann kam nur irgendwann die Nachricht, dass das ganze Institut negativ evaluiert worden ist und das heißt, es wird abgeschafft. Das war so eine schreckliche Stimmung zu der Zeit, das war ja eine Zeit der absoluten Dekonstruktion [...] die Situation war absolut grotesk. Ja, grotesk wäre schon der richtige Ausdruck. [...] Es war wirklich eine schlimme Zeit. [...] weil viel Kreativität vernichtet wurde und weil [...] die Wiedervereinigung ja unter diesen bekannten Machtverhältnissen ablief und [...] an den Universitäten war das besonders schlimm [...] Das war einfach mal eine völlige Vernichtung der intellektuellen Elite in der DDR. [...] Ich hab das einfach nicht mehr ertragen und ich hab ja mich dann sehr stark auf meine Dissertation konzentriert und wollte mit dem Drumrum möglichst wenig zu tun haben.“

Es gab auch andere Evaluationserfahrungen, wie die von Herrn M. (Interview 2017), der die Bewertungen als *kollegial* und *menschlich nett* empfand. Trotzdem beschreibt er die Erfahrung auch als *zwiespältig* und *unangenehm*, da es sich nicht um einen *herrschaftsfreien Diskurs* handelte.⁷⁰

Die evaluierenden Personen bestimmten über das Schicksal der zu evaluierenden, und diese stellten

⁶⁹ Ein anderes Beispiel für (subtile) kritische Wissenschaft, die von den westdeutschen Evaluatoren nicht als solche, sondern im Gegenteil, als Systemtreue gedeutet wird, liefert Staszak in Herms/Methling/Pade (2015: 113).

⁷⁰ Auch die Personen, die nicht viel über ihr persönliches Erleben der Evaluierung sprachen und sie als gerechtfertigt empfanden, stimmen in ihren Wertungen dahingehend überein, dass sie diese Erfahrung als *nicht so sehr angenehm* (S.: Interview 2017) oder *keine besonders schöne Sache* (K.: Interview 2017) bezeichnen.

sich Fragen nach der grundsätzlichen Berechtigung und fachlichen Kompetenz der Kommissionsmitglieder. Herr M. beschreibt die Evaluierung darüber hinaus als ein ausgedehntes, umfassendes Phänomen, das auch bei informellen Kontakten mit Westdeutschen auftrat. Die Nachfragen, was man denn in der DDR gemacht hätte und warum man nicht abgehauen sei, dieser ständige Begründungszwang ging nur in eine Richtung.

Die Evaluierung wurde aber auch aus inhaltlich-wissenschaftlichen Gründen als gerechtfertigt⁷¹ angesehen, so spricht Herr K. (Interview 2017) von einem *relativ aufgeblähten Wissenschaftsapparat* an den Lehrstühlen der DDR:

„[...] Es gab eine ganze Reihe von Leuten, die hatten jahrelang nichts mehr publiziert. Die haben politisch irgendwie gearbeitet oder irgendwelche Lehrarbeit gemacht oder irgendwas, alles ehrenhaft. Aber was den Anspruch des Bereichs Kossok betraf, des Lehrstuhls Kossok, international führend zu sein, das war – egal mal jetzt wie man das inhaltlich beurteilt – das war marxistische Revolutionsgeschichte – aber der Anspruch war da. Die gaben sich ja die Klinke in die Hand, um Kossok zu sehen. Die Westkollegen und international zu publizieren und mit den Publikationen, also mit der wissenschaftlichen Produktion, auch mit an der Spitze zu sein, ja? Und das, *das gab es eher selten*. Zu DDR-Zeiten, es gab ‘n paar gute Leute, aber ... DDR-Geschichte war sehr politisiert ... Geschichte des sozialistischen Weltsystems war extrem politisiert.“ (ebd.)

Der eingeschränkte Zugang zu Studium und Stellen an der Universität der DDR sowie herrschende *Seilschaften* (S. Interview 2017) rechtfertigen ebenso die Evaluierung. Frau S., die ihre wissenschaftliche Laufbahn in der DDR verfolgte, ohne Mitglied der Partei zu sein, wurde kurz vor der Evaluierung, gerade weil sie nicht parteigebunden war, zur stellvertretenden Direktorin eines Zentralinstituts ernannt:

„Aber dann kam die Wende und das war alles sehr spannend, insofern als ich dann von den andern gebeten wurde [...], da konnt' ich mich auch nicht verweigern, dass ich stellvertretende Direktorin dieses Zentralinstituts wurde. Die wollten gerne jemanden haben, der eben **nicht** parteigebunden war. Ja? Und da hatte ich plötzlich 180 Mitarbeiter quasi, ich hab gesagt: ‚Ich kenn die doch auch gar nicht alle.‘ ‚Nein, das ist ja grad das Gute!‘ Also es gäbe keine entsprechenden, na Seilschaften, wie man das so nannte, nicht wahr? So. Und dann wurde ja aber die Akademie aufgelöst. Ich hab das im Einzelnen vergessen, muss ich sagen. [...] wir waren evaluiert worden, ob wir in der Wissenschaft auch wirklich was leisten. [...] und da haben die dann eben entschieden, wer eben wirklich als Wissenschaftler ok ist oder wer sich da nur durchgeschlaucht hat.“ (ebd.)

Herr N. (Interview 2017) führt die Studien- und Stellensituation in der DDR an:

„Gerechtfertigt ist es dahingehend, weil das Studieren können in der DDR eben eine exklusive Situation war [...] und nicht als eine von vielen Ausbildungsmöglichkeiten in einer arbeitsteilig organisierten Gesellschaft verstanden wurde. Die Besetzung der Stellen folgte dabei im Sozial- und kulturwissenschaftlichen Bereich ähnlich wie heute nicht unbedingt dem Leistungsprinzip. Während in der DDR jedoch oft einem zentralstaatlichen und einem ideologisch vorgegebenem Index zu genügen war, wird die Stellenverteilung heute durch mehrere korporative Gruppen reguliert, die aus der Gesellschaft selbst heraus gewachsen sind. Man könnte sagen, dass gut organisierte Klientele ihre Kandidaten viel eher auf die entsprechenden Positionen lancieren, als wenn man als unabhängiger Kandidat antritt.“

Andererseits, wie schon bei Frau. E. und Herrn M. deutlich wurde, bemängelt auch Herr N. (ebd.) die begrenzte fachliche Kompetenz der Evaluierenden, sowie die begrenzte Kenntnis des DDR-Kontextes:

„Ich hatte nie eine Stelle im Wissenschaftssystem der DDR und war daher von den Evaluierungen nicht betroffen. Ich kenne die Materie weder aus persönlichem Erleben noch aus meinem Arbeitsumfeld. Ich glaube aber, dass es bei

⁷¹ Zum Thema generelle Zustimmung zum Evaluierungsprozess, doch mit Kritik am Ablauf vgl. Methling (2015: 115).

diesem Prozess ganz sicher zu Fehlentscheidungen gekommen ist, weil die Leute, welche die Evaluierung vornahmen, nicht mit den Dynamiken und Widersprüchen der DDR-Gesellschaft vertraut waren und oft kein Raster besaßen, wonach sie hier außer nach einer offensichtlichen Anstellung bei der Staatssicherheit eigentlich evaluieren sollten. Es gab eben keine wirkliche Opposition in der DDR. Genau dieser Prozess fand aufgrund des diktatorischen Charakters des politischen Systems nicht statt. Anstelle der politischen Farbigkeit gab es ein unendliches Spektrum an Grautönen, wobei die Schattierung über das Maß an Konformität bzw. die politische Position entschied. So etwas wird von außen schnell übersehen. Ich hatte lange Zeit nach dem Ende der Evaluierungen die Gelegenheit, mich mit einem der Evaluierenden zu unterhalten, der mir genau diese Perspektive bestätigte. Ich kann mir außerdem gut vorstellen, dass es bei der Neubesetzung von Stellen neben der Entlassung von politischen Altkadern der DDR auch um den Abbau der akademischen Arbeitslosigkeit in den alten Bundesländern ging. [...] Obwohl es für die Evaluierenden sicher schwierig gewesen ist, mit dieser Mehrschichtigkeit umzugehen, denke ich, dass die Evaluierungen insgesamt gerechtfertigt waren. Ich möchte nicht wissen, nach welchen Kriterien und mit welchen Methoden die DDR bei einem anderen Ausgang des Kalten Krieges den bundesdeutschen Wissenschaftsbetrieb evaluiert hätte.“

Einige der Angehörigen der Akademie der Wissenschaften in Ostberlin, mit denen Bednarz im Zeitraum von 1990-91 informelle Gespräche führte, sahen die Evaluierung von einem Interessenkonflikt geprägt: die Evaluatoren evaluierten Konkurrent*innen im Kampf um Ressourcen in einem wiedervereinigten Deutschland (vgl. Bednarz 2017: 94f). Ebenso thematisierten fast alle meiner Interviewpartner*innen, welche Chance auf Stellen der Vorgang der Evaluierung für westdeutsche Wissenschaftler*innen bot.⁷² So ist von einer *irren Möglichkeit* die Rede, die sich im Osten aufgetan habe, da all diese Professuren vakant wurden. Eine *Chance*, die die Westdeutschen, gerade diejenigen, die gerne eine Professur gehabt hätten, jedoch erfolglos geblieben waren, *ergreifen* wollten (dabei wird immer auch auf Ausnahmen hingewiesen). So wird erfahrene Missgunst gegenüber den Ostdeutschen, die auf den Stellen saßen, erklärt. Die Entlassungen, die durch die Evaluierung legitimiert sein sollten, dienten demnach auch dazu, die große akademische Arbeitslosigkeit, die es im westdeutschen Teil Deutschlands gab, abzubauen. Es habe sich um einen *Wahnsinnszusammenbruch* des Wissenschaftssystems in Ostdeutschland gehandelt, eine *Jobbörse* für westdeutsche Akademiker*innen, in deren Kontext auch *Systemnähe* in den Kämpfen um Professor*innenstellen instrumentalisiert worden sei.⁷³ Instrumentalisiert insofern, als dass es in anderen gesellschaftlichen Bereichen, in denen Ostdeutsche auf Stellen übernommen wurden, keine Rolle gespielt habe. Dieser Vorgang könne als eine *Eroberung* interpretiert werden, die darauf hinausgelaufen sei, das ganze Wissenschaftssystem eines Staates zu delegitimieren und disqualifizieren, um dann die Stellen mit eigenen – westdeutschen – Leuten zu besetzen.⁷⁴

Dabei garantierte auch eine positive Evaluierung keine dauerhafte Übernahme auf eine Stelle. Es gab zwar zahlreiche üppig finanzierte, jedoch kurzlebige, Programme, die für den Übergang gedacht waren (vgl. M.: Interview 2017). Die Erfahrungen mit dem

⁷² Der folgende Abschnitt beruht auf Aussagen aus fünf verschiedenen der von mir geführten Interviews, die ich jedoch bewusst nicht konkret zuordne.

⁷³ Ähnliche Meinungen sind auch bei Steinbach (2005: 275) zu finden.

⁷⁴ Vgl. dazu auch Bachmann (2015: 41).

Wissenschaftlerintegrationsprogramm veranschaulichen die Problematik. Mit diesem Förderprogramm finanzierte die Bundesregierung die Weiterbeschäftigung von positiv evaluierten Wissenschaftler*innen, unter anderem der Akademie der Wissenschaften der DDR, mit dem Ziel, dass diese nach dem Ende des vierjährigen Programms von den Hochschulen übernommen werden würden (vgl. Brinkel 2012: 220).⁷⁵

„Aber das ist bei keinem einzigen passiert. Die Hochschulen die haben natürlich da ihre eigene Politik betrieben, die haben jetzt in keiner Weise daran gedacht da irgendwelche Stellen offenzuhalten für irgendwelche Leute aus so einem WIP [...] ich meine sechs Jahre lang hat der Staat da wirklich viel Geld reingesteckt und das war nachher alles für umsonst. [...] Da gibt's sehr viele Geschichten wie Leute rausgedrängt wurden beziehungsweise wenn Leute, die auf Stellen saßen, positiv evaluiert worden sind, sie hätten weitermachen – **können**, mussten sie sich trotzdem auf diese Stellen neu bewerben. Sie mussten sich auf ihre **eigenen** Stellen neu bewerben und mit den Westkollegen konkurrieren.“ (C.: Interview 2017)⁷⁶

3.3 Erklärungsansätze für den erfolgreichen Verbleib in der Wissenschaft

Nachdem ich im vorherigen Unterkapitel dargestellt habe, wie meine Gesprächspartner*innen die Evaluierung individuell erlebt haben, steht in diesem Abschnitt unter 3.3.1 die Frage im Mittelpunkt, unter welchen Voraussetzungen ostdeutsche Akademiker*innen ihre wissenschaftliche Laufbahn in den Zeiten des Umbruchs fortsetzen konnten. Was erhöhte ihre Chancen? Diese Frage, die einer eigenen Forschung zugrunde liegen könnte, war nicht Teil meiner vorbereiteten Fragen. Sie wurde jedoch von einigen meiner Gesprächspartner*innen thematisiert. Ihre Thesen und Erklärungsansätze werden hier dokumentiert. Anschließend beleuchte ich unter 3.3.2 die langfristigen Auswirkungen der Evaluierung ostdeutscher Universitäten und Einrichtungen für nachfolgende Generationen.

⁷⁵ Informationen zu Implementierung und Bewertung im Abschnitt „Das Scheitern des Wissenschaftlerintegrationsprogrammes (WIP)“ in Brinkel (2012: 220-224). Von den ca. 1900 aufgenommenen Wissenschaftler*innen, wurden 65 am Ende der Laufzeit in universitäre Beschäftigungsverhältnisse übernommen (Koffer 2009: 355f).

⁷⁶ Diese Klausel, nur auf dem Wege eines formellen Berufungsverfahrens eine Stelle an der reformierten Humboldt-Universität zu Berlin einnehmen zu können, in Konkurrenz zu anderen Bewerber*innen aus neuen und alten Bundesländern sowie aus dem Ausland, fand sich in den Gesetzen des Berliner Senats („Ergänzungsgesetz zum Berliner Hochschulgesetz“ und „Hochschulpersonal-Überleitungsgesetz“) (Brinkel 2012: 199).

3.3.1 Bedingungen und Ressourcen für die Fortsetzung ostdeutscher wissenschaftlicher Werdegänge nach der Wende

Meine Interviewpartner*innen, die als ostdeutsche Wissenschaftler*innen auf einen Lehrstuhl berufen wurden, stellen die Ausnahme von der Regel dar. Deshalb ist es umso interessanter ihre wissenschaftlichen Werdegänge und Erklärungen über die Voraussetzungen für einen Verbleib im Wissenschaftssystem nachzuvollziehen und mögliche Ressourcen zu identifizieren, die ihnen halfen, ihre wissenschaftlichen Karrieren weiterführen zu können.

Wie im vorherigen Abschnitt bereits deutlich wurde, konnte bei der Evaluierung ein einziges Gespräch über die ganze weitere berufliche Karriere entscheiden. Einerseits fanden viele wissenschaftliche Karrieren hier ihr Ende: *Kein Akademiker ist verhungert, aber diese akademischen Karrieren sind in der Regel nicht unterbrochen, sondern abgebrochen worden* (M.: Interview 2017). Andererseits fanden viele ein Auskommen in anderen Bereichen, wie in der Versicherungsbranche, im aufkommenden Computer/IT-Bereich oder an privaten Bildungsakademien, aber auch in Stiftungen (vgl. M.; K.; E.: Interviews 2017). Das Spektrum reicht hierbei von 40-Stunden-Lehre im privaten Bildungsbereich bis zu Führungspositionen in Kultureinrichtungen (vgl. E.; C.: Interviews 2017).

Schon bei meinem ersten Treffen mit Herrn M. (persönliche Kommunikation 2017), einem Vorgespräch vor unserem eigentlichen Interviewtermin, äußerte er seine These, dass nur bestimmte Alterskohorten überhaupt eine Chance hatten, weiterhin im universitären Wissenschaftsbereich tätig zu sein. Es habe sich demnach um ein Generationenproblem gehandelt. Ab 55+ habe keiner eine Chance gehabt. Diejenigen zwischen 35 und 45 Jahren hatten Herrn M.s Meinung nach eine bescheidene Chance, da sie bereits ausgebildet, habilitiert und nicht zu alt gewesen seien. Für sie habe es ein Fenster gegeben. Die nächste Generation darunter sei hingegen vollkommen auf der Strecke geblieben. Das sei gerade das tragische gewesen, dass die jungen Leute, die zum Beispiel gerade eine Promotion begonnen hatten, keine Chance gehabt haben.⁷⁷

Dies wird auch von Frau E. und Herrn K. erwähnt, die ebenso den erworbenen wissenschaftlichen Qualifizierungsgrad zur Wendezeit als entscheidenden Faktor für den weiteren Werdegang identifizieren: *Was also bedeutete, dass man kein Prof sein durfte, aber auch nicht Doktorand, also*

⁷⁷ Herr M. (ebd.) bezieht sich nicht nur auf die Lateinamerikaforschung. Diese Schwierigkeiten seien über disziplinäre Grenzen hinweggegangen. Bezüglich des gemeinsamen Forschungsgegenstandes Lateinamerika gehen die Meinungen darüber, ob dieser einem Verbleib in der Wissenschaft eher förderlich oder hinderlich gewesen sei, auseinander. Einerseits äußerte Herr M. die These, dass es einen generellen Konjunkturabschwung in Ost wie West gegeben habe – Wissen zu Lateinamerika sei im Vergleich zu anderen Regionen weniger gefragt gewesen – der nicht dazu beigetragen habe, die eigenen Verbleibchancen zu erhöhen. Andererseits, führt Frau E. (Interview 2017) ins Feld, sei Lateinamerika als Gegenstand wenigstens noch erhalten geblieben, im Gegensatz zu anderen Themen, die z.B. das politische System sozialistischer Länder und die Rolle der Kommunistischen Partei in diesen betroffen haben. Die gebe es schließlich nicht mehr.

im Prinzip hatten eine Chance – nur Postdocs (E.: Interview 2017).⁷⁸ Herr K. (Interview 2017) sieht einen Vorteil darin, seine Qualifizierungsarbeiten noch unter DDR-Bedingungen abgeschlossen zu haben, da sich im Zuge der Wende und Wiedervereinigung massiv die Bedingungen änderten. Einerseits standen denjenigen, die im wiedervereinigten Deutschland unter den neuen wissenschaftlichen Bedingungen promovierten oder habilitierten, bisher eingeschränkte Reisemöglichkeiten, Archive und Konferenzbesuche offen. Doch gerade das löste auch Angst aus (ebd.). Auf meine Nachfrage, wie die geänderten Bedingungen denn ausgesehen haben (in diesem Fall für eine Habilitation), antwortete Herr K. (ebd.):

„Man musste die Projekte dann neu beantragen und dann musste man es erstmal bekommen und dann, wenn man es bekommen hatte, hat man also eben nicht mehr so relativ gemütlich und zuhause arbeiten können oder mal ins Archiv fahren – und die Leute konnten dann immer sagen: ‚Ich konnte sowieso nicht auf Reisen, also ich [...] mache nur hier in meinem engeren Umfeld‘ und dann ... führten sicher die neuen Konkurrenzbedingungen, die waren sicher eine schwierigere Sache, also () wenn man die ganze, sozusagen die ganze Bundesrepublik West von den Instituten, die ähnlich arbeiteten, eben mit als Konkurrenten betrachten musste. Das war wahrscheinlich schwierig und das sie sich auf die neue (wie wollen wir sagen) Wissenschaftssprache einlassen mussten. Na vieles ist ja in der DDR so gewesen, dass man relativ genau wusste, man muss die ersten drei Seiten was über Marxismus erzählen. Egal, wie man das gemacht hat, ich hab‘s immer relativ ernsthaft betrieben, weil Marx ein paar interessante Sachen über Lateinamerika geschrieben hat, aber viele haben es eben nur noch formularmäßig gemacht. Und die mussten sich dann eben als dann die neuen Bedingungen waren, mussten sie sich auch wirklich (auf) was anderes einlassen und das muss man erstmal begreifen, was da so alles ist, ja, die ganze, man muss ja die gesamte Historiographie und Geschichte der Bundesrepublik aufarbeiten und des weiteren ‚Westens‘ – vor allem Frankreich, Spanien, USA, Lateinamerika. Was man vorher nicht musste oder gar nicht an die neueste Literatur und die Archivbestände herankam. Was möglicherweise sogar ungerne gesehen war. Ich hab verschiedene Kolleg*innen gesehen, sogar zur deutschen Geschichte, die hätten es relativ einfach gehabt, ein Kollege hat gesagt (ich mach nix mehr hier), hab keine Lust mehr. Der hatte grade promoviert und gesagt, ich mach (hier nicht mehr mit). Jetzt kann ich nicht nur das machen, was wir hier sozusagen in unserm Topp immer gekocht haben, jetzt muss ich mich (sozusagen) an dieses ganze neue Zeugs gewöhnen und so, das will ich einfach nicht. Vor allen Dingen eine neue Sprache [...] Da gab es eine ganze Reihe von *Schwierigkeiten*.“^{79 80}

Frau E. sieht es dagegen auch als Vorteil für diejenigen, die einen Abschluss im neu etablierten System gemacht haben. Hier vermischt sich die formelle Ebene des Qualifizierungsgrades mit der Ebene der Wertschätzung von Abschlüssen und Wissen:

„Ich glaube der Makel, wenn ich es so ein bisschen sarkastisch sagen darf, war ja, die Dissertation noch in der DDR abgeschlossen zu haben. Wenn jemand noch nicht so weit gewesen war, war das besser. [...] Die Studienplätze wurden gerettet, es gab ja diesen Bestandsschutz für Studis, also nicht für uns als Lehrende, aber die Studis mussten ja Bestandsschutz haben, obwohl es das Fach Wissenschaftlicher Kommunismus zum Beispiel nicht mehr gab. Und die haben dann nahtlos weiter studiert, dann also Politikwissenschaft. Das war Anfang der 90er Jahre [...] Diese Studis waren nach ihrem Abschluss nicht mehr ‚belastet‘. Sie hatten dann den Abschluss in Politikwissenschaft nach der Wende. Aus ihnen ist dann auch etwas Gutes geworden. [...] Sie waren dann gewissermaßen ‚gedelt‘. Diese Jüngeren haben dann nicht mehr in der DDR promoviert, sondern schon in der Bundesrepublik. Sie sind dann quasi den normalen westdeutschen Weg gegangen.“ (E.: Interview 2017)

Die Anpassungsleistung, die hinsichtlich einer neuen Wissenschaftssprache und neuen Ansprüchen von ostdeutschen Akademiker*innen gefordert war, benennen meine Gesprächspartner*innen nicht

⁷⁸ In den Reihen meiner Interviewpartner*innen gibt es dahingehend allerdings auch ein Gegenbeispiel.

⁷⁹ Vgl. hierzu auch den Abschnitt „Herausforderungen für die ostdeutschen Volkskundler im vereinigten Wissenschaftssystem“ (Brinkel 2012: 218ff).

⁸⁰ Brinkel (2012: 219) erwähnt auch die besondere Herausforderung für ostdeutsche Akteur*innen bei für sie bis dato unbekanntem praktischen Prozessen im neuen Wissenschaftssystem, z.B. die Praxis des Antragstellens. Darauf weist auch Herr M. hin (Interview 2017).

als persönliche Schwierigkeit, sondern als generelle Problematik, die zum Scheitern vieler Karrieren führte. Herr N. (Interview 2017) betont, dass diese Anpassung aber auch den eigenen Bedürfnissen entsprach:

„Der Gegenhabitus, den man sich dann natürlich angeeignet hat, war hochgradig attraktiv und diente zunächst dazu, um in einer gewachsenen Gesellschaft kommunikationsfähig zu bleiben. Spätestens jetzt wollte jeder die Lebens- und Verhaltensformen imitieren, die im Westen offenbar so erfolgreich waren.“

Die Veränderungen lösten aber auch Angst aus, forderten sie eben eine gewisse Bewegungsfähigkeit und Eigenverantwortung der Menschen für die eigene Weiterbildung (vgl. ebd.).

Pasternack (1999: 376f) identifiziert Flexibilität als gemeinsames Merkmal derjenigen Ostdeutschen, die sowohl den Personalabbau als auch den Wettbewerb um die neu ausgeschriebenen Stellen erfolgreich überstanden. Diese unterteilt er in zwei Formen: in „kreative Beweglichkeit“ und „anpasserische Wendigkeit“, deren entscheidender Unterschied darin bestehe, dass sich die „Kreativ-Beweglichen“ gegebenenfalls ihre Möglichkeiten selbst suchen, während die „Anpasserisch-Wendigen“ die Möglichkeiten geboten bekommen müssen.

Als Beispiel für „kreative Beweglichkeit“ können die Auslandsaufenthalte gelten, die Frau E. Anfang und Herr M. Mitte der 90er Jahre jeweils in Form eines Visiting Fellowships absolvierten. Dies hatte in einem Fall eine positive Auswirkung auf die Übernahme in ein neu gegründetes Institut der Universität. Im anderen Fall bot der Auslandsaufenthalt die Möglichkeit, Abstand von der deutschen Wissenschaftspolitik zu gewinnen und sich wissenschaftlich zu orientieren (vgl. E.; M.: Interviews 2017). Diejenigen, die schon zu DDR-Zeiten über Privilegien – wie Reisemöglichkeiten oder Kontakte und Netzwerke – verfügten, konnten diese auch nach der Wende nutzen (vgl. Brinkel 2012: 215).

3.3.2 Fehlende ostdeutsche Netzwerke

In mehreren Interviews wird das Wegbrechen ostdeutscher wissenschaftlicher Netzwerke angesprochen und teils konkret darauf zurückgeführt, wie die Evaluierung vonstatten ging. Die Evaluierung hatte in dieser Hinsicht langfristige Auswirkungen. Die im vorigen Kapitel erwähnten veränderten wissenschaftlichen Bedingungen und die unsichere Stellensituation führten dazu, dass auch bzw. gerade junge Akademiker*innen aus dem Wissenschaftsbereich ausschieden. So gebe es auch heute laut Herr M. (Interview 2017) kaum ostdeutschen Nachwuchs an den Universitäten:

„[...] Also ich kenne einige, die in der Wendezeit an ihrer Promotion oder an der Habilitation saßen. Keiner hat sie beendet. Keiner hat sie beendet. Es gibt also keinen bzw. kaum wissenschaftlichen Nachwuchs aus dem Osten, der sich jetzt um eine Professur bewerben könnte. Und das ist eigentlich dann das Fatale, denn der Westprofessor, der

jetzt aus Frankfurt am Main oder aus Tübingen kommt, hat zwei Mitarbeiter – wo kommen die her? Aus Tübingen oder Frankfurt am Main. Manchmal gibt es auf einer halben Stelle hier noch einen von hier.“ (M.: Interview 2017)⁸¹

Auf meine Frage, warum gerade junge Leute in der Zeit des Umbruchs keine Chance hatten, erklärt Herr M. (ebd.):

„Weil in dieser Umbruchsphase die Institution wegbrach, konkret dieses Institut, wo Sie promovieren, das wird beendet. Andere gibt es nicht und das ist die eine, die formale Sache. Ihr Doktorvater stürzt irgendwo ab und versucht irgendwo Halt zu finden und sie selbst auch. Sie sind vielleicht 35, vielleicht verheiratet und haben ein Kind und jetzt ist die Frage, wovon wollen Sie sich ernähren? Da können Sie nicht sagen, ich schreib jetzt erstmal drei Jahre noch eine Dissertation und danach weiß ich nicht, ob ich eine Stelle bekomme. [...] Sie sind dann in irgendeine Weiterbildungsmaßnahme reingekommen und nach einem halben Jahr hatten Sie dann in einer Versicherung eine Stelle. Das war's. Und damit ist kein wissenschaftlicher Nachwuchs hier aus diesem Raum entstanden.“

Wie diese Schwierigkeiten, das Wegbrechen von Netzwerken und Fürsprecher*innen konkret aussehen konnten, zeigt der Fall von Frau E. (Interview 2017). Sie musste, wie viele andere, von einem unbefristeten Vertrag auf mehrere befristete umsteigen, um nach der Wende ihren Arbeitsplatz nicht zu verlieren. Sie bezeichnet es als *eigentlich juristisch dumm*, einen befristeten Vertrag unterschrieben zu haben, wo sie doch aus DDR-Zeiten einen unbefristeten hatte, doch ihr blieb, wie allen anderen in dieser Situation, keine andere Wahl, um überhaupt eine *Chance* zu haben und nach der Wende weiter tätig zu sein: *Hätte ich nicht unterschrieben, hätte ich auch nicht bleiben können*. Nach einem zwei x drei Jahresvertrag und einem Habil-Stipendium der DFG für weitere zwei Jahre schlossen sich 13 Monate Arbeitslosigkeit an, in denen sie keine Unterstützung bekam:

„Während es normalerweise im Westen so geht, dass der ‚Habilvater‘ oder auch der Doktorvater sich ein bisschen um den Fortgang seiner eigenen Leute kümmert und man ihn vielleicht auch mal anrufen kann, nach dem Motto: ‚Hilfst du mir mal?‘, war ich ganz auf mich alleine gestellt. [...] Man hatte als Ostdeutsche keinen ‚Stallgeruch‘, wie das so schön hieß. Nachdem mein Doktorvater aus dem Dienst entfernt worden war, war ich ja *auch niemand* mehr. [...] Als ich mich dann für Oxford bewarb, brauchte ich zwei Gutachten – und mein Doktorvater war schon rausgeflogen. Kossok war aber noch da und dann wandte ich mich an Kossok und der zweite Gutachter musste ein Westprof sein, ich kannte aber keinen Westprof (lacht) und Kossok kannte aber einen [...] und der hat mir dann für ein Exposé, das ich geschrieben hatte, ein Gutachten geschrieben. Das war auch eine Schwierigkeit, überhaupt jemanden zu finden, der für einen spricht, das heißt zum Beispiel bei Bewerbungen.“

Die Folgen der Evaluierung spürten letztendlich auch ostdeutsche Student*innen wie Herr N., der nach seinem Studium in Rostock und Leipzig ab 1991 am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin studierte. Hier zeigen sich die langfristigen Auswirkungen, die über die konkrete Evaluierungssituation hinausgehen:

„[...] ein großer Teil der Evaluierung hat sicher auch dazu gedient, die große akademische Arbeitslosigkeit abzubauen, die es bereits damals in der Bundesrepublik Deutschland gab. Die neuen Spezialisten und Würdenträger brachten in den ostdeutschen Raum ihre Netzwerke und Kandidaten mit, die natürlich alle in den alten Bundesländern gewachsen waren. [...] das hat sicherlich auch einen Einfluss darauf gehabt, dass es mir in Berlin schwergefallen ist, Zugänge zu solchen Netzwerken zu finden. Es sind eben **immer** westdeutsche Netzwerke

⁸¹ Hier nützten auch keine Ratschläge der Struktur- und Berufungskommissionen, wie der für Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität Berlin, an die neu berufenen Professor*innen, für Assistent*innenstellen möglichst viele Bewerber*innen aus den neuen Bundesländern zu übernehmen. Diese Aufforderung scheiterte, da viele westdeutsche neu berufene Professor*innen häufig ihre eigenen Mitarbeiter*innen mitbrachten (Brinkel 2012: 206).

gewesen, die mehr mit sich und ihrem Denken beschäftigt waren, als mit den Befindlichkeiten einer Minderheit, die dazugekommen ist.“ (N.: Interview 2017)

Herr N. empfindet in diesem Aspekt die Evaluierung, die er generell als gerechtfertigt ansieht, als Ungerechtigkeit:

„[...] weil hier keine ostdeutschen Netzwerke durch andere ostdeutsche Netzwerke ausgetauscht wurden, sondern eher sehr einseitig ostdeutsche durch westdeutsche Plattformen ersetzt wurden. [...] Das hat mich insofern betroffen, als dass es für mich schwerer war, mich hier verständlich zu machen und zu solch einem neuen Netzwerk Zugang zu finden.“ (ebd.)

Der Zugang zu neuen westdeutschen Netzwerken und damit die Möglichkeit zur Integration in die neue Wissenschaftslandschaft mit Aufstiegsmöglichkeiten gestaltete sich selbst für positiv evaluierte Personen oder ostdeutsche Student*innen schwierig, da mit dem Studium in der DDR eine andere Ausbildung durchlaufen worden war als in Westdeutschland. Die wissenschaftliche Sozialisierung in den beiden deutschen Staaten unterschied sich voneinander (vgl. hierzu Kapitel 2.2).

Anhand der Aussagen meiner Gesprächspartner*innen habe ich festgestellt, dass es sehr individuelle Konstellationen und Umstände waren, die ihren erfolgreichen Verbleib in der Wissenschaft ermöglichten. Trotzdem können einige Gemeinsamkeiten identifiziert werden, die ihnen einen Verbleib in der Wissenschaft erleichterten. Meine intuitive Annahme – je jünger, desto bessere Chancen – bestätigte sich dabei nicht. Das Alter und der erworbene wissenschaftliche Qualifizierungsgrad müssen zusammen betrachtet werden, wobei es sowohl von Vorteil sein konnte, einen bestimmten Abschluss noch unter den altbekannten Bedingungen erreicht zu haben, als auch über einen Abschluss zu verfügen, der schon der neuen gesamtdeutschen Norm entsprach. Als durchweg positive Ressource im „Überleben“ in der Wissenschaft können sicherlich die Auslandserfahrungen gelten, die schon zu DDR-Zeiten erworben wurden bzw. Anfang bis Mitte der 90er Jahre aufgrund des Systemumbruchs möglich wurden. Längere Aufenthalte an wichtigen ausländischen Universitäten waren im neuen „westlichen“ akademischen System, in dem Berufungen nach in den alten Bundesländern üblichen Auswahlkriterien erfolgten, anerkannt und vorausgesetzt, etwas an den es den meisten Wissenschaftler*innen aus der DDR mangelte (vgl. Bachmann 2015: 45).

3.4 Kapiteldiskussion

In diesem Kapitel ging es einerseits darum, Erinnerungen an die spezifische Situation der Evaluierung Raum zu geben. Dieses Thema fiel mir als emotionsgeladenes Querschnittsthema in meinen Gesprächen auf. Andererseits ist die Evaluierung vor allem hinsichtlich ihrer bis heute spürbaren Auswirkungen interessant und bedeutsam.

Wie in Kapitel 3.2 dargestellt, wird die Evaluierung von meinen Gesprächspartner*innen nicht als solche als ungerechtfertigt angesehen. Der Ablauf oder die Auswirkungen hingegen wurden teilweise als ungerecht empfunden. Dieses „sowohl als auch“ brachten mehrere zum Ausdruck. Die Evaluierung wurde einerseits als Ort von Systemauseinandersetzung – geprägt von Antikommunismus – wahrgenommen, andererseits wurde auch Offenheit, Neugierde und Kollegialität im Evaluierungsprozess beschrieben. Trotz dieser unterschiedlichen Wahrnehmungen, wird die Evaluierung generell als „unangenehme“ Erfahrung geschildert, in der die Bewertungen nicht immer transparent, die fachlichen Kompetenzen der „Evaluatoren“ nicht immer nachvollziehbar waren. Es handelte sich um eine Situation, die in einem Kontext von Machtungleichheit stattfand, in dem Interessen und sich unverhofft auftuende Karrierechancen für westdeutsche Wissenschaftler*innen eine Rolle spielten.⁸² In Kapitel 3.3 wurde deutlich, dass nicht nur eine negative Evaluierung zum Ausscheiden vieler ostdeutscher Akademiker*innen aus dem Wissenschaftsbetrieb führte. Gerade bei Jüngeren handelte es sich auch um selbst getroffene Entscheidungen angesichts beruflicher und ökonomischer Unsicherheit oder auch bezüglich der veränderten Bedingungen im Wissenschaftssystem. So wurden nicht nur auf der Ebene der Professor*innen ostdeutsche Netzwerke durch westdeutsche ersetzt, sondern es fehlt auch an ostdeutschem Nachwuchs.

Ich habe somit ähnliches herausgefunden wie Brinkel (2012: 235) in ihrer Studie: Obwohl es laut dem evaluierenden Wissenschaftsrat nicht darum gehe das bundesdeutsche Wissenschaftssystem auf die DDR zu übertragen, wird das von den betroffenen ostdeutschen Wissenschaftler*innen genau so empfunden. Brinkel (2012: 214f) stellt in ihrer Forschung starke Wahrnehmungsdifferenzen während der Phase der institutionellen Neukonstitution zwischen den Akteur*innen der DDR-Volkskunde und den abwickelnden westdeutschen Akteur*innen fest. So habe sich die Struktur- und Berufungskommission gemäß der westdeutschen Meinung bei der Neuberufung von Stellen nur an fachlicher Qualifikation orientiert, wohingegen die Ostdeutschen hier westdeutsche Seilschaften sahen (ebd.). Diese Wahrnehmungsdifferenzen tragen laut Brinkel dazu bei, dass die Betroffenen bis heute keine Aufarbeitung dieser Zeit initiiert haben, sondern weiterhin mit Tabus belegen.

Einerseits verhinderten fehlende international anschlussfähige Qualifikationen, auch ideologische und politische Belastungen sowie mangelnde Flexibilität eine schnelle Integration ins transformierte Wissenschaftssystem (ebd.). Andererseits war die strategische Wissenschaftspolitik unter vorrangig westdeutscher Prägung laut Brinkel offensichtlich: vorhandene westdeutsche Netzwerke wurden genutzt, um ostdeutsche Wissenschaftslandschaft mit westdeutschen Wissenschaftler*innen zu besetzen. Integrationsprogramme schlugen laut Brinkel auch deshalb fehl, weil der Bruch und die

⁸² Vgl. auch Erfahrungen in Steinbach (2015: 67ff u.a.)

Unterschiede hinsichtlich wissenschaftlicher Tätigkeiten, karrierebezogener Strategien und Flexibilität zwischen Ost- und Westdeutschland zu groß war. Für einen Großteil von den von Brinkel (ebd.: 245) untersuchten volkskundlichen Akteur*innen gilt, dass sie sich entweder in anderen Berufsbildern etabliert haben oder seit dem Beginn der 1990er Jahre prekäre Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft durchlaufen.

Bednarz (2017: 231f) bezieht sich unter anderem auf Bourdieu, um sich die Machtbeziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland, insbesondere ihrer Intellektuellen, anzusehen und zu verstehen, wie die Evaluierung der Akademie und ostdeutscher Universitäten durchgeführt wurde. Er stellt fest, dass die Entwicklung unterschiedlicher Felder und Habitus in beiden deutschen Staaten die Vereinigung auf Augenhöhe unwahrscheinlich machte. Seine Analyse von Feld und Habitus im Sinne Bourdieus führt zur Erwartung, dass die westdeutsche Regierung die Ostdeutschen nicht als Gleiche behandeln konnte. Sie mussten stigmatisiert und als unterlegen definiert werden, wenn das westdeutsche Machtfeld die dominante Kraft war. Bednarz führt die Zerstörung der ostdeutschen Forschungs- und Universitätslandschaft auf die ungleiche Machtverteilung zwischen West- und Ostdeutschen zurück (ebd.: 237). Zusätzlich nutzt Bednarz die Stigma-Theorie von Erving Goffman, um die Beziehungen und Interaktionen zwischen West- und Ostdeutschen zu charakterisieren. In diesem Sinne bezeichnet er die Art und Weise, in der viele Westdeutsche die ganze Bevölkerung der DDR definierten, als sie in die Bundesrepublik absorbiert wurde, als Stigmatisierung. Dieses Stigma war präsent in der Art wie die Ostdeutsche intelligentsia von vielen ihrer westdeutschen Peers empfangen wurde (ebd.: 240f).

Der Fokus, den Bednarz auf die Machtbeziehungen zwischen West- und Ostdeutschland richtet, ist hilfreich, um die von Brinkel erwähnten Wahrnehmungsdifferenzen zwischen West- und Ostdeutschen auch als Ergebnis der unterschiedlichen Verortung in einem Machtgefüge einzuordnen.

Auch wenn unterschiedliche Erfahrungen gemacht wurden, steht der Titel des Kapitels „*Evaluationserfahrung*“ im Singular, da es sich um eine Erfahrung handelt, die (fast⁸³) alle DDR-Wissenschaftler*innen machten, die aber auch über das Wissenschaftsmilieu hinaus bis in den Alltag reichte und einem allgegenwärtigen Rechtfertigungsdruck gleichkam. Dieser Rechtfertigungsdruck, dem immer nur die eine Seite unterliegt, spiegelt die herrschenden Hierarchien und ungleiche Machtverteilung wider. Westdeutschland ist die Norm, die nicht markiert und nicht infrage gestellt wird, Ostdeutschland hebt sich davon als „das Andere“ ab. Ähnliche Erfahrungen dürften auch Ostdeutsche gemacht haben, die nicht im akademischen Bereich

⁸³ Nicht alle haben sich evaluieren lassen und ihre Unterlagen eingereicht. Mir ist jedoch nicht bekannt, wie viele Personen das betrifft.

beschäftigt waren. So wie die „Wende“ laut Lorek (2016: 125) nicht nur eine historische Zäsur darstellt, die mit dem politischen Ende der DDR und des sozialistischen Ostblocks eingeleitet wurde, sondern auch zum Ausdruck der individuellen und dennoch kollektiv geteilten Erfahrungen wurde, die mit diesem Transformationsgeschehen einhergingen, kann auch die *Evaluationserfahrung* als eine geteilte bzw. kollektive Erfahrung der Ostdeutschen bezeichnet werden.

4 Die Deutung und Bewertung der eigenen Wissenschaftskarriere

Wie im vorherigen Kapitel deutlich wurde, fanden viele Akademiker*innen aus der DDR außerhalb der Wissenschaft eine Stelle. Laut Herrn M. (Interview 2017) dienten die ABM⁸⁴-Projekte und Weiterbildungen dazu, *die Eliten der DDR, auch die akademischen Eliten, irgendwie einzufangen, damit die nicht irgendwo sitzen und irgendwas ausbrüten*. Das sei gut gelungen, da ein Großteil sozial *ganz gut gelandet* sei und *ganz gute Karrieren*, zum Beispiel in Versicherungen und Banken gemacht hätte. Nur eben nicht in ihrem eigentlichen Beruf, was über disziplinäre Grenzen hinweg kaum möglich war. Dieser ökonomischen Sicherheit wird jedoch fehlendes (berufliches) Glückseligkeit gegenübergestellt:

„Das waren Versicherungssachen, aber auch andere Sachen. Die waren damit nicht immer glücklich, wo sie waren, aber sie waren sozial sehr gut versorgt. Gut, nicht sehr gut.“ (M.: ebd.)

„Also, im Prinzip bin ich mit einigen meiner DDR-Arbeitskollegen immer noch gut befreundet und die lachen sich natürlich tot über mich und mein Gehalt als Professorin, also denen geht's heute ökonomisch als Finanzmakler zum Beispiel richtig gut. Was nicht heißt, dass sie glücklich sind. Denn sie hatten ihren Beruf und die Wissenschaft ja geliebt.“ (E.: Interview 2017)

In diesem Kapitel geht es darum, wie Veränderungen und Brüche im eigenen Lebenslauf gedeutet und integriert werden. Die Verarbeitung und Integration von Brüchen, zum Beispiel durch Systemwechsel, stellt einen wesentlichen Bestandteil der Identitätskonstruktion dar (vgl. Obertreis/Stephan 2009: 33). Besonders thematisiert wird dies unter 4.1. Im nächsten Kapitel 4.2 steht eine Karriere im Mittelpunkt, die für beide Systeme (DDR und wiedervereinigtes Deutschland) ungewöhnlich war, während in 4.3 Diskriminierungserfahrungen von Ostdeutschen im akademischen Kontext abgebildet werden. In jedem Unterkapitel stehen Erfahrungen und Deutungen jeweils einer meiner Gesprächspartner*innen im Mittelpunkt, die mir in den jeweiligen Gesprächen besonders aufgefallen waren und die ich als Hauptthemen identifizierte. Abschließend gehe ich unter 4.4 besonders auf den Gender-Aspekt ein.

4.1 Zwischen geradlinigen Verläufen und mehrfachen Brüchen

Im Sammelband „Erinnerung nach der Wende. Oral History und (post)sozialistische Gesellschaften“ (2009) stellen Obertreis und Stephan (2009: 33) fest, dass postsozialistische Subjekte nicht nur einen einzigen Bruch im Lebenslauf durch den Systemwechsel nach den Wenden erfahren haben, sondern häufig verschiedene Brüche erlebt haben, die sie in ihre Identitätskonstruktionen integrieren. Bei einer biographischen Erzählung stellt die erzählende Person Kontinuitäten her, die es ihr ermöglichen, sich selbst als identisch zu erleben. Laut Jureit

⁸⁴ Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

(2009: 88) wird die Vorstellung eines kontinuierlichen Daseins gebraucht. Brüche, Umorientierungen und Veränderungen kann es durchaus geben, sie müssen sich nur als sinnvoll darstellen lassen. Erinnerungen finden in den bisherigen Identitätswurf Eingang, sofern sie passen bzw. werden passend gemacht (ebd.).

Da die Wende und deutsche Wiedervereinigung wichtige gesellschaftliche Ereignisse darstellen, wird oft implizit davon ausgegangen, dass diese Eingang ins kollektive Gedächtnis der Deutschen gefunden haben und dementsprechend in der autobiografischen Betrachtung des eigenen Lebens eine Rolle spielen (vgl. Lorek 2016: 126). Lorek, die sich mit den Fragen beschäftigt, welche Rolle die Wiedervereinigung in der narrativen Konstruktion der Lebenserfahrungen Ostdeutscher spielt und wann die „Wende“ Teil einer autobiographischen Erzählung ist und wann nicht, kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass Ereignisse wie die „Wende“ nicht per se sinnhaft für die eigene Lebensgeschichte sind (ebd.: 129). Ihre Studie zeigt, dass Gesprächspartner*innen die Wende dann in eine Stegreiferzählung einbinden, wenn sie mit persönlich erlebten Umbruchereignissen zusammenfällt, wie im Fall von Arbeitslosigkeit oder einem Arbeitsstellenwechsel als Folge der Wiedervereinigung. War dies nicht der Fall und tauchten identitätsverändernde Ereignisse erst nach 1990 auf, wurde die Wende in der Regel nicht als auslösender Faktor für diese persönlichen Umbrüche gesehen. Auf Nachfrage räumten die meisten Interviewten der Wende eine wichtige Rolle in ihren Leben ein, aber nur insofern sie als Sammelbegriff für sämtliche Transformationsprozesse dieser Zeit verstanden wird (ebd.: 138).

Ich ging bei meiner Forschung davon aus, dass die Wende und deutsche Wiedervereinigung einen Bruch bzw. Einschnitt darstellt. Mir wurde von einer (westdeutschen) Dozentin geraten, nicht davon auszugehen, um meine Perspektive nicht von vorneherein zu verengen. Schließlich muss sich dieser Systemwechsel nicht mit einem individuellen Bruch decken. In einem Gespräch mit einer (ostdeutschen) Dozentin wiederum wurde dieser Moment nicht in seiner Eigenschaft als Zäsur infrage gestellt, so wie ich es intuitiv ebenso wenig tat. Ich ging letztendlich von einem Bruch im allgemeinen Sinne aus, schließlich gingen hier ein System und ein Staat in kurzer Zeit unter. Das heißt jedoch nicht, dass es in den individuellen Biographien nicht auch andere Momente gibt, die persönlich als sehr viel relevanter wahrgenommen werden.

Ich selbst habe in meiner Fragestellung nicht das Konzept von Bruch/Brüchen aufgeworfen und in diesem Sinne vorgegeben. In zwei Gesprächen tauchte das Wort „Bruch“ gar nicht auf, weder auf die eigene Biographie bezogen, noch auf die Wendezeit an sich oder hinsichtlich der Abwicklung von Institutionen. Das (Nicht)Vorhandensein eines Wortes ist natürlich per se nicht aussagekräftig und bezeugt oder widerlegt nicht das Vorhandensein einer Kategorie, die mit diesem Wort betitelt werden könnte, aber zwischen den Zeilen deutlich wird. Obwohl in diesen beiden Gesprächen nicht

von einem Bruch oder Brüchen die Rede war, wird in den Schilderungen deutlich, dass die Wende und deutsche Wiedervereinigung sehr wohl als Zäsur, Umbruch und Zeit der Unsicherheit empfunden wurde. Trotzdem ist es interessant, dem Ausdruck „Bruch“ nachzugehen. Drei Personen benutzen die Wörter *Brüche*, *Umbruch*, *Umbruchzeiten*, *Zusammenbruch* (alter Institutionen) und *Abbruch* (von Karrieren und institutionell). Interessant sind die Varianten *Wahnsinnszusammenbruch* (von Stellen) und *Totalabbruch* (institutionell, bezogen auf den Standort Rostock). Sie werden jedoch nicht auf die persönliche Biographie bezogen, sondern vor allem auf die Abwicklung der Institutionen, dienen also der Charakterisierung der Wendezeit an sich. Nur zwei meiner Gesprächspartner*innen benutzen das Wort „Bruch“ in Bezug auf ihren eigenen Lebenslauf. Dies geschah auf ganz unterschiedliche Weise. Zum einen ist da Herr K., der sich nach einer Berufung als Professor in Ostdeutschland auch erfolgreich auf eine Professur an einer westdeutschen Universität bewarb. Für ihn gibt es in seiner Biographie keinen institutionellen Bruch, dafür einen wissenschaftlich-inhaltlichen:

„Was sich insgesamt geändert hat zwischen DDR inklusive Wiedervereinigung und dann also neue Bundesrepublik [...] wie soll ich das sagen, also in der wissenschaftlichen Biographie sehr viel, in der institutionellen Biographie nur so viel, dass ich im Grunde in Leipzig wie in Köln hätte arbeiten können ... Ja, also, eigentlich nichts. [...] Also ich habe mich da nie ganz groß drum bemüht, aber ... mehr oder weniger – ich weiß gar nicht, ob man da kontinu(ierlich) sagen kann – gewachsen, ... die institutionellen Brüche sind ja sozusagen durch Ortswechsel markiert. [...] Nein, also insofern institutionell ist kein großer Bruch ... Wissenschaftlich ist nur dieser fundamentale Wandel von einer eher soziologisch-marxistischen revolutionshistorischen Geschichtsperspektive, einem revolutionshistorischen Ansatz globalgeschichtlich zu einer extrem archivbasierten Mikrogeschichte [...]“ (K.: Interview 2017)

Von meinen Gesprächspartner*innen nehmen drei auf den geradlinigen wissenschaftlichen Werdegang von Herrn K. Bezug und grenzen ihre eigenen Werdegänge als schwieriger und widersprüchlicher davon ab. Im Gegensatz zu Herrn K. ist Herr N.s wissenschaftliche Biographie, auf die ich im folgenden Abschnitt näher eingehe, von mehreren starken Brüchen durchzogen.

Der Self-Made-Amerikanist⁸⁵

Herr N. sieht berufliche Brüche in seinem Leben durch verschiedene Faktoren bedingt, wie durch die cultural turns in den Wissenschaften, die digitale Revolution, die Liberalisierung des bundesdeutschen Sozialstaates, der veränderten Arbeitsmarktsituation sowie der Gründung einer eigenen Familie. Der politische Umbruch von der DDR zur Bundesrepublik stelle dabei, aufgrund seines damaligen jugendlichen Alters, nur ein Kriterium unter anderen dar.

Seine wissenschaftliche Karriere wäre in der DDR unterbunden worden, während Herr N. im wiedervereinigten Deutschland die Freiheit hatte, wissenschaftlich zu arbeiten, wenn auch nicht als „Vollzeitwissenschaftler“ mit fester Stelle. So unterrichtet Herr N. heute hauptberuflich Spanisch, ist aber auch weiterhin wissenschaftlich tätig. Nach der Wende entschied er sich bewusst dafür,

⁸⁵ Diese Selbstbezeichnung und alle Zitate in diesem Abschnitt stammen aus dem Gespräch mit Herrn N. 2017.

nochmals zu studieren (vgl. dazu Kapitel 2.2), obwohl er sein auslaufendes Studium 1991 an der Universität Rostock hätte abschließen sollen. Dies stellte in gewisser Hinsicht einen Nachteil dar:

„Meine Interessenschwerpunkte, Ausbildungswege sowie die dabei erreichten Altersstufen haben nicht mit den westdeutschen Lebensläufen korrespondiert. Das hat dazu geführt, dass ich in der Bundesrepublik keine wissenschaftliche Karriere durchlaufen habe. Oft sind dabei die thematische Mehrschichtigkeit und die Andersheit des Nachdenkens als mangelnde Fachlichkeit wahrgenommen worden. Eine gezielte Förderung hat es, von Ausnahmen abgesehen, kaum gegeben. Ich hätte trotz sehr guter Leistungen aber auch in der DDR weder ein Promotionsstipendium erhalten noch eine wissenschaftliche Laufbahn einschlagen können, sondern sollte im weiteren Ausbildungsverlauf aufgrund ideologischer und kaderpolitischer Kriterien durch einen anderen Kollegen ersetzt werden. Im Unterschied zur DDR gab es für mich in der Bundesrepublik jedoch immer die Freiheit, am Rand oder außerhalb des institutionalisierten Wissenschaftssystems wissenschaftlich arbeiten zu dürfen. In der DDR wäre das undenkbar gewesen. Solch ein Versuch hätte gewiss kein gutes Ende genommen [...]. In der Bundesrepublik sind dagegen solche Biographien wie die meine lebbar.“

Vor diesem Hintergrund verortet Herr N. die unterschiedlichen Brüche in seiner Biographie vor und nach dem politischen Umbruch. Der *viel tiefere Bruch* hätte für ihn dabei in der DDR gelegen, da er dort zwar das für ihn karriere- und kaderpolitisch sowie fachlich interessante Studium der Lateinamerikawissenschaften beginnen durfte, nach Studienende jedoch nicht in einem damit verbundenen Tätigkeitsfeld hätte arbeiten dürfen. Schon während seiner Ausbildung sei er aus nicht leistungsbezogenen Gründen zurückgestuft worden:

„Genau wird man dies nie sagen können, da diese Entscheidungen nicht öffentlich waren und ein Großteil der Akten angeblich in der Rostocker Bezirksdirektion der Stasi verbrannte. Solche Entscheidungen waren ja immer geplant und trugen aufgrund der allgemeinen Politisierung der Gesellschaft auch dann politischen Charakter, wenn sich der Betreffende wie ich nicht ‚im Widerstand‘ befand. Ich habe dann davon profitiert, dass die DDR durch die Leipziger Proteste eher ans Ende geriet, als ich mit meinen gewagten Ausbildungs- und Tätigkeitsplänen. Dieses Szenario war nicht zu erwarten, das Gegenteil wäre der Normalfall gewesen.“

Der berufliche Bruch in der Bundesrepublik trage für ihn hingegen einen anderen Charakter, da er einen unter mehreren Brüchen darstelle und stark von eigenen Entscheidungen beeinflusst gewesen sei. Außerdem habe sich die gesamte ostdeutsche Region in einer Umbruchsphase befunden, die viele selbst gebastelte Lebenswege hervorbrachte, welche zuvor undenkbar gewesen wären.

„Bitter war daran, dass ich auch in der Bundesrepublik mit einer sehr langen und gründlichen Ausbildung, die ich zudem mit sehr guten Resultaten in allen Bereichen abgeschlossen hatte, überhaupt keine Arbeit fand und (in) kein berufliches oder wissenschaftliches Förderprogramm kam. [...] Als andere nach Studienende ihre Referendariate oder Assistenzen antraten, habe ich als Plakatkleber auf der U2 angefangen zu arbeiten. Nach mehreren Gelegenheitsjobs bin ich später bei der Jewish Claims Konferenz als historischer Rechercheur angestellt worden [...], jedoch ohne die Perspektive auf eine berufliche Weiterentwicklung zu haben.“

Trotz dieser Schwierigkeiten, wissenschaftlich Fuß zu fassen, bot das wiedervereinigte Deutschland im Gegensatz zur DDR die Möglichkeit, zunächst auch ohne Förderung und Fürsprache, wissenschaftlich tätig zu sein. So habe sich Herr N. zu einer Art ‚*Self-Made-Amerikanisten*‘ gewandelt und organisierte im Rahmen seiner Promotion die allermeisten Arbeitskontakte in der Region seiner Feldforschung selbst, bevor er später die Unterstützung des DAAD in Form von Promotions- und Auslandsstipendien gewann. Seine ersten beiden Ausgrabungen finanzierte er wiederum weitgehend aus eigener Tasche. Auch wenn es aufgrund der Forschungsregion und -themen oft nur mit großer Mühe möglich war, über die wissenschaftlichen Netzwerke in der

Bundesrepublik selbst zu publizieren, konnte Herr N. mit Hilfe des DAAD und des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten in seiner Arbeitsregion viele Texte in Spanisch veröffentlichen. Zwar sei dieses weitgehend unabhängige Vorgehen auch im sozialwissenschaftlichen Bereich der Bundesrepublik ungewöhnlich gewesen, in der DDR wäre es aber laut Herr N. ganz sicher kriminalisiert worden.

Bei der Einschätzung seines beruflichen Lebensweges spielt für Herr N. die *doppelte Sozialisierung/Kulturalisierung* in der DDR und in der Bundesrepublik eine große Rolle (vgl. hierzu Kapitel 5.3.). Vor diesem Hintergrund nimmt er seine ‚Patch-Work Karriere‘ eher als Erfolg denn als Scheitern wahr. So beurteilt Herr N. seinen wissenschaftlichen Werdegang und die darin enthaltenen Brüche wie folgt:

„Um noch einmal den großen Bogen zu spannen: Ich habe weder in der DDR noch in der Bundesrepublik eine wissenschaftliche Karriere verfolgen können. Ich habe aber in der Bundesrepublik die Möglichkeit gehabt, wissenschaftlich zu arbeiten und war dabei auch als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Museumsbereich tätig. [...] Meine beruflichen Brüche sind weniger aus dem Wechsel von der DDR in die Bundesrepublik zu erklären, sondern viel eher mit dem Umstand verbunden, dass es weder für die Lateinamerikawissenschaften der DDR noch für die Altamerikanistik ein fest umrissenes Berufsbild gab bzw. gibt. In meinem Fall kann eigentlich gar nicht von einem beruflichen Bruch geredet werden, da ich mich in der DDR noch in Ausbildung befand und dort eine wissenschaftliche Biographie einfach nicht stattgefunden hätte. Dagegen habe ich aber an der FU Berlin mein DDR-Studium völlig unkompliziert in ein Studium der Altamerikanistik, Ethnologie und Politikwissenschaften überleiten können. Es ist in meinem Fall daher eher von einer selbst gewählten Kontinuität als von einem Bruch zu sprechen. Wenn es einen beruflichen Bruch gibt, und derer gibt es mehrere, dann sind das für mich alles bundesdeutsche Brüche, die mit der DDR keine direkte Verbindung mehr aufweisen.“

Im vorausgegangenen Abschnitt geht Herr N. darüber hinaus, den politischen Systemwechsel nicht als entscheidenden Bruch darzustellen, sondern, bezogen auf seine Entscheidung, seine Studien an einem neuen Ort, der FU Berlin, fortzusetzen, als *selbst gewählte Kontinuität*. Gleichzeitig ist der politische Systemwechsel dahingehend von herausragender Bedeutung, da er es Herr N. erst ermöglicht, eine wissenschaftliche Laufbahn zu verfolgen. Die *bundesdeutschen Brüche* können dann auch gerade vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen in der DDR, sinnstiftend in eine wissenschaftliche Identität des *Self-Made-Amerikanisten* integriert werden.

4.2 Ungewöhnliche Karrieren

In vier von sechs Gesprächen thematisierten meine Gesprächspartner*innen, dass die eigenen wissenschaftlichen Karrieren nicht geplant waren oder strategisch verfolgt wurden. Dies wird ganz unterschiedlich erklärt, einerseits wird auf die Herkunft aus einer Professorenfamilie verwiesen und darauf, diesen Bildungsweg, familiären Hintergrund und Status als normal anzusehen, andererseits auf entgegengesetzte politische Umstände, unter denen eine Karriere aufgrund von politischen Gründen wie Parteiferne gar nicht vorgesehen war (vgl. Interview K., S. 2017). Häufig wird das inhaltliche wissenschaftliche Arbeiten als vordergründig dargestellt und der eigene (positive)

Karriereverlauf zwar auf eigene Leistungen und Durchsetzungsvermögen zurückgeführt, aber auch stark als von Zufall und Glück bestimmt wahrgenommen:

„Ich bin wahrscheinlich die Einzige, die im Wissenschaftlichen Kommunismus promoviert hat und heute Professorin für Politikwissenschaft ist (lacht auf). Dass ich das geschafft habe ist sicher **auch** Zufall, das heißt so eine Mischung von Kämpfen, sich durchsetzen, neuen wissenschaftlichen Ideen und eben vielleicht auch ein bisschen glücklicher Zufall.“ (E.: Interview 2017)

„[...] ich hab mir da keine Gedanken über eine Strategie gemacht. Ich hab ja überhaupt nicht [...] überlegt, wo will ich denn da mit mal hin. [...] Praktisch der Misserfolg auf der einen Seite, irgendwo einen Job zu kriegen, führte dann zum Erfolg in der Forschung (lacht), aber da hab ich überhaupt keine strategischen Überlegungen angestellt, welches Thema wär‘ jetzt mal angesagt, sollte ich jetzt mal die Region wechseln, [...] die Zeit wechseln – überhaupt nicht, also für mich hat das eine Thema mich zum nächsten gebracht. [...] Ich hab aber lange gedacht, dass mir das zum Nachteil gereicht. Da ich nicht strategisch überlegt hab, war mir nie klar, dass das der richtige Weg war. Das war sicher auch von Zufall abhängig. [...] und dann war das so ein glatter Weg wie ich’s mir eben nie vorgestellt habe. Da ging einfach **alles** glatt.“ (C.: Interview 2017a)

Nicht-Genosse und Ossi⁸⁶

Der wissenschaftliche Werdegang von Frau S. scheint nur oberflächlich betrachtet zu den geradlinigen zu zählen, wenn sich an akademischen Graden und Positionen orientiert wird. Selbstverständlich war ihre Karriere keineswegs, weder in der DDR als *Nicht-Genosse*, noch im wiedervereinigten Deutschland als *Ossi*. Wiederholt macht sie in unserem Gespräch deutlich, dass es ihr nie um die Karriere, sondern immer um die inhaltliche wissenschaftliche Arbeit ging:

„[...] denn **ich** war nicht in der Partei, aus Haltungsgründen und aus familiären Gründen, für mich kam die SED nicht in Frage, dementsprechend kam klar – nicht in Frage Karriere, Karriere hat mich **nie** interessiert. Und das gab’s ja auch nicht für Nicht-Genossen [...] und es war sehr schwierig, als Nicht-Genosse wie gesagt, da war’s so, ich hatte meine Nische [...] Und da kam’s eben drauf an, dass man das Beste draus machte und das bedeutete grundsätzlich also schon ein Nischengebiet, was nicht grade mit Hurra anzugeben war, dann nicht in der Partei und dann noch ‘ne Frau. So, da muss man – besser sein – also sich wirklich vornehmen zu arbeiten. Besser sein als die andern. [...] Für mich war eben immer sehr spannend auf dem Gebiet zu arbeiten, für mich geht’s immer um die Sache! Und ich wäre **nie** auf die Idee gekommen, Karriere machen zu wollen! [...] Aber für mich war ja Karriere überhaupt nicht vorgesehen. Denn ich hatte mich politisch entschieden, ich geh‘ nicht in diese Partei. Auch aus familiären Gründen. So. Ja? Und das ist mir aber eigentlich auch geblieben, mir ist es eben bis heute nicht wichtig ... dass ich dann also wie gesagt Professor wurde, war mehr – Zufall.“

Expertin für ein bestimmtes Gebiet zu sein, hat aber auch den Vorteil des Alleinstellungsmerkmals. Frau S. bekam als Spezialistin für ihr Gebiet Einladungen ins Ausland und verfügte, obwohl sie geschieden war, als Reisekader über die Möglichkeit zu reisen und die DDR mit ihrer wissenschaftlichen Leistung im Ausland zu vertreten. Da sie ihre zwei Töchter daließ, war man sich sicher, dass sie zurückkehren würde. Als *Nicht-Genosse* hatte sie aber auch Nachteile gegenüber Kolleg*innen. So wurde sie beispielsweise bei einer Gehaltssteigerung nicht berücksichtigt, mit langfristigen Auswirkungen auf die Rente.⁸⁷ Auch das Thema Stasi taucht an einer Stelle des Gesprächs auf:

⁸⁶ Diese Selbstbezeichnung und alle Zitate in diesem Abschnitt stammen aus dem Gespräch mit Frau S. 2017.

⁸⁷ Dies wird insofern relativiert, indem sie davon ausgeht, dass so etwas heute unter anderen Vorzeichen sicher genauso passiert.

„Und was die DDR anbetrifft, ich hab nicht denen die Hucke vollgelogen, sondern dann hab ich geschwiegen. Sie wussten ja, ich bin nicht in der Partei, ich bekenne mich dazu nicht. Und ich hatte ja eben schon Schwierigkeiten überhaupt zum Studium zu kommen, weil ich nicht in der FDJ war und so [...] Ich hab bestimmt ‘ne Akte in der Stasibehörde, denn wir mussten ja immer nach unsern Reisen auch einen Bericht schreiben. Und da durften wir uns keinen Durchschlag behalten. Da kann man schon sehen wie sowas lief, nicht wahr? [...] Und ich mein, das ist so, ich hab mir die Stasi-Akte nicht angeguckt; einfach weil ich sagte, du hast jetzt 20 Jahre oder so neben den Kollegen gegessen. Du hast dich schon immer zurückgehalten. Aber wenn du jetzt auch für jede Sache da vielleicht liest, dass die festgestellt haben, du hast dies oder du hast jenes, das möcht‘ste nicht, es ist so furchtbar. Jemand, der nachträglich manches erfuhr, hat mir gesagt, es war‘n doch nicht so viele in diesem Rostocker Institut, die Stasi-Mitarbeiter war‘n, als wir sogar gedacht haben. Aber dieses Institut hieß im Volksmund ‘die rote Burg‘. Nicht das Institut für Marxismus-Leninismus, sondern dieses Institut, nicht wahr? So und wie gesagt, dann stellte sich aber heraus, dass der eine oder andere, bei dem man’s nicht so ganz genau gewusst hatte, der war auch Stasi, ja, aha. Also das war so unangenehm, dass ich gesagt habe: ich guck mir das nicht an.“

Nach der Wende rieten Kollegen Frau S., sich auf eine freie Professur genau zu ihrem Gebiet an einer West-Universität zu bewerben. Woraufhin sie entgegnete: *das ist doch ‘n Quatsch. Also ‘n Ossi, der Begriff kam ja damals auf **und** noch ‘ne Frau. Das wird doch nie was.* Doch sie erhielt die Stelle. Beim Antritt derselben trat zutage, wie sich die beiden deutschen Wissenschaftssysteme in ihren Praktiken auch in kleinen Details unterschieden:

„Und dann hat mich der Verwaltungsleiter [...] ja – mächtig zusammengeschissen wie man auf (berlinisch) sagt. ‚(Na) Sie hätten doch verhandeln müssen!‘ Da konnt ich dann nur lachen und sagen: ‚Das hätten Sie einem Ossi aber auch vorher sagen müssen [...]‘. Ich hatte ja überhaupt keine Ahnung, was **verhandeln** heißt, und da hab ich gefragt: ‚Worum hätte ich denn verhandeln müssen?‘ ‚Naja, 20.000 DM für unsere Bibliothek und für ihr Dienstzimmer Gardinen.‘ Und da hab ich schallend gelacht und da ich Berlinerin bin mit ‘ner richtigen Schnodderschnauze, hab ich gesagt: ‚Ah (lacht auf)‘, sag ich, ‚also in meinem Zimmer brauch ich keine Gardinen [...], und wie Sie die 20.000 für die Bibliothek herkriegten, da müssen Sie mal selber sehen.‘ Also da kann man mal sehn was für Konflikte entstehen können, nicht wahr? Ich kam aus einem ganz anderen Bereich, also verhandeln über irgendwelche Geschichten? Ich hab‘s ja natürlich späterhin erlebt, wie sowas dann hin und her geschoben und verhandelt wird und was weiß ich alles, ich hatte keine Ahnung, nicht wahr?“

Frau S. bezeichnet sich als *Einzelkämpfer* und *Einzelpflanze*, in der DDR wissenschaftlich zu arbeiten als *ganz schön schwierige Schule*. Austausch gab es nicht, es musste immer alles gleich funktionieren und richtig sitzen. Doch gerade weil es so schwierig war und sie *kämpfen* musste, war sie auch leistungsstark. Die Professur im wiedervereinigten Deutschland bekommen zu haben, kurz bevor es aufgrund der Altersgrenze nicht mehr möglich gewesen wäre, da habe sie auch großes Glück gehabt. Abschließend, am Ende unseres Gesprächs, verweist Frau S. erneut auf die Besonderheit ihres wissenschaftlichen Werdeganges und grenzt sich von der heute herrschenden Karriere- und Konkurrenzkultur ab:

„Also es ist schon eigenartig, ja. Das war‘n – anderer Weg den ich gegangen bin, als andere, das war eben nicht so einfach. [...] Naja und heute dann hab ich immer gesagt, **da** wusste man aber wo der Feind sitzt, nämlich die Partei hat immer Recht und dementsprechend hat auch der Genosse immer Recht und wir **Nicht**-Genossen, was für‘n interessantes Wort, wir mussten sehn‘n, wie wir damit fertig werden, nicht wahr? Und heute, da weiß man nicht, wer einem den spitzen Ellbogen in den Rücken haut oder so. Das ist so. Karriere ist alles und da ich (lacht) davon verschont geblieben war, weil dies überhaupt nicht mein Thema war, seh ich natürlich die Welt auch ‘n bisschen anders. Wobei ich akzeptiere, dass die junge Generation sehen muss wie sie zurechtkommt. [...] Also – natürlich war‘s schwer erkämpft, war alles nicht so einfach, aber ich konnte es irgendwie machen, insofern ...“

4.3 Diskriminierungserfahrungen von Ostdeutschen im akademischen Kontext nach der Wende

Anlässlich des Kolloquiums „Abbrüche-Aufbrüche-Umbrüche“ in Rostock spricht Wolfgang Schareck (in Herms/Methling/Pade 2015: 14), Rektor der Universität Rostock, davon, wie phantastisch es gewesen sei, die enge Zusammenarbeit zwischen west- und ostdeutschen Kollegen zu erleben, als Anfang der 1990er Jahre zahlreiche Wissenschaftler*innen aus den alten Bundesländern zur Sicherung und Neustrukturierung des Lehrangebots Lehraufträge an ostdeutschen Universitäten übernahmen. In diesem Kapitel geht es um Erfahrungen, die im Kontrast dazu stehen, nämlich um Konflikte zwischen Kolleg*innen aus dem Westen und Osten im Kontext des Karrierekampfes im wiedervereinigten Deutschland.⁸⁸

Im Gespräch mit Frau E. ist der Kampf bzw. das Kämpfen (müssen), das nach der Wende notwendig wurde, um sich in der Wissenschaft im wiedervereinigten Deutschland zu behaupten, eine zentrale Kategorie. Sie taucht auch in anderen Gesprächen auf, in denen sie jedoch keine vergleichbare zentrale Stellung einnimmt. So spricht Herr N. (Interview 2017) an einem Punkt davon, wie er und seine Frau um die berufliche Integration in die westdeutsche Gesellschaft kämpfen mussten, in der bestimmte Studienabschlüsse nicht anerkannt wurden. Herr M. äußert sich ähnlich: *auch durch die Wendezeit hat man gelernt, zu kämpfen*. Er und Frau E. stimmen darin überein, in dieser Fähigkeit zu DDR-Zeiten nicht geschult worden und somit auf den Karriere- und Konkurrenzkampf im wiedervereinigten Deutschland unvorbereitet gewesen zu sein. Im Osten seien es die Menschen nicht gewohnt gewesen, für ihre eigenen Interessen zu kämpfen:

„[...] und das war eigentlich das Hauptproblem im Osten gewesen, dass die Leute, die Bevölkerung nicht wusste, wie sie für ihre Interessen kämpfen sollen. Sie waren – nicht kampferprobt, obwohl das ständig in Losungen war, sondern sie waren hilflos.“ (Herr M.)

„Ich musste mich in so einen Kampfmodus begeben. Aber in der DDR war ich nicht so sozialisiert worden. Wir haben dieses ständige Kämpfen nicht von Kindesbeinen an gelernt. Wenn du in der DDR zum Beispiel irgendwelche tollen Quellen hattest, hast du deinem Kollegen gesagt, willst du nicht mal sehen und der hat das dann auch mit mir so gemacht. Heute sagen sie aber: *psst, das ist meins*. Also es ist eben auch eine andere, irgendwie menschlich andere Geschichte gewesen. Nach der Wende dagegen musste sich man erstmal darauf einstellen, dass man nicht mehr geschützt wird.“ (Frau E.)⁸⁹

Die persönlichen Erfahrungen von Frau E. und Herrn M., die hier im Mittelpunkt stehen, nahmen in den jeweiligen Gesprächen sehr unterschiedlich Raum bzw. Zeit ein. Frau E. reißt die Thematik im narrativen Teil des Interviews an und erzählt ohne direkte Nachfrage im zweiten Teil ausführlich davon. Sie benennt ihre Erfahrung klar als Mobbing. Schon in der Interviewsituation deutete die

⁸⁸ Vorab sei darauf hingewiesen, dass Frau E. und Herr M., deren Erfahrungen in diesem Kapitel im Mittelpunkt stehen, sie als Ausnahmen darstellen und auch gegenteilige Erlebnisse erwähnen. Alle Zitate stammen aus den geführten Interviews 2017.

⁸⁹ In einer Studie mit Ost-Wissenschaftlerinnen wurde von vielen der Widerspruch zwischen wesentlich verbesserten wissenschaftlichen Kommunikationsbedingungen weltweit nach der Wende thematisiert, demgegenüber aber auch eine völlige Vereinzelung am konkreten Fachbereich (Baume/Felber/Röhl 1995: 93).

Erwähnung im narrativen Teil auf ein emotionales Thema. Im Falle von Herrn M. fiel mir das Thema hingegen zunächst gar nicht auf. Erst später merkte ich, dass sich Parallelen zu den Aussagen von Frau E. ziehen ließen. An verschiedenen Stellen im Gespräch gibt Herr M. kurze Kommentare, die jedoch insgesamt den Stress und die Mühen, die ihm die betreffende Situation bereitete, erahnen lassen. Diese Erfahrung wird von ihm als *Turbulenz; harte Auseinandersetzung* und *sehr stressig* umschrieben. Herr M. war in diesen Jahren einem Professor aus dem Westen zugeordnet, der *natürlich den großen Chef herabhängen lassen wollte [...], der versuchte mich zu seinem Hilfsarbeiter zu machen [...] der mich sogar drangsaliert hat*. Doch mit den Mitteln des Rechtsstaats und in wochenlangen Briefwechseln wehrte sich Herr M., bis die Universitätsleitung entschied, ihm wieder den Status eines unabhängigen Dozenten zu verleihen. Eine *Normalisierung* und ein *entspannteres Verhältnis* entstand für ihn dann erst mit der zweiten Generation von Professor*innen nach der Wende. Zum Abschluss unseres Gesprächs resümiert Herr M.: *Es war eine Ausnahme, aber wie das immer so ist bei Ausnahmen, ja, wenn sie einen selbst betreffen [...] Das war eine harte Zeit, aber ich habe es überstanden*.

Ossi und auch noch Frau⁹⁰

Wie ich bereits in den vorherigen Kapiteln (3.2 und 4.2) angedeutet habe, war auch der wissenschaftliche Werdegang von Frau E. keineswegs geradlinig, obwohl er in einer Professur für Politikwissenschaften mündete. Dieser Karriereverlauf schien jedoch zunächst durch die Wende und deutsche Wiedervereinigung wenig wahrscheinlich:

„Wenn man, also jetzt in meinem Falle, bei meiner Bewerbung las: Wissenschaftlicher Kommunismus, *ohgottohgottohgott*, in [...] studiert, *ohgottohgottohgott*, dann war man eine ganz Rote, und in der Partei war ich natürlich auch, also im Wissenschaftlichen Kommunismus waren das fast alle, *ohgottohgottohgottohgott* – es war also auch politisch für mich ein sehr, sehr harter Kampf, ich würde sagen ... auch deswegen (bin) ich heute krank, also nicht **nur** deswegen, aber auch, es hat ungeheuer viel Kraft und Psyche gekostet, immer ... gegen diese () Angriffe und Vorurteile zu kämpfen. Als Ossi musste man ja quasi dreimal so gut sein, wie ein Wessi, um wenigstens einigermaßen registriert zu werden... ich hab es schon erkämpft, war in Oxford und in [...], und ich glaube, ich war auch gar nicht schlecht, aber ich hatte auch ein bisschen Glück, dass es für mich diese Möglichkeiten wie zum Beispiel Oxford dann eben auch gab.“

Im Folgenden steht eine Erfahrung von Frau E. im Mittelpunkt, die ein Beispiel für die erwähnten Kämpfe ist, in denen die Differenzlinie West/Ost auch lange nach der Wende eine Rolle spielt. Frau E. war als wissenschaftliche Mitarbeiterin von 2001 bis 2008 an einem Institut in Westdeutschland tätig. Sie machte mich im ersten Teil des Interviews mit der Formulierung neugierig, dass es dort viele schlimme Sachen gegeben habe. Im zweiten Teil des Interviews schildert Frau E. detaillierter ihre Erfahrungen. Einleitend weist sie zunächst auf den gegenteiligen Fall hin, nämlich die Unterstützung durch westdeutsche Professoren, die ihr positive Einschätzungen schrieben, in denen

⁹⁰ Dieser Ausdruck und alle Zitate in diesem Abschnitt stammen aus dem Gespräch mit Frau E. 2017.

sie ihr Studium des Wissenschaftlichen Kommunismus in [...] sogar als „kosmopolitisch“ bezeichneten.

„Ich war also nun *aus dem Osten in den Westen* an ein hochdotiertes Forschungsinstitut gegangen, und ich hatte zunächst Angst oder die Vorurteile, die jeder Ossi hatte, der in den Westen ging, also ich war da nicht anders. Aber **ich** hatte mir gesagt: ‚[...] du **willst** dich da wohlfühlen! Und du **willst** es schaffen!‘ [...] Dann aber passierte Folgendes: Irgendwie hatte ich dann so viel Material und habe dann gesagt, ich würde eigentlich gern ein Buch schreiben, also statt nur einen Report und zusätzlich zur Habilitationsschrift noch ein weiteres, ganzes Buch. Ich wusste aber nicht, dass das ungewöhnlich war, also dass Bücher damals an diesem Institut nur geschrieben wurden, wenn es Dissertationen oder Habilitationen waren oder auch als Sammelbände **oder** vielleicht als Abschluss eines Projekts, aber nie so mal nebenbei, ein Buch als Monographie. Und ich habe das gemacht – und habe damit die Preise verdorben, denke ich mal [...] und dann wurde das Manuskript dort gegengelesen, was üblich war, was auch gut ist. Dann bekam ich das Manuskript zurück: Steht da zum Beispiel also dort, wo ich von ‚Oligarchie‘ [...] schreibe, die Bemerkung, ich solle doch endlich den Marxismus/Leninismus lassen. Wenn ich von Bündnissen schrieb, steht darin, ich solle doch endlich die Sprache der KOMINTERN, also der Kommunistischen Internationalen lassen. Dabei ist doch Bündnis ein ganz normaler Begriff. Oder ich habe lange Sätze geschrieben, das ist tatsächlich eine Schwäche von mir. Dann stand da die Bemerkung: ‚Sie schreibt so, weil sie so in der DDR sozialisiert wurde, weil man da ja nicht klar ausdrücken durfte was man dachte.‘“

Frau E. bewertet dieses Verhalten als Mobbing aus politischen Gründen entlang der Konfliktlinie West/Ost:

„[...] man muss dazu sagen, dass das [...] Institut ein Think Tank ist, der zumindest damals der SPD bzw. den Grünen nahestand, also eigentlich ja fortschrittlich war. Dort waren die ‚guten‘ Forscher, die aber (lacht) im Kalten Krieg auf der andern Seite als wir in der DDR waren⁹¹. Ich hatte durchaus kapiert, dass der Kalte Krieg nach der Vereinigung zu Ende war und dass es eben **dumm** wäre, ihn weiterzuführen. Sie aber haben ihn weitergeführt und sie mussten mir immer zeigen, dass alles, was ich mache, scheiße ist, bis hin zu dem Punkt, dass mir zwei Wochen vor Abgabe zu meinem Projektantrag, den ich fertig hatte, gesagt wurde, ich solle es nicht zu Ende bringen, ich solle mir etwas anderes suchen, ich solle mal ein bisschen flexibel sein. Ich weiß nicht, wie Ihnen es geht, wenn Sie zwei Jahre intensiv an etwas gearbeitet haben, es ist fertig, und dann wird Ihnen gesagt: ‚April, April‘ [...]. Ich habe den Antrag dann doch, unter dem Namen eines Profs, eingereicht, und er wurde von der DFG auch bewilligt. Also es war Mobbing, aus politischen Gründen, und zwar ein solches, dass mir der Hochschulverband sagte – dessen Rechtsberatung kann man ja anrufen bei solchen Sachen – dass der gesagt hat, wir würden **niemandem** wegen Mobbing raten, vor Gericht zu gehen, denn man kann das ja fast nie beweisen [...] **Ihnen** würden wir aber genau das raten, weil es so schlimm ist und weil Sie alles schriftlich haben. [...] Wenn man gemobbt wird, soll man das ja erzählen, also man darf sich ja nicht in die Ecke zurückziehen und alles mit sich alleine ausmachen und leiden, sondern man muss es öffentlich machen. Das habe ich gemacht. Das wurde mir dann aber als böse Nachrede unterstellt. Und dann habe ich einen Brief bekommen, das Institut könne auch dafür sorgen, dass meine Bemühungen um die Professur in [...] keinen Erfolg haben würden. *Das hat mir der geschäftsführende Direktor geschrieben, als Brief!* [...] Außerdem hatte ich zum Beispiel dieses [...] Buch geschrieben und wollte meine Habilschrift dann bei demselben Verlag veröffentlichen, auch über das Institut, [...] und dann sagten mir die Chefs des Instituts: ‚Nein, der Verlag will dein Buch nicht.‘ Naja, und mir schwante schon so etwas und dann hab ich an die Frau von dem Verlag, mit der ich vorher, bei dem anderen Buch, gut zusammengearbeitet hatte, geschrieben: ‚Ich wollte Ihnen nur sagen, dass mir die Zusammenarbeit mit ihnen sehr gefallen hatte und dass es sehr schön gewesen wäre, wenn ich auch meine Habilschrift wieder [...] hätte veröffentlichen können, aber leider wollen Sie ja nicht.‘ Sie schrieb mir zurück ‚Liebe Frau E., das stimmt überhaupt nicht, wir wären furchtbar interessiert, aber das Institut will es nicht.‘ [...] Also so etwas begleitet dich die ganze Zeit, der ganze Wissenschaftsbetrieb ist ein Kampf um Stellen und um Professuren. Da landen ganz wenige. Es ist eine harte Auswahl, das wissen Sie so gut wie ich. Und jeder oder viele suchen dann Mittel, um die anderen Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen. [...] Mit den jungen Leuten bin ich heute noch befreundet und da ist gar kein Problem, aber die hatten mich ja auch nicht auf ihrer Karriereagenda. Aber mit den Gleichaltrigen und Älteren war es schwierig [...]. Ich kam ja von außen, aus dem Osten, dazu, mich hatten sie ja so überhaupt nicht im Visier, im Kalkül, und ich habe dann natürlich super gestört, sodass Leute aus dem Westen, die mir noch kurz nach der Wende wirklich sehr hilfreich waren, so nach dem Motto – ‚die Arme aus dem Osten, der müssen wir helfen‘ – waren mir gegenüber in dem Moment, als ich das gleiche Level erreicht hatte wie sie, total eklig. Also, wenn man aus dem Osten war, gehörte man nicht dazu, war

⁹¹ Herr M. machte eine ähnliche Erfahrung. Die Konservativen waren gegenüber den ostdeutschen Kolleg*innen offener und angenehmer als die westdeutschen Linken, die als weniger offen, um nicht zu sagen feindlich wahrgenommen wurden. Die stärkste Abneigung gegenüber Ost kam von den Grünen.

aber trotzdem aus irgendeinem Grunde eine Gefahr. Letzteres wahrscheinlich auch, weil ich wissenschaftlich nicht so schlecht war, sodass man mich eben nicht so einfach ad acta legen konnte.“

Später im Gespräch, nach meiner Frage, ob es für Frauen schwieriger gewesen sei sich zu behaupten, taucht eine weitere Erklärung auf, mithilfe derer jüngere Kolleginnen Frau E.s Erlebnisse erklärten:

„Ich lache ja heute immer über dieses komische Gendern, weil das für mich etwas ist, was an der Oberfläche abläuft, nur über Sprache, womit die tatsächlichen Emanzipationsnachteile von Frauen ja nur oberflächlich verdeckt werden sollen. In der DDR hatten wir dieses Gendern natürlich nicht, aber wenn eine Frau gut war, dann **war** die gut! Und dann konnte die auch was werden. Bei Frauen mit Kindern wurde dann gesagt, ok, dann entlasten wir die jetzt einmal dieses Semester von der Lehre und so und dann geht es später einmal wieder anders herum. Also dieses Frauen-Ding war in der DDR in keiner Weise, also weder besonders positiv, noch besonders negativ prominent. Das war so normal.⁹² ... An dem [...] Institut war ich ja nun Frau **und** Ossi. Das war dort immer sehr lustig. Mit den jungen Leuten, mit denen ich immer sehr gut zurechtgekommen war, habe ich rasoniert, woran mein Konflikt liegt. Ich habe immer gesagt und sage es bis heute, an diesem Mobbing ist der Ost-West-Konflikt schuld, also ein politischer Konflikt, der noch nach der Wende weitergetragen wurde. Im [...] Institut wollte man eben doch noch einmal gegen die eine, die es sogar im Westen gewagt hat, im Kalten Krieg siegen. Die jüngeren West-Frauen am Institut sagten hingegen immer: ‚Nee, das ist ein Frau-Mann Ding‘. Mein Chef des Forschungsbereiches war eben **nicht** habilitiert und war der Chef, und ich **war** dann habilitiert, war aber nicht Chefin. Das hat mir aber auch nichts ausgemacht, ich hätte da gerne als normale Mitarbeiterin gesessen, und ich wollte gar keine Chefin werden, aber **er** ist damit anscheinend nicht zurechtgekommen. Er war eben ein Mann, sagten die jüngeren Frauen.“

Auf meine sich anschließende Frage, ob es für sie hingegen klar mit dem Ost-West-Konflikt zu tun hatte, bestätigte Frau E.:

„Meiner Position nach haben diejenigen Wessis, die noch im Kalten Krieg sozialisiert worden waren, es nicht geschafft – es gibt natürlich auch immer positive Ausnahmen – eine ausgewogene Sicht zu bekommen, während diejenigen, die also damals so 20 bis Mitte 30 Jahre alt waren, die also den Kalten Krieg nicht mehr richtig erlebt haben, also zumindest nicht darin als Erwachsener sozialisiert worden waren, das überhaupt nicht verstanden haben. Sie haben auch nicht so gedacht. Also ich will jetzt bewusst nicht eine pauschale Trennlinie zwischen Ost und West ziehen, sondern es ist eine Linie entsprechend der Generation, die die Ost-West-Linie kreuzt; mit den jüngeren Kollegen war es immer angenehmer ... Naja und das hat natürlich auch etwas mit charakterlicher Bildung und so zu tun, ob du ein anständiger Mensch bist. Es gab zum Beispiel einen älteren westdeutschen Kollegen, der ist inzwischen verstorben, den kann man dann wirklich mal nennen, der Manfred Mols, der Name sagt Ihnen vielleicht was, ein alter Lateinamerika-Politikwissenschaftler. Der war, glaube ich, in der CDU oder CSU, also politisch genau das Gegenteil von mir, er hatte zu mir gesagt: ‚Mich haben sie gebeten, die ostdeutschen Kollegen zu evaluieren, und ich habe gesagt, das mache ich nicht, ich evaluiere nicht Kollegen aus einem anderen Land.‘ ... Das war natürlich hochanständig. Diese Ost-West-Geschichte darf man also nicht holzschnittartig und platt erzählen. Wenn sie platt wäre, würden ja alle sagen, ja dann wärest du heute nicht Professorin, also schon deshalb kann ‚platt‘ nicht stimmen. Aber was ich gerne erzählen wollte, ist, wie viele Kämpfe dahinter stehen und wie es manchmal auch lustig, ja verrückt war, und das ist ja das, was wahrscheinlich Anthropologen interessiert und nicht die ‚0 8 15 Linie‘.“

4.4 Kapitediskussion

In diesem Kapitel steht die Deutung und Bewertung der eigenen wissenschaftlichen Lebensläufe durch meine Gesprächspartner*innen im Fokus. Danach habe ich nicht direkt gefragt, doch sie wurde in Kommentaren am Rande, im Vergleich und in Abgrenzung zu Kolleg*innen und oft als

⁹² Laut Kriszio (1995: 77) verliefen Karrieren von Wissenschaftler*innen in der DDR generell kontinuierlicher und planbarer als im Westen. Ein weiterer wichtiger Unterschied bestand darin, dass es keinen Zwang zu Mobilität gab. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie war auch in der DDR nicht ohne Belastungen für die Frauen, aber sie war machbar. 75 % aller Wissenschaftlerinnen, inklusive Professorinnen, hatten Kinder.

abschließende Bilanz am Ende unserer Gespräche deutlich und verbindet sich mit den jeweils zentralen Themen der einzelnen Gespräche. Die Karrieren von fünf meiner sechs Gesprächspartner*innen manifestierten sich in einer Professur, darunter eine außerplanmäßige. Die wissenschaftlichen Lebensläufe verliefen dabei sehr unterschiedlich, die Professuren wurden in unterschiedlichem Alter erreicht und zu unterschiedlichen Zeitpunkten – teils Anfang der 90er Jahre, teils 20 Jahre nach der Wende.

Frau S. und Frau E. bezeichnen ihre Karrieren selbst als außergewöhnlich und grenzen sie von anderen, geradlinigeren Verläufen wie dem des Herrn K. ab, dessen Lebenslauf hingegen gerade aufgrund seiner Linearität zu den ungewöhnlichen ostdeutschen Karriereverläufen gezählt werden kann. Vier meiner Gesprächspartner*innen wiesen darauf hin, dass ihre Karrieren nicht geplant waren und drei dieser Personen verwendeten in diesem Zusammenhang die Begriffe Glück und Zufall. Dass sie sich dadurch von einem Karrierewunsch abgrenzen, kann einerseits dazu dienen, die Besonderheit und Nicht-Linearität des eigenen wissenschaftlichen Lebenslaufs zu betonen. Andererseits grenzen sich gerade diese Gesprächspartner*innen auch zu westdeutschen Wissenschaftler*innen bzw. zu dem im wiedervereinigten Deutschland als üblich wahrgenommenen Karriere- und Konkurrenzdruck ab.

Im Gegensatz dazu artikuliert Herr N. als einziger im Interview seinen Wunsch, eine wissenschaftliche Karriere zu verfolgen. Als *Self-Made-Amerikanist* gelang ihm das zwar, allerdings nicht im Sinne einer festen Position im Wissenschaftsbetrieb. Seine wissenschaftliche Biographie ist von mehreren Brüchen durchzogen, die Herr N. jedoch sinnstiftend in seine wissenschaftliche Identität des *Self-Made-Amerikanisten* integriert, die sich gerade durch Eigeninitiative und Unabhängigkeit auszeichnet.

Die im dritten Unterkapitel geschilderten Erfahrungen wurden weit nach der Wende, Ende der 90er und Anfang der 2000er Jahre gemacht. Dies zeigt, dass sich ideologische Fronten entlang der Differenzlinie West/Ost bis dahin noch nicht aufgelöst hatten. Die Schilderungen meiner Gesprächspartner*innen machen außerdem deutlich, dass auch eine Karriere, die nach außen hin „erfolgreich“ verlief (gemessen an akademischen Graden und Positionen), sich nicht unbedingt geradlinig und ohne *Kämpfe* entwickelte. In vier Gesprächen spielen die Begriffe *Kampf* oder *kämpfen* eine Rolle. Sie werden jedoch unterschiedlich verortet, zum einen in der DDR-Zeit, zum anderen in der Wende- sowie Nachwendezeit. Vor allem Frau E. verknüpft die Bewertung ihrer eigenen wissenschaftlichen Biographien stark mit diesen Begriffen.

Möglicherweise sind gerade akademische berufliche Werdegänge häufig von Kämpfen geprägt. Das Besondere an den Erfahrungen meiner Gesprächspartner*innen ist jedoch, dass sie sich im spezifischen deutschen West/Ost-Kontext abgespielt haben. So benennen meine

Gesprächspartner*innen die Differenzlinie West/Ost als ursächlich für die Diskriminierungserfahrungen, die in Kapitel 4.3 dargestellt wurden. Darüber hinaus weisen Frau E. wie Herr M. auf Unterschiede je nach Generation hin. Die Sozialisierung im Kontext des Kalten Krieges, auf beiden Seiten, prägt(e) das Miteinander im wiedervereinigten Deutschland. Dass sich dort nicht alle als gleichberechtigt wahrnahmen, zeigt eine Aussage von Frau E., die sich auf die Zeit nach der Wende bezieht: *Als Ossi musste man ja quasi dreimal so gut sein, wie ein Wessi [...]*. Frau S. äußerte sich ähnlich, jedoch bezogen auf den DDR-Kontext und den Umstand, in einem Nischengebiet zu arbeiten, nicht in der Partei und dazu noch eine Frau zu sein: *So, da muss man – besser sein – also sich wirklich vornehmen zu arbeiten. Besser sein als die andern*. Die Kontexte sind verschieden, doch strukturell besteht im Falle von Frau E. als Ostdeutsche mit einer spezifischen DDR-Wissenschaftssozialisierung im Kontext des wiedervereinigten Deutschlands und im Falle von Frau S. als *Nicht-Genosse* zu DDR-Zeiten die Gemeinsamkeit, nicht der Norm zu entsprechen.

Je nachdem wie sich Machtverhältnisse und damit Normen ändern, verschieben sich die Positionen innerhalb des Machtgefüges. Für Frau S. war es zur Wendezeit ein Vorteil, unbelastet – also nicht in der Partei gewesen – zu sein, der dazu beitrug, dass sie um die Leitung eines wissenschaftlichen Instituts gebeten wurde. Nichtsdestotrotz nimmt auch sie im wiedervereinigten Deutschland gegenüber der westdeutschen Norm eine subalterne Position als Ostdeutsche ein (zu Ostdeutschen als subalternisierte Minorität in der Bundesrepublik siehe Kollmorgen 2011). Hier zeigt sich, wie sich verschiedene Positionen/Zugehörigkeiten je nach politischer Konjunktur verändern und unterschiedlich auswirken.

Die West/Ost-Kategorie ist dabei nicht die einzige, die eine Rolle spielt. Es zeigt sich die Überlappung, die Intersektionalität verschiedener Identitäts- und Differenzkategorien. Die Erklärung, die Frau E.s jüngere westdeutsche Kolleginnen für die Schikane am westdeutschen Institut finden, es sei ein *Frau-Mann-Ding*, ist für Frau E. nicht in erster Linie zutreffend. Für sie lag dem Mobbing klar der politische Ost-West-Konflikt zugrunde. Diese unterschiedlichen Erklärungsmuster für eine Situation zeigen, dass Personen, die nicht von bestimmten Ausschlüssen betroffen sind oder die die unmarkierte Position der Norm einnehmen, solche Diskriminierungen weniger wahrnehmen und bei Erklärungen auf eigene Erfahrungen zurückgreifen.

Die primäre Kategorie zur Deutung erfahrener Benachteiligungen bleibt für Frau E. und Frau S. das „Ossi sein“, aber beide führen das „Frau sein“ als etwas an, das noch dazu kommt (*Ossi und auch noch Frau* (E.)). So nennt auch Frau S. in der Aufreihung der Umstände, die ihren Karriereverlauf beeinflussten die Differenzlinie Geschlecht als letzte, nach der wissenschaftspolitischen und politischen Verortung.

Beide stellen hinsichtlich der Positionierung von Frauen in der Wissenschaft Vergleiche zwischen heute und der DDR-Zeit an. Während die heutige Zeit als geprägt von oberflächlich empfundenem Gender und Quotenregelungen für Frauen wahrgenommen wird, habe es so etwas in der DDR nicht gegeben: *wenn eine Frau gut war, dann war die gut! Und dann konnte die auch was werden* (E.: Interview 2017). Frau S. äußert, dass sie *dieses ganze Problem* ja nicht kannte, obwohl auch in der DDR ihre Forschungsreisen unter dem Label Frauenförderung liefen:

„Gut, wenn ich nach Lateinamerika fuhr, man musste ja dann auch vorher eben genau aufschreiben, was man machte usw. Dann hieß es eben vom Institut aus, es ist Frauenförderung. Dann grinste ich immer, denn, wenn die Kollegen, die männlichen Kollegen fuhr'n, da hieß es ja nicht Männerförderung, nee? Das war eben, aufgrund dieses allgemein ideologischen, naja, machen wir Frauenförderung. (Na) macht mal, ja. Aber so wie es in der Bundesrepublik war, ich weiß jetzt nicht, in den 70er Jahren, durften die Frauen erst wenn der Mann zustimmte ein eigenes Konto haben usw. Das hat es ja bei uns nicht gegeben.“ (S.: Interview 2017)

Baume, Felber und Röhl (1995: 90f) sprechen in ihrer Studie mit Ost-Wissenschaftlerinnen von einem „Ost-Makel“, der einerseits die Wahrnehmung von geschlechtsspezifischen Benachteiligungen von Frauen im Neustrukturierungsprozess der Hochschulen nivellierend überdecke, andererseits lasse sich ein beträchtlicher Teil an Diskriminierungen von Ost-Wissenschaftlerinnen nicht nur auf ihr Geschlecht zurückführen, sondern sei identisch mit den von Männern aus dem Osten formulierten Erfahrungen.

Weder Frau E. noch Frau S. sehen das Geschlecht im Kontext des Systembruchs als vorrangige Differenz- und Diskriminierungsachse. Es kommt aber zu anderen gesellschaftlichen Positionszuschreibungen, wie „Ossi“ oder „Nicht-Genosse“ hinzu. Darüber hinaus stellt das Alter, wie im Abschnitt 4.3 deutlich wird, eine wichtige Differenzlinie im West/Ost-Kontext dar. Die verschiedenen Zuschreibungen und Identitäten/Differenz- und Konfliktlinien von Herkunft, Alter, Geschlecht und politischer Verortung sind intersektional miteinander verbunden und sollten zusammen, in ihrer Beziehung zueinander, betrachtet werden.

5 Wissen aus der DDR heute – Konjunkturen und Hierarchien

„Also die Wiedervereinigung, die sogenannte Wiedervereinigung der Wissenschaften ist ja – ein schwieriges Thema.“ (C.: Interview 2017a)

In diesem letzten Kapitel wird der Bogen von den zuvor geschilderten konkreten persönlichen Erfahrungen und Bewertungen der eigenen Karriere hin zum übergeordneten Thema „Wissen aus der DDR heute“ gespannt. Es geht im Unterkapitel 5.1 zum einen darum, wie meine Interviewpartner*innen ihr in der DDR erworbenes Wissen bewerten, insbesondere anhand des Beispiels marxistischer Ansätze unter 5.1.1. Zum anderen wird im Abschnitt 5.1.2 der neoliberale Umbau der Universitäten thematisiert.⁹³ Im darauffolgenden Unterkapitel 5.2 untersuche ich anhand der Erfahrungen von Herrn M. die Frage, ob ostdeutsches akademisches Wissen ins wiedervereinigte Deutschland integriert wurde oder nicht. Im letzten Abschnitt 5.3 wird die *doppelte Sozialisierung/Kulturalisierung* von ehemaligen DDR-Bürger*innen und ihr Potenzial für eine wertschätzende Perspektive auf ostdeutsche Biographien thematisiert.

5.1 Wissenskonjunkturen

Wissen ist immer in einen spezifischen historisch-politischen und sozialen Kontext eingebunden. Damit unterliegt es auch wechselhaften Konjunkturen und erfährt Wertschätzung oder Abwertung. Dies zeigen auch die verschiedenen Strömungen und sogenannten „turns“ (Wenden) in den Wissenschaften. Es wurde auch in Kapitel 3 deutlich, in dem einige meiner Gesprächspartner*innen die Nicht-Wertschätzung und Delegitimierung von Wissen aus der DDR, die sowohl Ursache als auch Folge der Evaluierung waren⁹⁴, beschreiben. Diejenigen ostdeutschen Akademiker*innen, die weiterhin im Wissenschaftsbereich arbeiten wollten, mussten sich an eine neue (westdeutsche) Wissenschaftssprache sowie neue wissenschaftliche Ansprüche und Bedingungen anpassen. Dass vor allem „westdeutsches Wissen“ kurz nach der Wende Konjunktur hatte, zeigte sich auch in Lehrveranstaltungen an der Universität, wie Frau E. (Interview 2017) beobachtete. Sie hielt kurz nach der Wende vor nur vier oder fünf Personen Seminare, da alle Studierenden zu den Westprofessor*innen gehen wollten, denn *das war die große Wissenschaft*.

Dies war jedoch nicht nur einer Abwertung des Wissens aus der DDR geschuldet, sondern entsprach

⁹³ Für dieses Kapitel stellte das Gespräch, welches als leitfadengestütztes Expert*innen-Interview geführt wurde, eine wertvolle Quelle dar.

⁹⁴ Ich stelle nicht die Evaluierung als solche infrage, sondern weise in diesem Kapitel auf Tendenzen und Ost/West-Wissenshierarchien und deren strukturelle Auswirkungen auf die deutsche Wissenslandschaft hin.

auch den Bedürfnissen und Neugier vieler – vor allem jüngerer – Ostdeutscher, sich mit neuen Ansätzen und einer anderen Art des Nachdenkens zu beschäftigen:

„Man muss auch sagen, dass die DDR für meine Generation irgendwann vorbei und Geschichte war. Wir selbst wollten nicht immer wieder die alten Themen und ungelösten Konflikte hören, sondern wir wollten uns vor allem in das neue Leben integrieren, und das wollte ich auch. Dieser Versuch stellte ja nun das spannende neue Leben dar. All die anderen Entwürfen waren schon gefühlte Ewigkeiten ohne wirkliches Resultat ausprobiert worden. Jetzt aber fing eine neue Zeit an.“ (N.: Interview 2017).

Erst mit einem gewissen zeitlichen Abstand konnte ab Mitte/Ende der 90er Jahre wieder zurückgeblickt werden, um mit einer Aufarbeitung von Wissenschaft(sgeschichte) aus der DDR zu beginnen, was im wiedervereinigten Deutschland lange Zeit nicht als förderungswürdig galt (vgl. ebd.). Dies führt Herr N. auch auf die Evaluierung zurück, die darüber bestimmte, wer sich überhaupt noch äußern und arbeiten durfte. Hier gibt es noch immer unbearbeitete Felder, so hat laut Herr N. (ebd.) eine Aufarbeitung der Prähistorischen Archäologie bis heute nur ansatzweise stattgefunden.

Wissen ist in vielerlei Hinsicht machtpolitischen Konjunkturen unterworfen. Dies wird im Kontext des Systemwandels in Deutschland einerseits in der unterschiedlichen Wertschätzung von Wissen aus West und Ost deutlich, andererseits wird auch ein genereller Abschwung der Nachfrage von Wissen über Lateinamerika erwähnt, der nicht auf die Wende zurückzuführen gewesen sei, sondern dem Zeitgeist entsprochen habe, in dem Lateinamerika im Gegensatz zu anderen Regionen, wie zum Beispiel Osteuropa, an Bedeutung verloren habe (vgl. M.: Interview 2017).⁹⁵ So erklärt Herr M. die Komplettabwicklung des Lateinamerika-Instituts Rostock zum einen mit der Dopplung von Forschungseinrichtungen in Ost und West, zum anderen mit den Interessen der neuen deutschen Bundesländer. Die Bildungshoheit ging an die Länder und auf die Frage, was für ein Interesse das Land Mecklenburg-Vorpommern an einem Lateinamerika-Institut haben könnte, fand sich nicht so leicht eine Antwort: *war auch kein politischer Wille oder ich will ja gar nicht von Weitsicht reden* (M. Interview 2017). Nicht zuletzt blieben auch die vorhandenen Expertisen und Chancen im Osten hinsichtlich osteuropäischer Thematiken ungenutzt: *Jetzt hätte man die Chance gehabt in diesem Raum ein Osteuropa-Institut aufzubauen. Man hat erstmal alles abgewickelt.* (ebd.).

5.1.1 Marxistische Ansätze

Wie bereits im Kapitel 2.2 dargestellt, schätzen meine Interviewpartner*innen Aspekte ihrer wissenschaftlichen Ausbildung in der DDR, wie beispielsweise das vermittelte strukturelle Denken. Wissen, welches in der DDR erworben wurde, ist ihnen heute noch im aktuellen wissenschaftlichen

⁹⁵ Gerhard Schaumann (in Steinbach 2005: 218) konstatiert allerdings in seinem Zeitzeugengespräch ebenso einen Strukturwandel für die Slawistik, der nicht vom Westen initiiert worden sei und dazu geführt habe, dass die Zahl der Lehrer*innen im Hochschuldienst reduziert worden sei.

Diskurs nützlich (vgl. K. Interview 2017/ C. Interview 2017a). In diesem Kontext werden nicht nur, aber vor allem marxistische Ansätze erwähnt.⁹⁶ Eine kritische Beschäftigung mit Marx sei Herrn K. nach in den letzten Jahren wieder stark im Kommen. Er selbst publizierte einen Artikel im Jahr 2016: *und da ist Teil des Wissens drin, was ich in der DDR erworben habe*. Dabei unterscheidet er zwischen einem offiziellen Marxismus, der ihm nie gefallen habe und einem Marxismus als analytische Grundlage, der zur ernsthaften wissenschaftlichen Auseinandersetzung taugte. Herr N. (Interview 2017) verweist für den Bereich der Archäologie auf marxistische Denkansätze, die auch die Evaluierung überstanden haben und sich realisieren konnten. Frau C. (Interview 2017a) stellt ebenso die produktive Beschäftigung mit dem Marxismus heraus, die Grundlagen legte, auf die sie heute noch zurückgreift:

„Insofern hab ich da sehr viel mitgenommen, bis heute, ich hatte ja letztes Mal auch schon erwähnt, dass ich das beobachte bei den Studierenden, dass sie so völlig freischwebend sind und sich so ganz viele Dinge überhaupt nicht erklären können, sowohl, was die Geschichte betrifft, die Frage, wie ist es denn dazu gekommen, dass die Menschheit das Geld entwickelt hat oder was ist Geld überhaupt? Und wie ist denn aus Geld Kapital geworden? Wie ist überhaupt die industrielle Revolution zu erklären, welche Rolle spielt Amerika dabei und warum war der Bergbau so wichtig für die industrielle Revolution in Großbritannien. Was hat das überhaupt miteinander zu tun? Und das waren spanische Kolonien, warum begann das dann eigentlich in England? Und all diese Fragen, da sind die völlig verloren. [...] Und wenn ich mir dann die Schriften angucke, auch die aktuellen, und gucke, worauf die sich wiederum beziehen, dann sind das ja oftmals auch Schriften, die ich schon sehr lange kenne. Da ist jetzt eigentlich nichts, was jetzt so völlig neu das Rad entwickelt hätte.“

Verschiedene aktuelle wissenschaftliche Ansätze, wie zum Beispiel die *material culture studies* oder *postcolonial studies*, beruhen auf einer marxistischen Grundlage. Ohne diese zu kennen, betont Frau C. (ebd.), verstehe man diese Ansätze sehr schlecht. Insofern sieht sie sich hier angesichts der in ihrem Studium vermittelten Grundlagen in einer *ganz guten Ausgangsposition*. Ähnlich wie Herr K. betont sie, dass es sich bei ihrer Beschäftigung mit dem Marxismus nicht um einen dogmatischen Marxismus handele, sondern um eine produktive Verwendung der theoretischen und methodischen Ansätze. Im Gegensatz zu ihm verweist sie jedoch auf die innerhalb der wissenschaftlichen Community nicht unproblematische Verwendung von marxistischen Ansätzen und Konzepten, da diese nicht immer im aktuellen wissenschaftlichen Diskurs anerkannt werden. Obwohl sich marxistische Ansätze laut Frau C. eignen, um beispielsweise bestimmte Phänomene, die mit Ausbeutung zu tun haben oder globale geschichtliche Prozesse betreffen, zu erklären, werde teils aus ideologischen Gründen nicht mit ihnen gearbeitet. Im zweiten Gespräch mit Frau C. (Interview 2017b) kam ich auf ihre These zurück, dass die Auseinandersetzung mit dem untergegangenen DDR-Staat immer noch stattfände, auch indem man immer wieder daran erinnert werde, dass der Staat in allen Bereichen, bis hin zu der marxistischen Grundlage in der Wissenschaft, marode gewesen sei. Natürlich gebe es heutzutage kein Verbot mit marxistischen Ansätzen zu arbeiten, Frau

⁹⁶ Natürlich agieren meine Interviewpartner*innen nicht nur mit marxistischen Ansätzen. Ich stelle diesen Aspekt hier aufgrund meines Erkenntnisinteresses heraus.

C. beobachtet jedoch an den Universitäten, insbesondere seit der Modularisierung der Studiengänge, eine so gut wie völlige Abwesenheit dieser Ansätze. Dies habe mit einem Komplex aus Diskursen und Praktiken zu tun, die zu einem neoliberalen Umbau der Universitäten geführt hätten und zu einem selbstaufgelegten Verzicht der Akademiker*innen, mit marxistischen Ansätzen zu arbeiten (ebd.).

Es gibt bei meinen Interviewpartner*innen also unterschiedliche Wahrnehmungen über die aktuelle Zirkulation von marxistischer Theorie. Die (Nicht-)Zirkulation marxistischer Ansätze hat in verschiedenen Disziplinen jeweils unterschiedliche Ausprägungen. Darüber hinaus hängt es auch von dem eigenen wissenschaftlichen Ansehen ab, ob mensch es sich „leisten kann“ mit Ansätzen zu arbeiten, die nicht dem aktuellen wissenschaftlichen Mainstream entsprechen. Wenn Wissenschaftler*innen, die in der DDR sozialisiert wurden, in der Aktualität mit marxistischen Ansätzen arbeiten, laufen sie meiner Meinung nach eher Gefahr, dass ihre ostdeutsche Herkunft dabei thematisiert und als Erklärung für Kritik herangezogen wird, als Wissenschaftler*innen aus dem ehemaligen Westdeutschland (vgl. die Diskriminierungserfahrung von Frau E. im Kapitel 4.3.).

5.1.2 Die neoliberale Universität

Die unterschiedlichen Stärken, die Tlostanova (2018: 276f) in den Hochschulsystemen im Osten und Westen feststellte (vgl. Fußnote 47 auf Seite 37), versuchte sie in ihrer Laufbahn als Professorin im postsowjetischen Russland zu vereinen und so eine Balance dieser verschiedenen Ansätze herzustellen. Im globalen neoliberalen Universitätsmodell gehen diese jedoch verloren:

„The rapid expansion of the business corporation university model erased everything good from the Soviet system and also from the previous Western one and turned the present higher education system in many postsocialist countries into yet another colonial caricature of the Western (this time neoliberal) university minus the democratic traditions, academic freedom, trade unions, and many other things that we either never had or quickly lost.“

Die heutige neoliberale Ausrichtung der Universitäten, die überwiegend knapp bei Kasse gehalten würden, während nur einige mit Exzellenz-Geldern belohnt würden, wird in der Gruppe meiner Interviewpartner*innen nicht nur von Frau C. kritisiert. Früher, als die Massenuniversitäten gegründet wurden und das Universitätssystem erweitert wurde, hätten diese noch einen anderen Auftrag gehabt, nämlich, auch denen ein Studium zu ermöglichen, deren Eltern nicht studiert hatten und die bisher nicht studieren konnten (ebd.). Heute sei dieser Auftrag nicht mehr da, wie an den klaren sozialen Filtern zu sehen sei, die bestimmen, wer heute erfolgreich studiere und danach noch mit der wissenschaftlichen Karriere weitermache. Im Zuge des neoliberalen Umbaus hätten die Universitäten außerdem laut Frau C. bis auf Ausnahmen ihre herausragende Rolle verloren, Kritik an gesellschaftlichen Zuständen zu formulieren. Nur wenige Akademiker*innen stellten eine

kritische Stimme nach außen dar. Frau C. nimmt sich hiervon selbst nicht aus und sieht sich in den Strukturen von engen Zeitrahmen und Überarbeitung gefangen, die ein solches Engagement erschweren (vgl. C. Interview 2017b).

Andere Interviewpartner*innen hinterfragen die aktuellen Arbeitsbedingungen und die Bologna-Studienreformen ebenfalls. Herr K. (Interview 2017) spricht in diesem Zusammenhang vom *Bologna-Zirkus* und *San Precario* ab Anfang der 2000er Jahre. Die neuen modularisierten Studiengänge, in denen es im Gegensatz zu früher viel mehr Prüfungen gibt, führten bei den Studierenden zu weniger Landeskenntnis. Durch das durchgetaktete Studium führen sie weniger und kürzer ins Ausland als früher, sei es zum Reisen oder für ein Auslandssemester. Landeskenntnis sei aber gerade im Rahmen von Regionalstudien unabdingbar (ebd.). Herr N. (Interview 2017) verweist wiederum darauf, dass es auch dem Wunsch der Studierenden entspreche, statt ein oder zwei alles entscheidende Prüfungen im gesamten Studium abzulegen, in mehreren kleinteiligen Prüfungen gezwungen zu sein, die Studieninhalte zu rekapitulieren. Dies sei ein Argument für die Reformierung der Studiengänge gewesen. Herr N. sowie Herr M. erinnert dabei das gegenwärtige modularisierte verschulte Studium an das in der DDR (vgl. Kapitel 2.2 und M. Interview 2017).

Die Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler*innen im Bereich der Forschung nach dem Systemwechsel von DDR zur Bundesrepublik kritisieren Befragte in der Studie von Koffer (2009: 356). Aus ihrer Sicht ergaben sich die gravierendsten Schwierigkeiten aus den veränderten marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen: für die finanzielle Grundlage der eigenen Forschung verantwortlich zu sein und der erhöhte Zeit- und Konkurrenzdruck behinderten den Austausch von Informationen über Forschungsansätze und Arbeitsergebnisse. Für die Sicherung des Arbeitsplatzes müsse mehr Energie aufgewendet werden als für die eigentlichen Arbeitsinhalte. Darauf verweist auch Herr N. (Interview 2017), der die veränderten Bedingungen außerdem auf die Digitalisierung und Verbildlichung von Kommunikation zurückführt, im Zuge derer Wissenschaft einen anderen Stellenwert bekommen habe.

„Die Finanzierung von Wissenschaft wird in Deutschland leider immer stärker liberalisiert. Der Bereich unabhängiger bzw. assoziierter Wissenschaftler muss dadurch immer mehr mit den wissenschaftlichen Institutionen konkurrieren, die ihre Forschungen nicht mehr aus dem eigenen Haushalt finanzieren können. Das führt dazu, dass sich Universitäten, Institute und Museen um dieselben externen Fördertöpfe bemühen müssen, wie freie Wissenschaftler. Wer wie ich individuell Forschungsmittel einwerben muss, und keine wissenschaftliche Institution als Arbeitgeber im Hintergrund hat, ist hier fast chancenlos. Außerdem gibt es durch die fördernden Stiftungen und Einrichtungen stark normierte Erwartungshaltungen, die sich entlang bestimmter Themenfelder und -regionen organisieren. Wer hier herausfällt, hat es sehr schwer, einen Fuß auf den Boden zu bekommen.“ (ebd.)

Welche Themen gerade als forschungswürdig gelten, spiegeln spezifische Wissenskonzunkturen wider. Das gilt natürlich auch für Forschung über die DDR. Im zweiten Gespräch bezieht Frau C. (Interview 2017b) ihre bereits erwähnte These, dass die Auseinandersetzung mit dem untergegangenen DDR-Staat immer noch anhalte, auch auf die Abwesenheit der DDR im

gesellschaftlichen Diskurs. Dies sei nicht der Bedeutungslosigkeit der Thematik geschuldet, sondern Teil der geführten Auseinandersetzung. Es handele sich, wenn man so wolle, um die *Konstruktion des Vergessens* (ebd.).

Die akademische Wissensproduktion in der DDR ist, wie bereits mehrmals erwähnt, vor allem kleine Fächer betreffend und im Unterschied zur westdeutschen Wissenschaftsgeschichte, noch nicht vollständig aufgearbeitet. Frau C. selbst ist an einem Forschungsprojekt über die DDR-Ethnologie beteiligt. Auf dieses Projekt habe es verschiedene Reaktionen gegeben, sehr viel Zuspruch, aber auch Desinteresse und Überraschung: *so nach dem Motto, ist das überhaupt notwendig oder gab's überhaupt eine Ethnologie in der DDR [...]*. (ebd.). Frau C. hofft, dass es im Zuge des Förderschwerpunkts des BMBF zur DDR-Forschung bald einen anderen Rahmen und neue Räume gibt, sich mit dem Thema DDR zu beschäftigen und das Forschungsprojekt über die DDR-Ethnologie noch mehr Reaktionen erfährt. Allerdings sieht sie innerhalb dieses neuen Programms, das grundsätzlich zu begrüßen sei, auf den ersten Blick keine Möglichkeit für alternative Sichtweisen auf die DDR. Man müsse sich – in guter ethnologischer Manier – ganz genau anschauen, wer worüber und über wen spricht, also aus welcher Position zu welchen Themen geforscht wird (ebd.).

5.2 Die (Nicht-)Integration von ostdeutschem Wissen

Nachdem es im vorherigen Abschnitt darum ging, dass Wissensproduktion allgemein in bestimmte politisch-gesellschaftliche Konjunkturen eingebettet ist, wird dafür in diesem Unterkapitel ein konkretes Beispiel aus der Wendezeit besprochen und die Frage nach der (Nicht-)Integration von ostdeutschem Wissen in die gesamtdeutsche Wissenschaftslandschaft gestellt.

Die unterschiedlichen Ansichten meiner Interviewpartner*innen bezüglich der Aktualität marxistischer Ansätze habe ich in diesem Kapitel bereits erwähnt. Herr K. (Interview 2017) nach zirkulieren diese Wissensbestände weiterhin. Im Gespräch mit ihm stellte ich als letzte Frage, ob Wissen zu Lateinamerika aus der DDR auch nach der Wiedervereinigung zirkulierte. In keinem anderen Gespräch formulierte ich dies konkret.⁹⁷ Er bejahte: *Es zirkuliert, sogar relativ stark*. Herr K. machte dies am Werk Manfred Kossoks fest, das zum Beispiel in Spanien immer stark rezipiert werde:

„[...] also diese globalgeschichtlichen Interpretationen, da wird Kossok mehr oder weniger, sicherlich noch nicht auf eine Ebene mit Immanuel Wallerstein gestellt, aber die Interpretation und die Zirkulation der Wissensbestände läuft in diese Richtung.“ (ebd.)

⁹⁷ Das Gespräch mit Herrn K. war von allen mit am wenigsten persönlich und sehr auf die wissenschaftliche Ebene beschränkt, sodass sich in diesem Kontext diese Frage gut einfügte.

Je nach den aktuellen Strömungen in den Wissenschaften, Herr K. erwähnt in diesem Zusammenhang die kulturalistische Wende, gebe es in der Zirkulation auch Unterbrechungen, doch insgesamt seien die Wissensbestände was die Vergleichende Revolutionsgeschichte im globalgeschichtlichen Maßstab angehe und vor allem bezüglich des globalgeschichtlichen Ansatzes, immer zirkuliert und zirkulierten als Wissensbestand auch weiterhin.

Es gab in der Wendezeit auch ostdeutsche Initiativen, die Eingang in die heutige Wissenschaftslandschaft fanden. Ein Beispiel ist die Gründung der Karl-Lamprecht-Gesellschaft 1991 in Leipzig. Sie gibt auch die Zeitschrift „Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung“ heraus.⁹⁸ Herr K. erwähnt außerdem, wie auf Initiative bestimmter Einzelpersonen Wissen aus der DDR kreativ umgewandelt wurde und in anderer Sprache in neue Studiengänge einfluss: *musste man halt kreativ sein (lacht)*.

Herr M. verweist ebenso auf die Reformbemühungen im Zusammenhang mit der Schaffung eines neuen Studiengangs Internationale Beziehungen (vgl. Kapitel 2.3) und auf die Gründung der Zeitschrift „WeltTrends“ 1993, die er mit einer Gruppe Gleichgesinnter herausgab, um in die neue Wissenschaftslandschaft Anfang der 90er Jahre hereinzukommen. Ein bestimmtes Interesse sei vorhanden gewesen, aber auch erhebliche Hindernisse. Dies habe zur Entscheidung geführt, zusammen mit polnischen Kollegen etwas Eigenes zu publizieren und sich so selbst eine Plattform für den Austausch über Themen, die sie transportieren wollten, zu schaffen.⁹⁹

Im Folgenden gehe ich auf die Erfahrungen und Erklärungen von Herrn M.¹⁰⁰ im Bereich der Politikwissenschaften ein und richte damit den Fokus auf Wissenshierarchien, die die institutionelle Ebene akademischer Wissensproduktion betreffen. In den Jahren 1990-92 sei laut Herrn M. diskutiert worden, ob es in der DDR überhaupt eine Politikwissenschaft gegeben habe. Im Gegensatz zu anderen Disziplinen wie der Soziologie, billigte die Mehrheitsmeinung der Politikwissenschaft der DDR keine Existenz zu. Demnach gab es natürlich auch nichts zu retten, zu übernehmen oder in die neue bundesdeutsche Wissenschaftslandschaft zu integrieren. In diesem Kontext sei nochmals auf die Evaluierung verwiesen, die bezüglich der (Nicht-)Integration von Wissenschaftler*innen und Wissensbeständen aus der DDR in die wiedervereinigte gesamtdeutsche Wissenschaftslandschaft die Weichen für die Zukunft stellte und langfristige Auswirkungen nach sich zog. Delegitimiertes Wissen ist es auch nicht wert, integriert zu werden. Herr M. und seine Kollegen versuchten auf die Frage, ob es in der DDR eine Politikwissenschaft gegeben habe, eine

⁹⁸ Vgl. <http://www.lamprecht-gesellschaft.de/klg-home.htm> (10.10.2018)

⁹⁹ Es gibt jedoch auch andere Erfahrungen, von Nichtwertschätzung von DDR-Wissenschaft und Wissenschaftler*innen, die teils als traumatisch erlebt wurden (vgl. K. Interview 2017). Für weitere Forschungen wären zu diesem Thema Gespräche mit Akademiker*innen aufschlussreich, die „abgewickelt“ oder in den Vorruhestand versetzt wurden.

¹⁰⁰ Die folgenden Zitate dieses Abschnitts stammen von Herrn M. aus dem von mir geführten Interview 2017.

differenzierte Antwort zu geben. Sie argumentierten, dass es sie zwar nicht als Fach gegeben habe, aber in Teilen. So seien im Bereich der internationalen Beziehungen, als Teil der Politikwissenschaft, wissenschaftliche *qualitativ hochwertige* Studien unter anderem über Abrüstung oder Grenzkonflikte in Südamerika entstanden (M. Interview 2017).

Ich stellte Herrn M. im Interview die Frage, ob die Integration ostdeutscher Politikwissenschaften an der Uni Potsdam gelungen sei. Meine Frage beantwortete Herr M. zunächst quantitativ: neben ihm seien noch drei Ostdeutsche in der neuen Fakultät angekommen, eine Person in der Wissenschaft und zwei in der Verwaltung. Das mache schon das Problem deutlich, denn was habe man integriert? Es handele sich bei ihnen um Ausnahmen. Herr M. berichtet außerdem vom fehlenden Interesse, ostdeutsche Erfahrungen aus der Wende mit in die bundesdeutsche Wissenschaftslandschaft einzubeziehen: *Es gab null Interesse*. Von daher sei seine Antwort, dass die Integration unter'm Strich nicht gelungen sei. Ähnlich lautet das generelle Fazit von Joachim Riße (2015: 56) in „Meine Erinnerungen an die politische Wende an der Universität Rostock“. Letztendlich sei das westdeutsche System übernommen worden, obwohl mit den (ostdeutschen) Reformbewegungen aus der Universität selbst ein besseres Hochschulsystem angestrebt wurde, als es auch in der bisherigen Bundesrepublik existierte, so Riße. Die Idee sei gewesen, das Beste von beiden Systemen, aus beiden Staaten zu kombinieren. Diese Kombination habe jedoch nicht stattgefunden. Ebenso äußert sich Maeß (2015: 21): „Eine Vereinigung ist fruchtbar, wenn etwas Neues entsteht. Unsere Hoffnung, ja Überzeugung, dass dies 1990 auch hierzulande eintreten würde, erfüllte sich nicht. Die ‚Wiedervereinigung‘ geriet zu einem kritiklosen Beitritt der DDR“. Die Chance, das Hochschulrahmengesetz, das seitens bundesdeutscher Massenuniversitäten bereits seit den 70er Jahren in der Kritik stand, den neuen Gegebenheiten entsprechend zu überarbeiten, sei verpasst worden (ebd.: 23).

Warum wurden kaum Wissen, Strukturen oder Ideen aus der DDR bzw. aus der Umbruchszeit in die gesamtdeutsche Wissenschaftslandschaft integriert? Herr M. erklärt dies systemtheoretisch: da ein System eine bestimmte Stabilität erhalten möchte, nimmt es aus Angst diese ins Wanken zu bringen nicht zu viel Neues auf. Das neue System nutzte nicht die vorhandenen ostdeutschen Expertisen: *Das System hat dann einfach gesagt, nein, wir wollen euch nicht. Ihr seid nicht gewollt. Ja. Man könnte sagen, ja das war dumm von dem System, aber so sind Systeme eben*. Im Sinne des Systemerhalts sei es besser nichts abzustoßen als Neues aufzunehmen. Es verzichtet lieber auf zusätzliche Impulse, die es nutzen könnte, da diese zur Veränderung des Gesamtsystems führen. Die DDR sei in dieser Hinsicht nicht anders gewesen. Die Übernahme des Wissenschaftssystems der alten Bundesrepublik und westdeutsche Kontinuitäten waren politisch gewollt. Dass es kaum Integration von ostdeutschem Wissen gab, kann systemtheoretisch einfach erklärt werden.

„Ja, wenn man jetzt nicht unmittelbar involviert gewesen wäre, könnte man sagen, das ist ganz normal. Das eine System bricht zusammen und das andere bleibt bestehen – ich will nicht sagen siegt, aber es bleibt bestehen und ist letztendlich als System besser. Es funktioniert. Das andere System aber hat nicht funktioniert – so ist es untergegangen.“

Herr M. spricht außerdem von der Arroganz und Lernfähigkeit von Systemen. So fragt er, warum ein System, das festgestellt habe, das es funktioniere und das andere nicht, Dinge vom anderen System übernehmen solle. Diese Arroganz werde jedoch wiederum zum Problem für das System, weil es dann nicht lernfähig sei. Diese Lernfähigkeit habe sich nicht gezeigt. Obwohl sich die Situation in Ostdeutschland von westdeutschen Begebenheiten, zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen unterschied, sei die simple Argumentation gewesen, wenn es dort so gemacht wird, dann machen wir es jetzt hier auch so.

Herr M. vermutet, dass ein System wahrscheinlich nur dann lerne, wenn es existentiell unter Druck stehe:

„Und in dem Falle jetzt mit der DDR-Problematik, war das bundesdeutsche System nicht unter Druck. Es war der Sieger, es war das was da ist. Warum sollte das jetzt **lernen**? Wo alles was es gemacht hat richtig war! Und die anderen – alles was sie gemacht haben, war falsch! Sonst wären sie ja nicht untergegangen. So. Da muss ich doch nicht von dem falschen System etwas lernen! Das geht doch nicht.“

Frau C. (Interview 2017a) sprach von der *sogenannten Wiedervereinigung der Wissenschaften*. Gab es überhaupt eine Wiedervereinigung der Wissenschaften? Dies würde bedeuten, dass Wissen aus der DDR Eingang in die bundesdeutsche Wissenschaftslandschaft gefunden hätte, zirkuliert und wahrgenommen würde. Meine Interviewpartner*innen weisen zum einen darauf hin, dass Teile dieses Wissens auch im wiedervereinigten Deutschland zirkulieren (vgl. K. in diesem Kapitel), zum anderen beobachten sie aber auch fehlendes Interesse und Nichtwertschätzung (vgl. C.; M.). So fand, wie in diesem Kapitel dargestellt, keine Integration von ostdeutschen Politikwissenschaften in die gesamtdeutsche Wissenschaftslandschaft statt. Dabei geht es nicht nur um Wissen aus der DDR, sondern auch um ostdeutsche Erfahrungen aus der Zeit der (ostdeutschen) Reformbewegungen an den Universitäten zur Wendezeit, wie im Kapitel 2.3 thematisiert. Die Nicht-Wertschätzung von ostdeutschem Wissen ist Ausdruck der Wissenshierarchien zwischen West und Ost, die in diesem Kapitel systemtheoretisch erklärt werden. In dem Moment, in dem das westdeutsche System über das andere triumphierte und zur Norm für ganz Deutschland erhoben wurde, wurden DDR-Sozialisationen und Erfahrungen abgewertet. Ihre „Andersheit“ wurde als Bedrohung für die Legitimität des westdeutschen Systems angesehen.

Eine systemtheoretische Erklärung kann ebenso als Grundlage dienen, um öffentliche Erinnerungspolitik zu verstehen. Wie Heß (2016: 103) erwähnt, sei ein neues System insbesondere nach einem Systemwechsel wie zu Beginn der 1990er Jahre im Osten Deutschlands in der Pflicht, sich zu legitimieren und vom Vorgängersystem zu unterscheiden. Öffentliche Erinnerungen, verstanden als politische Konstruktionen vergangener Ereignisse unter gegenwärtigen

Bedingungen, würden zu Legitimierungszwecken eingesetzt: „Politische Akteure versuchen, Erinnerungen im Sinne ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz zu beeinflussen, um eine Legitimitätsgrundlage für ihr Handeln zu konstruieren.“ (ebd.: 101). So sei es nötig gewesen, die DDR als Unrechtsstaat mit ihren Repressionsmechanismen und Spitzelsystem zu delegitimieren, um das neue politische System zu rechtfertigen. Dieser geschichtspolitische Anspruch in der öffentlichen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit führe dazu, dass ein nahezu einheitliches öffentliches Erinnerungsmuster des Diktaturcharakters der DDR überwiege (vgl. ebd. 118f).

5.3 *Doppelte Sozialisierung/Kulturalisierung*

Brinkel (2012: 224) schlussfolgert in ihrem Kapitel „Umbruch 1989/90 – Fragmente zur Geschichte einer Abwicklung“, dass viele volkskundliche Akteur*innen aufgrund ihrer ostdeutschen Sozialisation an den Herausforderungen im westdeutsch geprägten Wissenschaftssystem scheiterten. In dem hier vorliegenden Kapitel schlage ich vor, die *doppelte Sozialisierung/Kulturalisierung*, die ehemalige DDR-Bürger*innen durch den Systemwechsel und das Leben in zwei unterschiedlichen Systemen erfuhren, als besondere Perspektive und Ermöglichung eines besonderen Wissens zu diskutieren und wertzuschätzen. Der Ausdruck *doppelte Sozialisierung/Kulturalisierung* stammt aus dem Gespräch mit Herrn N. (Interview 2017), der im Kontext seines wissenschaftlichen Lebenslaufes die Zeit bis zum Ende seines Erststudiums in der DDR als erste Sozialisation bzw. Kulturalisierung benennt und im folgenden Interviewauszug die *doppelte Sozialisierung/Kulturalisierung* als eine generelle, spezifisch ostdeutsche Erfahrung erläutert:

„Wenn ich sehe, was meine Kinder heute in der Schule lernen und in welchen Begriffs- und Denkkaparatens sie sich bewegen, bin ich froh, wenn sie Zeit, Raum und generationenübergreifend immer wieder den Anschluss zu meinem Denken herstellen können, das eben immer das ostdeutsche Erleben einschließt. Das ist natürlich auch ein bisschen schwierig, weil meine Generation noch diese doppelte Sozialisierung und Kulturalisierung aufweist. Der normale westdeutsche Bundesbürger meiner Generation verfügt mehrheitlich eben nur über eine Sozialisierung und eine Kulturalisierung. Sicher haben viele Menschen längere Zeit im Ausland gelebt und dort gearbeitet, aber es gab dabei als Bundesbürger immer das Rückfahrticket, welches bei auftretenden Schwierigkeiten aus der selbst gewählten Situation herausführte. Man konnte diesen Kontext zu jeder Zeit wieder verlassen und gegen einen anderen austauschen. Eine Situation, in der das aufgrund der Ortsbindung und Herrschaftsverhältnisse nicht möglich ist, scheint mir für die meisten westdeutschen Bürger meiner Generation überhaupt nicht vorstellbar zu sein. In diesem Sinn fehlt die doppelte Kulturalisierung und Sozialisierung selbst dann, wenn man für andere Welten sensibilisiert ist, weil man längere Zeit in einer anderen Kultur oder Gesellschaft gelebt hat.“ (ebd.)

Mehrfache Sozialisierungen/Kulturalisierungen sind auch als Teil (post)migrantischer Erfahrungen denkbar (vgl. Kordaß 2021). Die *doppelte Sozialisierung/Kulturalisierung* als spezifisch ostdeutsche Erfahrung, wie sie hier von Herrn N. dargestellt wird, stellt heraus, dass die DDR, im Gegensatz zu anderen (Herkunfts-)Ländern, nicht mehr existiert und macht sichtbar, dass es innerhalb Deutschlands entlang der West/Ost-Differenzachse unterschiedliche Sozialisierungen gibt,

wobei die DDR als Erfahrungsraum und die ostdeutsche Anpassung an ein neues System für westdeutsch Sozialisierte oftmals unsichtbar geblieben ist (ebd.). Diese Erfahrung des Systemumbruchs unterscheidet auch Migrant*innen, die in der DDR lebten, von Migrant*innen, die in Westdeutschland lebten. „Migrant*innen Ost“ haben laut Goel (2013) den schwersten Stand im Kampf um Anerkennung und Zugehörigkeit als Bürger*innen des vereinigten deutschen Staates. Sie werden weder fraglos als natio-ethno-kulturell zu Deutschland zugehörig angesehen, noch können sie auf eine geteilte „Lebenserfahrung West“, wie Migrant*innen in Westdeutschland, verweisen.¹⁰¹ Im Fall von Herr N. spielt dieses Konzept eine zentrale Rolle für die Bewertung seines eigenen wissenschaftlichen Lebenslaufes (vgl. Kapitel 4.1). In den anderen Gesprächen taucht dieses Konzept nicht explizit auf, meine Interviewpartner*innen stellen jedoch viele Vergleiche zwischen früher und heute an, die auf eben dieser spezifischen Erfahrung von Leben in zwei unterschiedlichen Systemen beruhen (vgl. z.B. Kapitel 2.2.).

Herr M. spricht in dieser Hinsicht von der unterschiedlich geforderten Anpassungsfähigkeit Ost- und Westdeutscher. Am Beispiel des aus der DDR in die BRD übernommenen grünen Rechtsabbiegepfahls an Ampeln illustriert er, wie schon minimale Übernahmen ins bundesdeutsche System auf Abwehr bei Westdeutschen trafen: *Da war die Anpassungsfähigkeit des „normalen“ Bundesdeutschen eine geringere, wenn Sie jetzt umdrehen, welche Anpassungsfähigkeit der Ostdeutsche hier leisten musste.*

In den von meinen Gesprächspartner*innen angestellten Vergleichen werden nicht nur Unterschiede herausgestellt, sondern auch Gemeinsamkeiten wahrgenommen, wie hinsichtlich der Verschulung des Studiums. Auch die Student*innen heute würden, im Gegensatz zu der unmittelbaren Nachwendezeit, wieder genaue Vorgaben haben wollen, welche Seiten zu lesen seien, um ja nicht zu viel zu lesen (M.: Interview 2017).

„[...] durch die Erfahrung verschiedener Systeme merkt man auch, wie viele Gemeinsamkeiten existieren. Bei Studierenden, bei den Lehrplänen und ähnliches, ich sag mal so, 90 Prozent sind identisch und der Unterschied macht die 10 Prozent. Also die Bachelorpläne sind heute genauso sozusagen verschult wie das DDR-Studium und die Literatur ist genauso beschränkt, nämlich jetzt ist es amerikanische Literatur, bestimmte Mainstream-Autoren tauchen immer auf und andere werden nicht wahrgenommen. Damals waren es solche Autoren und andere wurden nicht wahrgenommen. Es ist immer eine Auswahl. Aber gerade aus dieser Erfahrung – dieser Bachelor hat mich schon so an DDR erinnert, ja.“ (ebd.).

Jedes System trifft eine bestimmte Auswahl und ist beschränkt. Wissensproduktion ist in kapitalistischen wie in sozialistischen Systemen von politischen und wirtschaftlichen Interessen geleitet und beeinflusst. Heute unterliegen wissenschaftliche Akteur*innen interessengeleiteten Strukturen wie Evaluierungskommissionen, an Kosten ausgerichteten Entwicklungsplänen oder auftragsgebundener Forschung (Brinkel 2012: 237). Damals wie heute gebe es im akademischen

¹⁰¹ Schwarze Ostdeutsche und People of Color werden demnach ähnlich aus der als *weiß* imaginierten deutschen Nation ausgeschlossen. Darin zeigt sich die Kontinuität von kolonialistischem und rassistischem Gedankengut.

Geschäft gerade bei Berufungen politische und akademische Ränkespiele, auch wenn in der DDR eine Partei als zentralstaatliches Moment dahinterstand und die Intrigen heute mit anderen Worten und von anderen Akteur*innen geführt würden (vgl. M./N. Interview 2017).

Die Perspektive von ostdeutschen Akademiker*innen, die in beiden deutschen Systemen gelebt haben, würdigt Bednarz (2017) in „East German Intellectuals and the Unification of Germany. An ethnographic view“. Eine von ihm interviewte Person bezeichnet hier das Aufwachsen in der DDR und das Erleben der unvorhergesehenen Ereignisse, die mit dem Ende der DDR verbunden waren, als „besondere Erfahrung“ (ebd., 207f, eigene Übersetzung). Allein die Möglichkeit, nach Vor- und Nachteilen bezüglich des Lebens im kapitalistischen wiedervereinigten Deutschland zu fragen, wie es Bednarz tut, setzt voraus, in zwei verschiedenen Systemen gelebt zu haben – eine Besonderheit der ostdeutschen Perspektive.

Die *doppelte Sozialisierung/Kulturalisierung* von Personen birgt die Möglichkeit, aktuelle gesellschaftliche Verhältnisse ausgehend vom eigenen Erfahrungsreichtum kritisch zu beurteilen. Bednarz führt den Habitus ostdeutscher Akademiker*innen an, der auch nach dem Ende der DDR fortbesteht:

„Indeed, the possibility of habitus continuing to exist after a field ceases to empirically exist explains why East German intelligentsia cast a critical eye on how science and scholarship are done in unified Germany, as well as their critical views of neoliberal capitalism, which remains dominant – albeit frequently not expressed – two decades after the intellectual fields of the GDR came to an end.“ (Bednarz 2017: 227)

Auch zwei meiner Interviewpartner*innen erwähnen einen spezifischen ostdeutschen Habitus, in Abgrenzung zu einem westdeutschen Gegenhabitus, den sie sich aneignen mussten, um kommunikationsfähig zu bleiben (vgl. N.: Interview 2017). Hier zeigt sich erneut die geforderte Anpassungsleistung Ostdeutscher. Frau C. fasst alltagskulturelle Beobachtungen in einem *Konzept der Differenz* zusammen, bei dem es um die Frage geht, wie und worüber Differenz zwischen welchen Gruppen ausgehandelt wird:

„Wichtig wurde für mich dieses Konzept der Differenz [...] im alltäglichen Umgang in dem wiedervereinigten Deutschland, die Frage, wie Differenzen sich hergestellt haben [...] woran erkenne ich das, woran mache ich das fest? Fragen des Habitus auch oder der ‚feinen Unterschiede‘ und ich habe – ja, ein besonderes Gespür dafür entwickeln können [...] ich hab zum Beispiel auch ganz oft gesagt, wenn ich auch mit anderen unterwegs war: ‚Ich kann dir genau sagen, wer hier aus dem Osten ist und wer nicht.‘ [...] Und mir ist eben aufgefallen, dass meistens die westdeutsche Sozialisierten dafür diesen Blick nicht hatten, aber sie konnten ihn ja auch nicht haben, weil sie ja nicht von diesen Machtbeziehungen beeinflusst und geprägt waren wie **ich** das war. Da ist mir dann klar geworden, worauf welche Aufmerksamkeiten ein Mensch entwickelt, wenn er sich unter neuen Machtverhältnissen wiederfindet. Ja, oder wenn jemand das miterlebt, wie sich Machtverhältnisse eben – umkehren! Praktisch von einem Tag auf den anderen.“ (C.: Interview 2017b)

Wissenshierarchien zwischen West und Ost wirken auf beiden von mir zu Beginn dieser Arbeit (vgl. 1.3.1) dargestellten Ebenen des Wissensbegriffs. Einerseits auf der Ebene des akademischen Wissens, in der Wissen aus der DDR sowie ostdeutsche Erfahrungen aus der Wendezeit in der gesamtdeutschen Wissenschaftslandschaft weniger zählten als westdeutsches Wissen und diesem

untergeordnet wurden. Dies wird in der *Evaluationserfahrung* (Kapitel 3) oder durch die Nicht-Integration von ostdeutschem Wissen, wie es in Kapitel 5.2 thematisiert wird, deutlich. Andererseits wirken diese Hierarchien auch auf der Erfahrungsebene von Wissen, wie sich in diskursiven Auseinandersetzungen entlang Ost/West-Klischees zeigt oder in dem von Heß kritisierten nahezu einheitlichen öffentlichen Erinnerungsbild der DDR, in dem der Erlebnishorizont ostdeutscher Zeitzeug*innen ungenügend abgebildet sei (vgl. Heß 2016: 118f).

Auf die *doppelte Sozialisierung/Kulturalisierung* von Menschen, die noch in der DDR sozialisiert wurden¹⁰², aber nach der Wiedervereinigung in einem anderen System als zuvor lebten, hinzuweisen, kann helfen, ostdeutsche Perspektiven und Biographien mehr wertzuschätzen. Schließlich birgt die Kenntnis verschiedener Systeme einen Erfahrungsschatz, der Vergleiche ermöglicht und somit ein spezifisches Wissen, dass, wie unter 1.3 erörtert, aus Erfahrungen, Erinnerungen und Perspektiven erwächst. Unterschiedliche Begriffs- und Denkapparate aus verschiedenen politisch-sozialen Systemen können als Vielfalt und Bereicherung angesehen werden, wenn es zu einem respektvollen Austausch und konstruktivem Dialog kommt. Eine *doppelte Sozialisierung/Kulturalisierung* ist nicht per se ein Garant für besonders offene und kritische Perspektiven, es soll hier aber auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht werden, diese als Potenzial ebenso anzuerkennen wie den ostdeutschen Erfahrungsreichtum. Um über eine *weiße* deutsch-deutsche West/Ost-Erzählung hinauszugehen, sollten Perspektiven wie die Schwarzer Ostdeutscher, People of Color oder Migrant*innen, die in der DDR lebten, mehr Raum finden.¹⁰³

¹⁰² Es müsste an anderer Stelle ausgelotet werden, welche Alterskohorten (noch) als doppelt sozialisiert/kulturalisiert gelten oder worin sich die Sozialisierung/Kulturalisierung von Ostdeutschen in der DDR und dann im wiedervereinigten Deutschland unterscheiden. Hier sei nur angemerkt, dass auch jüngere Generationen, die nicht mehr in der DDR gelebt haben, zwar keine DDR-Sozialisierung erfuhren, nichtsdestotrotz eine, die als ostdeutsch bezeichnet werden kann.

¹⁰³ Beispiele für solche nicht-hegemonialen Perspektiven: Piesche 2020 und Lierke/Perinelli 2020.

6 Fazit

Als ich mir Gedanken darum machte, wie ich in meiner Masterarbeit Lateinamerika und deutsche Geschichte zusammenbringen könnte, befürchtete ich zunächst, dass sich niemand für mein Thema interessieren würde, da es „etwas mit der DDR zu tun hat“. Meine Zweifel an der Relevanz des Themas, das kann ich nun im Nachhinein feststellen, waren unberechtigt und sind bereits Teil der West/Ost-Wissenshierarchien.

Die Absicht dieser Arbeit ist es, vor allem Zeitzeug*innen „sprechen“ zu lassen und somit Perspektiven zugänglicher zu machen, die sonst nicht im gesellschaftlichen Fokus stehen. Die von mir befragten Akteur*innen sind zwar Teil einer wissenschaftlichen Elite, die über mehr Raum und Ausdrucksformen verfügt als andere gesellschaftliche Gruppen. Auf struktureller Ebene nehmen sie als ostdeutsche Wissenschaftler*innen jedoch die Position „der Anderen“ gegenüber der westdeutschen Norm ein.

Meine anfangs erwähnte offene Forschungsfrage, wie sich die wissenschaftlichen Lebensläufe von Lateinamerikaforscher*innen aus der DDR nach der Wiedervereinigung veränderten, diente vor allem dazu, mich an den in den Gesprächen auftauchenden Themen zu orientieren. In Kapitel 3 wird deutlich, dass viele Karrieren in der Umbruchszeit endeten. Die beruflichen Werdegänge meiner Interviewpartner*innen wurden wiederum unterschiedlich von der Wende beeinflusst, so gibt es einerseits Kontinuitäten auf verschiedenen Ebenen, teils thematisch, teils die akademische Position betreffend, andererseits gibt es Unterbrechungen bzw. Verzögerungen in der Karriere. In einem Fall ermöglicht der Systemwechsel auch erst die Verwirklichung einer wissenschaftlichen Laufbahn.

In den Kapiteln wird ein Einblick in vielfältige Erinnerungen meiner Gesprächspartner*innen gegeben: zu den Studien- und Arbeitserfahrungen im Bereich der Lateinamerikastudien an unterschiedlichen Universitäten der DDR, zur Wendezeit mit ihren Freiräumen und der Erfahrung der Evaluierung, auch zu Diskriminierungserfahrungen im Wissenschaftsbetrieb des wiedervereinigten Deutschlands. Die persönlichen Erfahrungen und Perspektiven meiner Interviewpartner*innen, teilweise geteilt, teilweise unterschiedlich, stehen für sich. Darüber hinaus thematisiere ich die Bewertung der eigenen Karriere sowie Konjunktoren und Hierarchien bezüglich Wissens aus und über die DDR heute. Die vorliegende Arbeit gibt außerdem einen Einblick, wie und wo in der DDR zu Lateinamerika wissenschaftlich gearbeitet wurde.

Als zentral betrachte ich die *Evaluationserfahrung* und *doppelte Sozialisierung/Kulturalisierung*, die ich im Folgenden mit meinem Ausgangskonzept der Wissenshierarchien artikuliere. Bei beiden Erfahrungen handelt es sich um In-vivo-Kategorien, die aus zwei unterschiedlichen Interviews

stammen. Beide tauchen jedoch in mehreren anderen Interviews auf, wenn auch nicht explizit so benannt.

Fast alle Wissenschaftler*innen aus der DDR machten eine *Evaluationserfahrung*. Die Evaluierung war der zentrale Moment, in dem sich die zwei deutschen Wissenschaftssysteme begegneten. Diese Begegnung konnte nicht auf Augenhöhe stattfinden, da ein Wissenschaftssystem zu einem nicht mehr existierenden Staat gehörte und demzufolge dem anderen, das der existierenden Norm entsprach, untergeordnet wurde. In der *Evaluationserfahrung* zeigt sich strukturell und individuell, dass Wissen und Wissenschaftler*innen aus der DDR weniger wertgeschätzt wurden als ihre westdeutschen Pendanten. Diese Wissenshierarchie zwischen west- und ostdeutschem Wissen – die Meinung, dass es in der DDR doch gar keine ernsthafte wissenschaftliche Arbeit gegeben habe – war die Grundlage der Nicht-Anerkennung und Nicht-Einbindung von Wissen und Wissenschaft aus der DDR in die neue wiedervereinigte Bundesrepublik. Dies hatte langfristige Auswirkungen, wie fehlende ostdeutsche Netzwerke und die ungleiche Verteilung von West- und Ostdeutschen in entscheidenden Positionen heutzutage deutlich machen.

Dabei ging die Erfahrung, bewertet zu werden oder sich rechtfertigen zu müssen, auch über den akademischen Kontext hinaus und fand ebenso in privaten Begegnungen von West- und Ostdeutschen statt. Da diese Erfahrungen, verbunden mit unangenehmen Emotionen, in formellen wie informellen Kontexten gemacht werden konnten, hat die Kategorie der *Evaluationserfahrung* auch losgelöst vom spezifischen akademischen Kontext ihre Gültigkeit und findet sich womöglich im Erleben von Ostdeutschen wieder, die sich als „Andere“ bezüglich der westdeutschen Norm erklären mussten. Dabei muss es nicht nur um die Nicht-Wertschätzung beruflicher Lebensläufe gehen, sondern generell um ostdeutsche Erfahrungen.

Dabei gibt es nicht „die Ostdeutschen“, sondern heterogene postsozialistische Subjekte, mit unterschiedlichen Positionierungen und Lebensläufen in der DDR und danach. Wie ich eingangs erwähnt habe, verliefen auch innerhalb der Bevölkerung der DDR viele Grenzen, so zum Beispiel zwischen *weißen* und *nicht-weißen* Ostdeutschen. Und doch teilen diese Menschen im Moment des Systembruchs und Systemwechsels die Position der von der westdeutschen Norm abweichenden Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund kann die *Evaluationserfahrung* als ostdeutsche Erfahrung diskutiert werden.

Es ist müßig, zu fragen, ob die Wiedervereinigung, die Wiedervereinigung der Wissenschaften oder konkret die Evaluierung hätte anders verlaufen können. Im Rückblick sollte der ideologie- und interessengeladene Kontext aber als ein eben solcher sichtbar gemacht werden. Deshalb geht es in meiner Arbeit darum, vermehrt ostdeutsche Erinnerungen, Subjektivitäten und Perspektiven sichtbar zu machen und wertzuschätzen.

Die *doppelte Sozialisierung/Kulturalisierung* als Wissenspotenzial anzuerkennen, kann hier eine Möglichkeit darstellen, Erinnerungsdiskurse zu erweitern. Die DDR-Sozialisierung stellte bei der Wende und der Konfrontation mit neuen Strukturen zunächst einen Nachteil dar. Der Staat und die vertraute Gesellschaft hörten auf zu existieren. Durch die geforderte Anpassungsleistung erfuhren Ostdeutsche dann eine *doppelte Sozialisierung/Kulturalisierung*. Dieses Konzept rückt die Erfahrungen der Wende, des Umbruchs und des Lebens in einem neuen Staat in den Mittelpunkt und geht damit über eine Fokussierung auf gemachte Erfahrungen in der DDR hinaus. Gerade aus der Kenntnis zweier unterschiedlicher Staats- und Gesellschaftsformen erwächst ein spezifisches Wissen, das auch differenzierte Vergleiche ermöglichen kann. Diese besonderen ostdeutschen Erfahrungen und Perspektiven wertzuschätzen, kann dazu beitragen, Wissenshierarchien zwischen West und Ost, die sich auch auf der Erfahrungsebene manifestieren (vgl. Kapitel 1.3.1), zu mindern. Zwar ist die Wiedervereinigung bereits 28 Jahre her, doch sie muss als Prozess verstanden werden, nicht als abgeschlossenes Ereignis. Die Sozialisierung von West- wie Ostdeutschen im Kontext des Kalten Krieges prägt das Miteinander im wiedervereinigten Deutschland weiterhin. Das Zusammenwachsen von zwei verschiedenen Gesellschaften braucht Zeit und geht über Generationen. Eine Aufarbeitung des anhaltenden Prozesses der Wiedervereinigung ist wichtig, um die heutige Gesellschaft mit den bestehenden Ungleichheiten zwischen West und Ost zu verstehen. Es ist Zeit, nicht nur die geteilte Geschichte Deutschlands in den Blick zu nehmen, sondern auch die wiedervereinigte.

Wenn es darum gehen soll, den öffentlichen Erinnerungsdiskurs zu diversifizieren, sind audiovisuelle Medien unverzichtbar. Sie können dazu dienen, Forschungsergebnisse aufzubereiten, zirkulieren zu lassen und zu enthierarchisieren. In weiteren Forschungen könnten Interviews audiovisuell aufgezeichnet werden und die Grundlage eines Dokumentarfilms bilden. Ebenso vorstellbar sind Interviewausschnitte, die als Audiodateien auf einer Webseite zur Verfügung gestellt werden und so Teil einer Plattform für Erinnerungen werden.¹⁰⁴

Das Potenzial in der Arbeit mit (nicht-hegemonialen) Erinnerungen liegt auch darin, alternative Forschungsfragen zu ermöglichen (vgl. Piattoeva/Silova/Millei 2018: 234). Die Wissensgeschichte der Lateinamerika-Forschung in der DDR kann in weiteren Forschungen noch stärker aufgearbeitet werden, auch im Vergleich zur Lateinamerika-Forschung der damaligen BRD. Ein denkbarer Schwerpunkt sind außerdem die transnationalen Verflechtungen der DDR mit verschiedenen Ländern Lateinamerikas. Hier kann an bestehende Studien angeknüpft werden.¹⁰⁵ Ebenso bieten

¹⁰⁴ Inspirierende Beispiele sind die Webseiten der Projekte „Childhood and Schooling in (Post)socialist societies. Memories of Everyday Life“: <https://research.uta.fi/childhoodmemories/sharing-memories/> (31.05.2018) und „Verwobene Geschichte*n“ <http://www.verwobenegeschichten.de/> (1.11.2018)

¹⁰⁵ Z.B. an das Forschungsprojekt „Comunidades Epistémicas Internacionales. Formación de redes científicas chileno alemanas, 1949-2010“ von Enrique Fernández Darraz (<https://www.researchgate.net/project/Proyecto-Fondecyt->

sich interessante Ausgangspunkte für weitergehende Forschungen, in denen lateinamerikanische Akteur*innen eine zentrale Rolle spielen.¹⁰⁶ So könnten Migrationsprozesse von Lateinamerikaner*innen in das geteilte Deutschland auf ihre Rolle im Kontext von Wissensproduktion hin untersucht werden, sowohl bezüglich der Lateinamerikaforschung, als auch darüber hinaus. Spannend finde ich außerdem, wie die Wende und Wiedervereinigung von Lateinamerikaner*innen, die zu diesem Zeitpunkt in Deutschland (vor allem in der DDR) lebten, erinnert wird. Damit könnte über eine deutsch-deutsche Perspektive hinausgegangen werden.

Es gibt spannende Anknüpfungspunkte an diese Arbeit, um zur Geschichte der Lateinamerikaforschung beizutragen und den Erinnerungsdiskurs über Wissenschaft in der DDR und hinsichtlich der deutschen Wiedervereinigung weiter zu diversifizieren. Zwar steht die Mauer schon länger nicht mehr, als sie stand, doch sie wirkt immer noch in der Gesellschaft nach. In diesem Sinne kann von einem Ende der Nachwendezeit keine Rede sein.

1140020-Comunidades-Epistemicas-Internacionales-Formacion-de-redes-cientificas-chileno-alemanas-1949-2010
1.11. 2018)

¹⁰⁶ Ausgehend von Arbeiten wie die von Holtz (2012), zum Wissenschaftsaustausch zwischen Lateinamerika und Deutschland am Beispiel von lateinamerikanischen Doktorand*innen in der DDR und der ehemaligen BRD oder Ritschel (2015), bei der kubanische Studierende im Fokus stehen.

7 Quellen

7.1 Interviews¹⁰⁷

Frau E. (2017), Interview am 11.02.2017.
Herr K. (2017), Interview am 13.02.2017.
Frau S. (2017), Interview am 01.03.2017.
Frau C. (2017a), Interview am 05.04.2017
(2017b), Interview am 01.08.2017.
Herr M. (2017), Interview am 10.08.2017.
Herr N. (2017), Interview am 20.11.2017.

7.2 Webseiten

<http://www.tag-der-deutschen-einheit.berlin.de/> (06.05.2018)
<https://www2.gender.hu-berlin.de/ztg-blog/2017/11/vortrag-kathleen-heft-ossifizierung-von-kindsmoerderinnen-und-rechtspopulisten-hu-berlin-14-11-17-16-18-uhr/> (03.08.2018)
<https://www.euroethno.hu-berlin.de/de/forschung/projekte/wissensgeschichte-der-ethnologie-in-der-ddr> (06.11.18)
<http://www.hof.uni-halle.de/journal/hso.htm> (31.05.2018)
<http://www.lamprecht-gesellschaft.de/klg-home.htm> (10.10.2018)
<https://research.uta.fi/childhoodmemories/sharing-memories/> (31.05.2018)
<http://www.verwobenegeschichten.de/> (01.11.2018)
<https://www.researchgate.net/project/Proyecto-Fondecyt-1140020-Comunidades-Epistemicas-Internacionales-Formacion-de-redes-cientificas-chileno-alemanas-1949-2010> (01.11.2018)

7.3 Literatur

Ahrendt-Völschow, Dörte (2004): Die Lateinamerikawissenschaften an der Universität Rostock von 1958 bis 1995. Rostock: Univ. Rostock Inst. für Politik- und Verwaltungswiss. (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, 23).

Ash, Mitchell G. (1998): 1933, 1945, 1989. Drei Bruchstellen in der Geschichte der deutschen Universität. In: Ralf Walkenhaus und Alfons Söllner (Hg.): Ostprofile: Universitätsentwicklungen in den neuen Bundesländern. Opladen [u.a.]: Westdt. Verl., S. 212–238.

Bachmann, Sybille (2015): Personalentscheidungen und Personalentwicklung. In: Die politische Wende an der Universität Rostock 1989 bis 1992: Abbrüche, Umbrüche, Aufbrüche; Kolloquium zur Universitätsgeschichte, Rostock, 1. April 2015, S. 36–48.

Baume, Brita/Felber, Christina/Röhl, Sabine (1995): "Ich möchte ein ganzes Leben" - Zu Diskriminierungserfahrungen von Wissenschaftlerinnen(Ost) im Transformationsprozess der Hochschulen. In: Unter Hammer und Zirkel. Frauenbiographien vor dem Hintergrund ostdeutscher Sozialisationserfahrungen; Dokumentation der Tagung "OSTFEM II - Bestandsaufnahme, Forschungen zu Frauenbiographien" vom 25.-27.11.1993 in Berlin. Pfaffenweiler: Centaurus-Verl.-Ges (Frauen, Gesellschaft, Kritik, 23), S. 89–102.

Bednarz, Dan (2017): East German Intellectuals and the Unification of Germany. An Ethnographic View. 1st ed. 2017. Cham: Springer International Publishing.

¹⁰⁷ Ich verzichte auf die Ortsangaben, um die Anonymität meiner Interviewpartner*innen zu gewährleisten.

- Best, Heinrich et al. (2017): Ostdeutsche Eliten. Träume, Wirklichkeiten und Perspektiven. Hg. v. Andreas Apelt. Online verfügbar unter https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/images/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/2017-p-b-ostdeutsche-eliten/Deutsche_Gesellschaft_eV_Broschuere_Ostdeutsche_Eliten.pdf, zuletzt geprüft am 19.05.2021.
- Bluhm, Michael/Jacobs, Olaf (2016): Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung. Universität Leipzig, Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/heute-im-osten/wer-beherrscht-den-osten-studie-100.html>, zuletzt geprüft am 19.05.2021.
- Brinkel, Teresa (2012): *Volkskundliche Wissensproduktion in der DDR*. Zugl.: Göttingen, Univ., Diss., 2010. Lit, Wien, Berlin, Münster.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2017): Bekanntmachung. Richtlinie zur Förderung von Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der DDR-Forschung im Rahmenprogramm Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften. Online verfügbar unter <https://www.bmbf.de/foerderungen/bekanntmachung-1366.html>, zuletzt geprüft am 07.11.2018.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (o.A.): Forschungspartner. Wissenschaftsrat. Online verfügbar unter <https://www.bmbf.de/de/wissenschaftsrat-428.html>, zuletzt geprüft am 07.11.2018.
- Bundesstiftung Aufarbeitung (2018): Auflösung der Akademie der Wissenschaften. Online verfügbar unter <https://deutsche-einheit-1990.de/ministerien/mft/adw/>, zuletzt geprüft am 07.11.2018.
- Bundesstiftung Aufarbeitung (2018): Auflösung der Akademie der Wissenschaften. Online verfügbar unter <https://deutsche-einheit-1990.de/ministerien/mft/adw/>, zuletzt geprüft am 07.11.2018.
- Calabretta, Costanza (2015): Feiern und Gedenken. Zur Entwicklung einer gemeinsamen Erinnerungskultur seit dem 3. Oktober 1990. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte: APuZ* 65 (33/34), S. 3–10.
- Crome, Erhard (Hg.) (2009): Die Babelsberger Diplomatschule. Das Institut für Internationale Beziehungen der DDR. WeltTrends e.V. Potsdam: WeltTrends (Potsdamer Textbücher: PTB, Bd. 12).
- Crome, Erhard/Franzke, Jochen/Krämer, Raimund/Wallraf, Wolfram (2009): Zum neunmonatigen Versuch eines Aufbaus der Politikwissenschaft in Potsdam im Jahre 1990. In: Erhard Crome (Hg.): Die Babelsberger Diplomatschule. Das Institut für Internationale Beziehungen der DDR. Potsdam: WeltTrends (Potsdamer Textbücher: PTB, Bd. 12), S. 205–216.
- Die Hochschule. Journal für Wissenschaft und Bildung (o.A.): Konzept. Online verfügbar unter <https://www.hof.uni-halle.de/journal/konzept.htm>, zuletzt geprüft am 07.11.2018.
- Goel, Urmila (2013): Ungehörte Stimmen. Überlegungen zur Ausblendung von Migration in die DDR in der Migrationsforschung. In: Duygu Gürsel u.a. (Hg.): Wer Macht Demokratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen. Münster: edition assemblage, S. 138–150.
- Göbel, Barbara/Birle, Peter (2012): Investigación sobre América Latina en Alemania en el ámbito de las Ciencias Económicas, las Ciencias Sociales y las Humanidades - Situación y perspectivas. Berlin: Ibero-Amerikanisches Institut, Stiftung Preußischer Kulturbesitz.
- Graßhoff, Jürgen (2015): Zur Evaluation an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät. In: Die politische Wende an der Universität Rostock 1989 bis 1992: Abbrüche, Umbrüche, Aufbrüche; Kolloquium zur Universitätsgeschichte, Rostock, 1. April 2015, S. 100–104.
- Heft, Kathleen (2013): Kindschmord als Phänomen Ostdeutschlands ? - eine Analyse medialer Diskursverschiebungen. In: Hyunseon Lee und Isabel Maurer Queipo (Hg.): Mörderinnen: künstlerische und mediale Inszenierungen weiblicher Verbrechen. Bielefeld: Transcript-Verl., S. 305–327.
- Herms, Michael/Methling, Wolfgang/Pade, Werner (2015): Die politische Wende an der Universität Rostock 1989 bis 1992. Abbrüche, Umbrüche, Aufbrüche; Kolloquium zur Universitätsgeschichte, Rostock, 1. April 2015. Rostock.
- Heß, Pamela (2016): Gleichförmig statt vielfältig: Die DDR im öffentlichen Erinnern. In: Sandra Matthäus und Daniel Kubiak (Hg.): Der Osten. Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven auf einen komplexen Gegenstand jenseits von Verurteilung und Verklärung. 1. Aufl. 2016. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 99–124.
- Holtz, Menja (2012): Wissenschaftsaustausch als hierarchisierter Transfer. Lateinamerikanische Promotionen in Deutschland. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG (Studien zu Lateinamerika, 15).
- Jureit, Ulrike (2009): Identitätsarbeit. Ein Kommentar zu biographischen Erinnerungen in (post)sozialistischen Gesellschaften. In: Julia Obertreis und Anke Stephan (Hg.): Erinnerungen nach der Wende: Oral history und (post)sozialistische Gesellschaften. Essen: Klartext, S. 85–90.

- Kehm, Barbara M. (2015): Deutsche Hochschulen: Entwicklung, Probleme, Perspektiven. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/zukunft-bildung/205721/hochschulen-in-deutschland?p=all>, zuletzt geprüft am 09.07.2018.
- Keightley, Emily (2010): Remembering research: memory and methodology in the social sciences. In: *International Journal of Social Research Methodology* 13 (1), S. 55–70.
- Koehl, Katrin (2002): Wissenschaftsgeschichte als Erfahrungsgeschichte im Kalten Krieg. In: Claus Zittel (Hg.): *Wissen und soziale Konstruktion*. Berlin: Akad.-Verl. (Wissenskultur und gesellschaftlicher Wandel, 3), S. 253–272.
- Koffer, Blanka: *Kulturanalyse und Kulturarbeit. Volkskunde an den Akademien der Wissenschaften der DDR und der ČSSR nach 1972*. Berlin, Humboldt-Univ., Diss., 2014.
- Koffer, Blanka (2009): (Post)-Sozialistischer Arbeitsalltag in den Geisteswissenschaften am Beispiel der Ethnographie in der DDR. In: Julia Obertreis und Anke Stephan (Hg.): *Erinnerungen nach der Wende: oral history und (post)sozialistische Gesellschaften*. Essen: Klartext.
- Kollmorgen, Raj (2011): Subalternisierung. Formen und Mechanismen der Missachtung Ostdeutscher nach der Vereinigung. In: Raj Kollmorgen u.a. (Hg.): *Diskurse der deutschen Einheit: Kritik und Alternativen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 301–359.
- Kordaß, Anne-Kristin (2021/im Erscheinen): Who is living in the *post*? Perspektiven von Akademiker*innen aus der DDR auf die deutsche Wiedervereinigung und Nachwendezeit. In: *Berliner Blätter* 84.
- Krause, Martina/Neuland-Kitzerow, Dagmar/Noack, Karoline (Hg.) (2003): *Ethnografisches Arbeiten in Berlin. Wissenschaftsgeschichtliche Annäherungen*. Gesellschaft für Ethnographie; Humboldt-Universität zu Berlin; Tagung "Ethnologie und Gesellschaft. Blicke auf 50 Jahre ethnografisches Arbeiten in Berlin". Münster: LIT (Berliner Blätter, 31).
- Krämer, Raimund (2009): Von Auflösung, kreativer Anarchie und nicht aufgehendem Optimismus. In: Erhard Crome (Hg.): *Die Babelsberger Diplomatschule. Das Institut für Internationale Beziehungen der DDR*. Potsdam: WeltTrends (Potsdamer Textbücher: PTB, Bd. 12), S.187-194.
- Kriszio, Marianne (1995): Karriereverläufe von Wissenschaftlerinnen und Mechanismen struktureller Diskriminierung. In: Unter Hammer und Zirkel. *Frauenbiographien vor dem Hintergrund ostdeutscher Sozialisierungserfahrungen; Dokumentation der Tagung "OSTFEM II - Bestandsaufnahme, Forschungen zu Frauenbiographien" vom 25.-27.11.1993 in Berlin*. Pfaffenweiler: Centaurus-Verl.-Ges (Frauen, Gesellschaft, Kritik, 23), S. 77–87.
- Küstners, Ivonne (2009): *Narrative Interviews. Grundlagen und Anwendungen*. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden (Hagener Studententexte zur Soziologie).
- Lierke, Lydia/Perinelli, Massimo (Hg.) (2020): *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Lorek, Melanie (2016): Die „Wende“ in Lebenserzählungen ehemaliger DDR-Bürger. Zum Verhältnis von „autobiografischem Gedächtnis“ und „kollektivem Ereignis“. In: Sandra Matthäus und Daniel Kubiak (Hg.): *Der Osten. Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven auf einen komplexen Gegenstand jenseits von Verurteilung und Verklärung*. 1. Aufl. 2016. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 125–140.
- Maeß, Gerhard (2015): Erneuerung der Universität: Aufbruch und Umbruch der demokratischen Selbstverwaltung. In: *Die politische Wende an der Universität Rostock 1989 bis 1992: Abbrüche, Umbrüche, Aufbrüche; Kolloquium zur Universitätsgeschichte*, Rostock, 1. April 2015, S. 15–25.
- Matthäus, Sandra/Kubiak, Daniel (Hg.) (2016): *Der Osten. Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven auf einen komplexen Gegenstand jenseits von Verurteilung und Verklärung*. Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH. 1. Aufl. 2016. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Matthäus, Sandra/Kubiak, Daniel (2016): Vorwort und Danksagung. In: Sandra Matthäus und Daniel Kubiak (Hg.): *Der Osten. Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven auf einen komplexen Gegenstand jenseits von Verurteilung und Verklärung*. 1. Aufl. 2016. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. V–VI.
- Matthäus, Sandra/Kubiak, Daniel (2016): Neue Perspektiven auf „den Osten“ jenseits von Verurteilung und Verklärung. - Eine Einleitung. In: Sandra Matthäus und Daniel Kubiak (Hg.): *Der Osten. Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven auf einen komplexen Gegenstand jenseits von Verurteilung und Verklärung*. 1. Aufl. 2016. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 1–16.

- Mayntz, Renate (Hg.) (1994): *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess.* Frankfurt/Main, New York: Campus-Verl. (Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln, Bd. 19).
- Mayntz, Renate (1994): *Deutsche Forschung im Einigungsprozess. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992.* Frankfurt/Main, New York: Campus-Verl. (Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln, Bd. 17).
- Meinhold, Gottfried (2014): *Der besondere Fall Jena. Die Universität im Umbruch 1989-1991.* Stuttgart: Franz Steiner Verlag (Quellen und Beiträge zur Geschichte der Universität Jena, Band 11).
- Methling, Wolfgang (2015): *Aufgaben und Ergebnisse der Arbeit der Ehren-, Überleitungs- und Übernahmekommissionen.* In: *Die politische Wende an der Universität Rostock 1989 bis 1992: Abbrüche, Umbrüche, Aufbrüche; Kolloquium zur Universitätsgeschichte, Rostock, 1. April 2015, S. 26–35.*
- Mignolo, Walter (2007): *Delinking.* In: *Cultural Studies* 21 (2), S. 449–514.
- Nguyen, Angelika (2018): *Doppelt heimatlos?* In: *Zeit Online*, 04.06.2018. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-05/ostdeutschland-heimat-ddr-filme-das-schweigende-klassenzimmer/komplettansicht>, zuletzt geprüft am 22.10.2018.
- Obertreis, Julia/Stephan, Anke (2009): *Erinnerung, Identität und "Fakten". Die Methodik der Oral History und die Erforschung (post)sozialistischer Gesellschaften (Einleitung).* In: Julia Obertreis und Anke Stephan (Hg.): *Erinnerungen nach der Wende: Oral history und (post)sozialistische Gesellschaften.* Essen: Klartext, S. 9–36.
- Pade, Werner (2015): *Eröffnung.* In: *Die politische Wende an der Universität Rostock 1989 bis 1992: Abbrüche, Umbrüche, Aufbrüche; Kolloquium zur Universitätsgeschichte, Rostock, 1. April 2015, S. 10–12.*
- Pasternack, Peer (1999): *"Demokratische Erneuerung".* Zugl.: Oldenburg, Univ., Diss., 1998. Dt. Studien-Verl, Weinheim.
- Piattoeva, Nelli/Silova, Iveta/Millei, Zsuzsa (Hg.) (2018): *Childhood and schooling in (post)socialist societies: memories of everyday life.* Cham: Palgrave Macmillan.
- Piattoeva, Nelli/Silova, Iveta/Millei, Zsuzsa (2018): *Remembering Childhoods, Rewriting (Post)Socialist Lives.* In: Piattoeva, Nelli/Silova, Iveta/Millei, Zsuzsa (Hg.): *Childhood and schooling in (post)socialist societies: memories of everyday life.* Cham: Palgrave Macmillan, S. 1–18.
- Piesche, Peggy (Hg.) (2020): *Labor 89: Intersektionale Bewegungsgeschichte*n aus West und Ost.* Berlin: Yilmaz-Günay.
- Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika (2009): *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch. 2., korrigierte Aufl.* München: Oldenbourg (Lehr- und Handbücher der Soziologie).
- Riße, Joachim (2015): *Meine Erinnerungen an die politische Wende an der Universität Rostock.* In: *Die politische Wende an der Universität Rostock 1989 bis 1992: Abbrüche, Umbrüche, Aufbrüche; Kolloquium zur Universitätsgeschichte, Rostock, 1. April 2015, S. 49–57.*
- Ritschel, Susanne (2015): *Kubanische Studierende in der DDR : ambivalentes Erinnern zwischen Zeitzeuge und Archiv.* Hildesheim, Zürich, New York: Georg Olms Verlag.
- Schaumann, Gerhard/Steinbach, Matthias (2005): *"Ich warf mich in den Kommunismus aus den Himmeln der Dichtung".* In: Matthias Steinbach und Michael Ploenus (Hg.): *Universitätserfahrung Ost. DDR-Hochschullehrer im Gespräch.* Jena: Bussert & Stadeler (Manuskript, 1), S. 194–223.
- Schönfelder, Karl-Heinz/Steinbach, Matthias (2005): *"Ich hatte den Drang, sehr viel von der Welt zu sehen".* In: Matthias Steinbach und Michael Ploenus (Hg.): *Universitätserfahrung Ost. DDR-Hochschullehrer im Gespräch.* Jena: Bussert & Stadeler (Manuskript, 1), S. 224–252.
- Schütze, Fritz (1983): *Biographieforschung und narratives Interview.* In: *Neue Praxis* 13 (3), S. 283–293.
- Schwarz, Ingo (2001): *Zur Geschichte des Alexander-von-Humboldt-Forschung an der Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften.* In: Gregor Wolff (Hg.): *Die Berliner und Brandenburger Lateinamerikaforschung in Geschichte und Gegenwart. Personen und Institutionen; [Kolloquium in Berlin vom 25. bis 28. Oktober 2000].* Berlin: Wissenschaftlicher Verlag WVB (Forschungsverbund Lateinamerika Berlin-Brandenburg).
- Simon, Vera Caroline (2015): *Tag der Deutschen Einheit. Festakt und Live-Übertragung im Wandel.* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte : APuZ* 65 (33/34), S. 11–17.

- Steinbach, Matthias (2005): Einführung. "Lob des Dialogs". In: Matthias Steinbach und Michael Ploenus (Hg.): Universitätserfahrung Ost. DDR-Hochschullehrer im Gespräch. Jena: Bussert & Stadeler (Manuskript, 1), S. 7–15.
- Steinbach, Matthias/Ploenus, Michael (Hg.) (2005): Universitätserfahrung Ost. DDR-Hochschullehrer im Gespräch. Jena: Bussert & Stadeler (Manuskript, 1).
- Thomas, David R. (2006): A General Inductive Approach for Analyzing Qualitative Evaluation Data. In: *American Journal of Evaluation* (27), S. 237–246.
- Tlostanova, Madina (2018): Decolonizing the postsocialist childhood memories. In: Piattoeva, Nelli/Silova, Iveta/Millei, Zsuzsa (Hg.): Childhood and schooling in (post)socialist societies: memories of everyday life. Cham: Palgrave Macmillan, S. 271–278.
- Welzer, Harald (2016): Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung. 4. Auflage. München: C. H. Beck.
- Werz, Nikolaus (Hg.) (1992): Handbuch der deutschsprachigen Lateinamerikakunde. Arnold-Bergstraesser-Institut für Kulturwissenschaftliche Forschung. Freiburg i. Br.: ABI (Freiburger Beiträge zu Entwicklung und Politik, 11).
- Wierling, Dorothee (2009): Dominante scripts und komplizierte Lebensgeschichten. Ein Kommentar zur Erforschung des Alltags im Staatssozialismus. In: Julia Obertreis und Anke Stephan (Hg.): Erinnerungen nach der Wende: Oral history und (post)sozialistische Gesellschaften. Essen: Klartext, S. 323–328.
- Wolff, Gregor (Hg.) (2001): Die Berliner und Brandenburger Lateinamerikaforschung in Geschichte und Gegenwart. Personen und Institutionen; [Kolloquium in Berlin vom 25. bis 28. Oktober 2000]. Forschungsverbund Lateinamerika Berlin-Brandenburg; Fachtagung des Forschungsverbundes; ForLaBB-Tagung. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag WVB (Forschungsverbund Lateinamerika Berlin-Brandenburg).
- Wünsche, Renate (2009): Die Abteilung "Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas". In: Erhard Crome (Hg.): Die Babelsberger Diplomatenschule. Das Institut für Internationale Beziehungen der DDR. Potsdam: WeltTrends (Potsdamer Textbücher: PTB, Bd. 12), S. 153–160.
- Zsuzsa Millei/Silova, Iveta/Piattoeva, Nelli (2018): Towards Decolonizing Childhood and Knowledge Production. In: Piattoeva, Nelli/Silova, Iveta/Millei, Zsuzsa (Hg.): Childhood and schooling in (post)socialist societies: memories of everyday life. Cham: Palgrave Macmillan, S. 231–255.

Eidesstattliche Erklärung

Ich versichere an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig ohne fremde Hilfe und nur mit den angegebenen Hilfsmitteln verfasst habe. Ich versichere außerdem, dass die vorliegende Arbeit noch nicht einem anderen Prüfungsverfahren zugrunde gelegen hat.

Ich bin damit einverstanden / ~~nicht damit einverstanden~~ (nicht Zutreffendes bitte streichen), dass meine Master-Arbeit in der Bibliothek öffentlich eingesehen werden kann.

Berlin, 8.11.2018

Ort, Datum

Unterschrift